

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 13. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis für den Monat 1,10 Mk., für den halbjährlichen 5,50 Mk., für den jährlichen 10,50 Mk., einschließlich des Postgebührens. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Illustration 10 Pf. Postgebühren: 1,10 Mk. für den Monat, 5,50 Mk. für den halbjährlichen, 10,50 Mk. für den jährlichen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. für den Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
Beträgt für die festgesetzte Anzahl Zeilen oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Polizei im Moabiter Urteil.

Die große politische Bedeutung des Urteils im Moabiter Kriminalprozess spiegelt sich in den erregten Kommentaren der bürgerlichen Presse, oder auch in dem verblüfften, verstörten Schweigen, das verschiedene Organe der Reaktion vorerst noch befallen hat.

Wir haben das Urteil gestern im allgemeinen gewürdigt. Einzelne Punkte bedürfen noch einer näheren Betrachtung. Vor allem die Entschuldigungsgründe, die das Gericht für die Ausschreitungen der Polizeibeamten angeführt, verdienen noch eine eingehendere Erörterung. Sehr angreifbar ist die Feststellung des Urteils, daß von Ausschreitungen erst nach dem 26. September gesprochen werden könne. Das widerspricht den Befundungen einer ganzen Reihe einmündiger Zeugen, die schon für den 23., 24. und 26. September arge Brutalitäten von Polizeiorganen ergaben. Gerade am Tage der Urteilsverkündung haben vor dem Schwurgericht diese Zeugen ihre Aussagen wiederholt, sie zeigen aufs klarste, daß schon in jenen Tagen, die den eigentlichen, ernstesten Unruhen vorangingen, die Haltung sehr vieler Schutzleute — und Polizeioffiziere — sehr viel, ja alles zu wünschen übrig ließ. Schon zu dieser Zeit sind außerordentlich rohe Beschimpfungen der Bürger zu verzeichnen, schon damals gebrauchten auch Polizeileutnants grobe beleidigende Worte, schon damals wurden Beschwerden von Mißhandelten mit Drohungen und Hohnworten beantwortet, schon damals wurde wahllos geprügelt, auf Fliehende, auf am Boden Liegende eingeschlagen — wir erinnern an die wahrhaft empörende Menge in der Türnische des Stahlischen Lokals, wo die Flüchtenden über einanderfielen und wo die Schutzleute auf diese wehrlosen Menschen in so barbarischer Weise einschlugen, daß eine Gardine, die durch die zerbrochene Scheibe der Tür nach außen wehte, mit Blut förmlich bespritzt wurde. Schon an diesen Tagen wurden einzeln gehende Personen, ja Kinder eingeschlagen.

In diesen Tagen durften die Hingehenden Arbeitswilligen die Bevölkerung ungestört unter den Augen der Schutzleute provozieren, mit den Revolvern herumzufucheln, schießen, ohne daß die Polizei einschritt, wurde eine Aufforderung, den Leuten die gefährlichen Waffen abzunehmen, von einem Schutzmann mit höhnischem Lachen abgewiesen. So liegen die Dinge schon vor dem Abend, dem 26. September, und der Versuch des Urteils, der Bevölkerung die indirekte Schuld an den Ausschreitungen der Polizei zuzumessen, indem diese auf die Erregung zurückgeführt wird, die nach den ersten Angriffen entstanden sei, die in der Nacht vom 26. zum 27. September vom Janhagel auf mehrere Schutzleute verübt wurden, geht durchaus fehl. Nein, es bedurfte nicht erst dieser Angriffe, um viele Polizeibeamte zu Ausschreitungen zu bringen. Schon vorher hatten die sogenannten Sicherheitsorgane, einschließlich verschiedener Offiziere, die Ruhe und Besonnenheit verloren, die den Vollstreckungsbeamten besonders not tun. Noch ehe ernste Angriffe auf Beamte erfolgt waren, die, wie das Urteil meint, die Schutzleute in den Glauben versetzten, daß ihr Leben bedroht sei, daß sie sich von der Bevölkerung des Schlimmsten zu versehen hätten, haben nicht wenige Beamte wie Verferker gehandelt. Nehmen wir aber einmal an, daß die Vorgänge des 26. September wirklich in der Schutzmannschaft und bei den Offizieren das Gefühl erweckt hätten, sie ständen einem gefährlichen Feinde gegenüber und müßten sich mit allen Mitteln ihrer Haut wehren, so daß sich viele unter ihnen bei den Attaten zu unnötigen Grausamkeiten hinreißen ließen, auf Fliehende, auf unschädlich Gemachte, auf Verletzte und Gefürzte weiter einschlugen, so daß sie sich keine Mühe gaben, den ruhigen Passanten vom Rowdy zu unterscheiden, — wie sieht es mit dieser Entschuldigung für die vielen, vielen, man könnte sagen unzähligen Fälle, wo einzeln gehende, ruhige Passanten barbarisch verprügelt wurden, zu Zeiten, wo keine Menschenmenge die Schutzleute bedrohte oder auch nur reizte, weil gar keine da war! Zu Zeiten, wo also nicht die geringste Gefahr für die Polizeibeamten bestand, wo sie nicht im blinden Eifer der Attate etwa zu weit zugegangen sind, sondern wo sie ruhig in großen Scharen auf Posten standen und ihr Rütchen an den Vorübergehenden, an fast allen Vorüberkommenden ohne Unterschied kühlten, wie viele Zeugen übereinstimmend bekundet haben? Da vermag der Milderungsgrund des Gerichts völlig. Da ist nichts als die pure Lust an der Roheit, die Lust an der Brutalisierung Beherrschter, die als Motiv solcher empörenden Handlungen erkannt werden kann. Und daneben die maßlose Ueberhebung über den Bürger, die dem Beamten in Preußen-Deutschland eingeschuldet wird, die Anschauung, die zum guten Teil ein Ausfluß des Militarismus ist. Dafür ist allerdings weniger der einzelne Beamte, als vielmehr das System verantwortlich; darauf fällt der Vorwurf, daß die Polizei noch im 20. Jahrhundert ihren Dienst unter dem Gesichtspunkt ausübt, sie habe rechtlose Untertanen, nicht Staatsbürger mit genau begrenzten Rechten und Pflichten vor sich.

Und noch einen anderen Milderungsgrund dürfen die polizeilichen Ergebenen für sich in Anspruch nehmen — freilich nur, auf daß er zur Anklage gegen das System, gegen die Regierung, gegen die oberste Leitung der Polizei wird. Schon in den ersten Tagen des Streiks bei Kupfer u. Co. haben viele Polizeiorgane in einem Zustand bedenklicher

Erregung gehandelt. Von irgendwie erheblichen Zusammenstößen mit der Bevölkerung war damals noch nicht die Rede. Was hat denn aber diese Erregung verursacht? Der Umstand, daß dem preussischen Polizeibeamten gelehrt wird, in der Arbeiterschaft seinen Feind zu erblicken, sie als eine Horde von Bösewichtern anzusehen, die zu allen Schandthaten, besonders gegen die Organe des Staates, gegen die Polizei, fähig ist. Geflüstelt wird in den Köpfen der Schutzleute die Vorstellung genährt, daß die Sozialdemokraten beständig auf Mord und Brand sinnen, daß alle ihr Tätigkeit nur die Vorarbeit für die große Strahenschlacht ist, in der natürlich zuerst die braven Polizeibeamten daran glauben müssen. Deshalb sehen wir ja immer wieder mit Erstaunen, daß bei der Polizei selbst die unsinnigsten Märchen Glauben finden, wenn sie schändliche Pläne der Sozialdemokratie zum Gegenstand haben, deshalb die kindischen Vorstellungen von einer geheimen Leitung der Unruhen, die natürlich von der Sozialdemokratie ausgehen müßten, deshalb mußte sich ein Polizeileutnant mit dem gläubigen Vortrag eines Protokolls blamieren, in dem ein harmloser radfahrender Streifenpostenkontrollleur als Emissär der sozialdemokratischen Parteileitung ausgegeben. Weil das Schredgespenst sozialdemokratischer Führer, die per Auto das „Aufstandsgebiet“ durchfuhren und die Kravalle dirigierten, in den Köpfen der Schutzleute spukte, deshalb lud sich die Polizei die internationale Blamage auf, daß sie friedliche englische Journalisten grundlos verprügelte. Der 6. März, die Polizeiattdaten auf die friedlichen Wahlrechts-Demonstranten im Tiergarten, so führte Genosse Peine in seinem Plädoyer dem Sinne nach aus, zeigen einen Teil der Gründe, aus denen die tiefe Erbitterung der Berliner Arbeiterschaft gegen die Polizei entsprang. Der 6. März, können wir hinzufügen, ist auch ein Beispiel dafür, wie die Stimmung in der Schutzmannschaft geschaffen wird, die sie in jedem Zusammenströmen von Menschen sofort ein gefährliches Werk der Sozialdemokratie sehen läßt. Wir wissen ja, welcher Art die „Instruktion“ ist, die die Polizeiorgane bei solchen Gelegenheiten von ihren Vorgesetzten über das Verhalten der Arbeiterschaft erhalten, welche verzerrtes Bild von den Bestrebungen des Proletariats ihnen entworfen wird, damit sie mit der gewünschten Schneid und Begeisterung an die angeblich staatsbehaltende Arbeit gehen. Ist doch aus den Tagen der Wahlrechtsdemonstrationen die rührend-schauerliche Geschichte des braven Schutzmannes in einem rheinischen Orte bekannt geworden, der, düsterer Ahnungen voll, am Morgen eines Demonstrationstages von der geliebten Gattin schmerzbelegten Abschied nahm — vielleicht für ewig, denn wer weiß, ob er lebend heimkehrt. Wenn die Köpfe der in politischen Dingen ja meist völlig ahnungslosen unteren Polizeibeamten so planmäßig verwirrt werden, dann kann man sich nicht wundern, wenn sich bei Ereignissen, wie sie Streiks immer wieder zu zeitigen pflegen, da die Schulung der Organisation nicht alle Glieder der Arbeiterschaft gleichmäßig erfassen und disziplinieren kann, in der Schutzmannschaft sofort hochgradige Erregung einstellt. So wird es sein und bleiben, bis das System fällt, das die Arbeiterschaft und ihre Bestrebungen ganz besonders scharfer Polizeiaufsicht unterstellt, das in den Köpfen der Polizeibeamten ganz regelrecht den Gedanken entsetzt läßt, daß gegen diesen bösen Feind alles erlaubt ist.

Halten wir dagegen, daß die Schutzleute sich aus Unteroffizieren rekrutieren, von denen nicht wenige so manchen Puff und Stieb an Untergebene ausgeteilt haben, ohne daß sie jemals, dank den Wirkungen unseres militaristischen Systems und dank der mangelnden Aufsicht, angezeigt und bestraft wurden, daß der Schutzmann sich als den Vorgesetzten, den Bürger, namentlich den Arbeiter als den Untergebenen betrachten lernt, so brauchen wir uns nicht wundern, wenn die ehemaligen Soldatenprügler unter den Beamten auch Bürgerprügler werden, sobald sie glauben, daß sie die gewohnte Behandlungsmethode ungestraft anwenden können. In Moabit war die Gelegenheit gegeben, das Beispiel von Vorgesetzten zeigte es und so wurde sie benützt. Erliegen doch gar viele Menschen nur zu leicht der Versuchung, die in der Einräumung unumschränkter Gewalt über wehrlose Menschen liegt.

So trifft vielerlei zusammen, um die Polizeiausschreitungen in Moabit zu erklären. Es war nicht allein die Lust an der Roheit, die sie gebar — ein großer Teil der Schuld entfällt auf das System, das durch die Herren Bethmann Hollweg, Dallwitz und Jagow verkörpert wird. Das entlastet den Einzelnen, das belastet die höheren verantwortlichen Stellen.

Mit der Behauptung des Urteils, Lockspitzerei sei nicht erwiesen, wollen wir uns hier jetzt nicht weiter auseinandersetzen, da sie ja im Prozeß gegen den „Vorwärts“ selbst noch eingehend geprüft werden wird.

Sehr scharf hat sich Herr Lieber im Urteil gegen den Gedanken gewendet, daß verschiedene höchst unverständliche, ja unverständliche Maßregeln der Polizei zu der Annahme führen könnten, es habe wenigstens einem gewissen Teil der Polizei gar nicht daran gelegen, die Unruhen schnell zu unterdrücken, sondern dieser Teil habe vielmehr gewünscht, sie stärker anzuwachsen zu lassen, um dann scharfer vorgehen zu können und so der Reaktion Material zu liefern. Herr Lieber nannte diesen Gedanken ungeheuerlich. Der Plan ist es sicherlich, die Vorstellung aber, daß es innerhalb der Polizei Stellen geben könne, wo solcher Plan genährt wird, hat deswegen ent-

stehen können, weil der Wunsch Bismarcks, die Arbeiterschaft vor die Mündungen der Repetiergewehre zu treiben, von seinen Epigonen, den Junkern und Scharfmachern noch heute gehegt wird. Ob dieser Wunsch der einflussreichen Kreise, der herrschenden Schichten auch in den Köpfen von Polizeibeamten eine Statt gefunden hat, das wird besser als heute beantwortet werden können, wenn das Ergebnis des Lockspitzelprozesses wider den „Vorwärts“ vorliegt.

Das Moabiter Urteil bedeutet einen schweren Schlag für die Polizei. Und wo es sie zu decken sucht, da hält die Deckung nicht stand. Herr v. Jagow hat wieder eine Schlacht verloren. Und mit ihm teilt sich der Kanzler Herr v. Bethmann Hollweg in die verdiente Niederlage.

Das Urteil über die Moabiter Unruhen wird von der Tagespresse je nach ihrer politischen Parteilichkeit mit sehr verschiedenartigen Gefühlen aufgenommen; aber, ob die einzelnen Blätter rechts oder links im heutigen politischen Kampfgetriebe stehen, allgemein ist der Eindruck, daß durch den Ausgang des Prozesses das herrschende preussische Polizeisystem, und nicht nur dieses, sondern nicht minder das hinter diesem System stehende und seine gefährlichen Auswüchse rücksichtslos verteidigende Bethmann Hollweg'sche Regiment eine Bloßstellung erfahren hat, die das geringe Ansehen, das ohnehin dieses Regiment im In- wie im Auslande genießt, auf ein Minimum herabdrückt. Mit Recht nennen die „Berliner Neuesten Nachrichten“, ein Blatt das vor Beginn des Prozesses am lautesten das Einschreiten der Staatsgewalt gegen die sozialdemokratischen Veranstalter und Regisseure der sogenannten „Moabiter Revolution“ forderte, den beendeten Moabiter Prozeß eine „Tragödie vom Gesichtspunkte der Wahrung staatlicher Autorität“. Und wenn andere ganz- und halbkonserervative Blätter ihre Empfindungen nicht mit gleicher Offenheit aussprechen, so ist doch, wie ihr verlegenes Herumdrüben um die Erwähnung der wichtigsten Ergebnisse des Moabiter Prozesses allzu deutlich zeigt, ihr Eindruck derselbe. Auch sie empfinden den Urteilspruch des Gerichtshofes und dessen juristische Begründung nicht nur als eine Schlappe des Berliner Polizeipräsidenten und seines Polizeikorps, sondern zugleich als eine Schlappe des Reichskanzlers, der, während noch vor der Strafkammer in Moabit verhandelt wurde, der Berliner Schutzmannschaft ohne jegliche nähere Kenntnis ihrer moralischen und geistigen Qualitäten das höchste Ehrengewand ausstülte und die Tendenz der Anklagebehörde freiwillig zu der seinigen machte. Vielleicht ist sogar das verlegene Schweigen, mit dem sich einige der konservativen Blätter über die wichtigsten Feststellungen der Urteilsbegründung hinwegsetzen und mit der Erörterung von allerlei Nebendingen begnügen, charakteristischer für die lagenjämmerliche Stimmung, in die der Ausgang des Moabiter Prozesses die Kreise der konservativen Politiker veretzt hat, als das laute Geschimpfe über die sozialdemokratische Partei und die Geriebenheit der „sozialdemokratischen Abolatenclique“.

Freilich offen zuzugestehen, daß die von ihnen immer wieder aufgestellte Behauptung, die Sozialdemokratie habe direkt die Kravalle inszeniert oder wenigstens die Leitungsfäden in der Hand gehalten, durch die Prozeßverhandlung gründlich widerlegt worden ist — dazu vermögen sich die „anständigen“ konservativen Blätter nicht aufzuschwingen. Wie sie während der Prozeßverhandlungen ihre Berichte aus dem Gerichtssaal zum Teil tendenziös gefärbt haben, so halten sie nun auch gegenüber den gerichtlichen Feststellungen unverfroren an der Behauptung fest, daß die moralische Schuld an den Moabiter Unruhen lediglich die Sozialdemokratie trägt und auf die Aussagen der sozialdemokratischen Zeugen — und alle Zeugen, die nicht zugunsten der Polizei aussagten, sind nach der Logik der Blätter dieses Schlags einfach sozialdemokratisch — nicht das geringste zu geben ist.

Eine andere Haltung nimmt die linksliberale Presse ein. Selbst solchen Blättern, die vor Beginn des Prozesses mehr oder minder in das Gerede von der moralischen Schuld der Sozialdemokratie einstimmten, haben die sich über Monate erstreckenden Moabiter Verhandlungen den Staar gestochen. Sie haben einsehen gelernt, daß die von den Konservativen und Merkmalen betriebene Hege gegen die „Veranstalter der Moabiter Revolutions- exerzitionen und Straßenschlachten“ keinen anderen Zweck hatte, als die Liberalen für die konservative Wahlparole „Gegen die rote Flut!“ einzufangen und den schwarzblauen Bloß aus der Sadgasse zu befreien, in der er sich befindet. Tatsächlich hält ein Teil der linksliberalen Blätter weder mit seiner Kritik der Berliner Polizeiwirtschaft, noch mit der des Bethmann Hollweg'schen Regierungssystems zurück:

„Berliner Tageblatt“:

Was hat das alles genützt, was hat der Reichskanzler mit seiner ordnungswidrigen Einmischung erreicht, was hat man mit dem Ordensregen, der gerade vor der Urteilsverkündung auf die Moabiter Polizeimannschaften niederging, erwirkt? Nichts und weniger als nichts. Das alles hat die unzweideutigen Ergebnisse des Prozesses nicht aus der Welt geschafft, hat die Situation der Polizei nicht verbessert, hat das Bild, das sich mit jedem Tage klarer herausbildete, nicht zu verblassen vermocht. Schon vorgestern hat der Polizeimajor Klein in dem zweiten Moabiter Prozesse, vor den Beschwoorenen, ehrlich erklärt, daß „eine Garantie“ für das Ver-

Halten der Polizei, wie er sie vor der Strafkammer übernommen, jetzt nicht mehr möglich sei, und Ähnliches hat der Polizeileutnant Folke gesagt. Das Gericht aber hat, in einem erfreulichen Beweise der Unabhängigkeit, seine Ansichten über das Verhalten der Polizei in der Urteilsbegründung mit aller Schärfe formuliert, und jeder Satz dieser Begründung weist die leichtfertigen und pompösen Behauptungen des Herrn v. Weismann Hollweg zurück. Mit heftiger Ironie hat Herr v. Weismann Hollweg die „Zeugenaussagen über vereinzelte Mißgriffe polizeilicher Beamten“ abgetan, die man nur durch „dialektische Kunstfertigkeiten“ in den Vordergrund gerückt. Das Gericht erteilt Herrn v. Weismann Hollweg eine Antwort, die er sich nicht hinter den Spiegel stecken wird: „Es handelt sich nicht um vereinzelte Mißhandlungen, sondern das Gericht hat die Überzeugung, daß die polizeilichen Mißgriffe und Uebergriffe in einer größeren Anzahl von Fällen stattgefunden haben.“ Mit dem Worte „dialektische Kunstfertigkeiten“ hat Herr v. Weismann Hollweg, ohne jede Prüfung der Tatsachen, das was seine politischen Pläne stützt, zu beseitigen versucht. Was würde er sagen, wollte die öffentliche Meinung ihn heute der dialektischen Leichtfertigkeit zeihen?

Gewiß, das Gericht hat auch den vielen Polizeibeamten, die sich der „Mißgriffe und Uebergriffe“ schuldig gemacht, die „milderen Umstände“ zuerkannt, und es hat einen Entschuldigungsgrund vor allem in der Erregung dieser Polizeiorgane gesehen. Für diejenigen Polizisten, die einem höhnerischen und drohenden Janhagel gegenüberstanden, die beschimpft und angegriffen worden waren, trifft das zweifellos zu, aber die Beweisnahme hat leider auch eine lange Reihe von „Mißgriffen und Uebergriffen“ gezeigt, in denen die Erregung doch wohl geringer war als die Lust an der Brutalität. Wenn in menschenleeren Straßen friedlich heimwandernde Bewohner des Moabiters Viertel, alle Männer und Frauen, mit Knüttel und Säbelhieben überfallen worden sind, so hat die „Erregung“ dabei doch wohl schwerlich mitgespielt, und nichts bleibt übrig, als ein viehischer Instinkt, der sich unter dem Scheine des Rechts einmal betätigen will.

Und wenn der Gerichtshof dann weiter die Tatsache erwähnt, daß auch „die ruhige Bürgerschaft gegen sie — die Polizei — und für den Janhagel Polizei ergriff“, so liegt auch für diese Erscheinung die Erklärung nicht weit. Ja, die Bürgerschaft von Moabit hat sich, obgleich ihr der laternenstürmende Mob doch gewiß nicht gerade sympathisch war, noch lieber auf die Seite des Janhagels als auf die Seite der Polizei gestellt, und sechshundert Bürger haben freiwillig den Verteidigern ihr Zeugnis offeriert — und das geschah in einem einmütigen Protest gegen die Rechtsverweigerung, die unter dem Regime Weismann-Jagow Brauch geworden ist. Dieser Protest hätte niemals einen solchen Verlauf genommen, hätte niemals eine solche Bedeutung — und eine so schmachvolle und vernichtende Bedeutung für dieses Regime — erlangt, hätten der Reichskanzler und der Polizeipräsident ruhig und männlich erklärt: wie lassen jedem sein Recht und wir strafen jede Sünde.

#### „Deutsche Tageszeitung“

Etwas anderes aber ist es, ob man mit allen einzelnen Anschauungen und Feststellungen der Urteilsbegründung übereinstimmen kann; und diese Frage können wir nicht überall bejahen. Unbedingt beipflichten wird man der Feststellung des Urteils müssen, daß die gegen die Polizei indirekt ausgesprochene Verächtlichung absichtlichen Waffenmißbrauchs völlig beweislos ist; ebenso der anderen, daß kein Beweis für die Tätigkeit von Vorkämpfern in Moabit erbracht wurde; hier wird ja der besondere Prozeß gegen den „Vorwärts“ hoffentlich noch weitere Klärung und — Sühne bringen. Durchaus sympathisch berührt auch die ebenso sachliche wie zurückhaltende Art, in der das Gericht sich bemüht hat, den Schwierigkeiten gerecht zu werden, mit denen die Polizei zu kämpfen hatte. Der Annahme dagegen, daß eine größere Anzahl von polizeilichen Mißgriffen und Uebergriffen vorgekommen sei, vermögen wir uns nicht anzuschließen.

Die einzige Folgerung, die vom Standpunkte einer Staatsordnung, die den Schutz der Arbeit und des Eigentums wie die unbedingte Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit für ihre Pflicht hält, aus dem Verlaufe dieses Prozesses zu ziehen ist, kann nur die sein, daß unsere gegenwärtige Rechtsordnung in dieser Hinsicht nicht genügt; und wir müssen auch bezweifeln, ob die in der Reichstagsrede des Reichskanzlers erwähnten, bereits bisher beabsichtigten Änderungen des Gerichtsverfahrens wie des materiellen Rechtes auf diesem Gebiete genügen werden.

#### „Germania“

Aus den weiteren Feststellungen des Gerichtsurteils muß aber auch hervorgehoben werden, daß Vorkämpfer der Polizei in Moabit nicht tätig gewesen sind, wie dies von der sozialdemokratischen Verteidigung behauptet wurde, aber nicht nachgewiesen werden konnte. Ferner ist die Behauptung nicht erwiesen, daß der Waffenmißbrauch der Polizei als Ausfluß der Rohheit der Beamten zu betrachten ist. Es ist auf die außerordentliche Erregung, die wohl solche Mißstände verursacht hat, hingewiesen worden. Völlig beweislos steht die ungeheuerliche, freilich nur andeutungsweise aufgestellte Behauptung da, als ob die Gesamtleitung oder die Vorkämpfer der Polizei diesen Waffenmißbrauch geduldet oder gar zu fördern der Provokation gewünscht habe.

Damit ist der Berliner Polizei und ihrer Zeitung eine wohlverdiente Ehrenrklärung gegenüber den Verdächtigungen der sozialdemokratischen Presse gegeben worden, wenn gleich das Urteil über die „polizeilichen Mißgriffe und Uebergriffe“ in einer größeren Anzahl von Fällen damit nicht wieder beseitigt werden kann. Das bedeutet immerhin eine moralische Niederlage für die Polizei, die von der sozialdemokratischen Presse leider gar zu sehr ausgebeutet werden kann und wahrscheinlich um so mehr in den Vordergrund gerückt werden wird, je mehr man dadurch die Beurteilung der organisierten „Genossen“ in den Hintergrund drängen kann.

#### „Berliner Börsen-Courier“

Der Prozeß war auf die abschüssige Bahn eines politischen Prozesses in großem Stil geraten und nahm seinen Verlauf. Und dieser Verlauf ist es, der heute im Rückblick auf den Prozeß diesem Prozeß seine Bedeutung gibt. Es sollte, so wollten es wenigstens unsere Reaktionen — der Sozialdemokratie der Prozeß gemacht werden. Aber es ist unsern Reaktionen dabei so gegangen, wie es ihnen in ihrem blindwütigen Eifer gegenüber der Sozialdemokratie schon so oft gegangen ist — sie haben anstatt einen Sieg zu erleben — der Sozialdemokratie Waffen in die Hand geliefert, die diese nur zu geschickt zu verwenden verstanden hat.

Befand sich die Sozialdemokratie vor dem Beginn des Prozesses in einer durchaus nicht glücklichen Lage, da der „Vorwärts“ den Moabiter Krawallen gegenüber mit seinem scharfen Kritik an dem Verhalten der Polizei durchaus im Unrecht zu sein schien, so hat die politische Prägung des Prozesses dazu geführt, daß von der Verteidigung der Angeklagten der gerichtlichen Anklage eine Anklage gegen das Auftreten von Schulheuten und Kriminalbeamten entgegengestellt wurde, die mehr und mehr in dem Prozeß die Verhandlung gegen die gerichtlich Angeklagten völlig in den Hintergrund schob und das öffentliche Interesse ganz und gar auf sich lenkte. Und dies nicht zugunsten der Polizei, denn selbst wenn man all dies abzieht, was von Freunden und Bekannten der Angeklagten, oder von Generalschaffnern und Sozialdemokraten gegen die Polizei vorgebracht worden ist, so bleibt gerade von den übrigen Zeugen, die zum Teil die Polizei selbst geladen hatte und die zu den politischen Gegnern der Sozialdemokratie gehören, noch so viel an unter Eid gelieferten Anlagematerial gegen die Polizei übrig, daß diese moralisch auf

Das schwerste belastet auf diesem Prozeß hervorgetreten ist. ... Und diese Erfolge (der Sozialdemokratie) wurden gekrönt durch das Verhalten des Reichskanzlers von Weismann Hollweg im Reichstag. Dort, wo zuerst zwei konservative Abgeordnete, darunter ein richtiger Beamter, die Taktlosigkeit begannen, den noch schwebenden Prozeß in den Bereich der parteipolitischen Kritik zu ziehen und ein Sozialdemokrat in die gleiche Kerbe schlug — enthielt sich der oberste Beamte des Reichs ebenfalls nicht der Kritik. Er deckte die Polizei mit seiner Person gerade in den Tagen, als gegen diese unter Eid die schwersten Anklagen im Prozeß erhoben wurden. Und er verhinderte es nicht, daß wiederum während des Prozesses mit seiner Anklage gegen die Polizei ein Ordensregen auf in Moabit tätig gewesene Polizeibeamte niederging.

#### „Berliner Neueste Nachrichten“

Daß die Moabiter Unruhen eine Folge der von der Sozialdemokratie gepredigten Klassenmoral und des von ihr genährten Hasses gegen alle staatlichen Organe sind, daß sie also nach dem Worte des Reichskanzlers die moralische Mitschuld trägt, diese unumstößliche Tatsache haben trotzdem alle Bemühungen der Verteidigung nicht verbunfeln können. Wir brauchen das kaum nochmals auszusprechen. Wenn die Verteidigung mit ihrer Absicht, die Polizei zu belassen, einigen Erfolg gehabt hat, so ist das zum Teil auf wirkliche Unzulänglichkeiten zurückzuführen, zu denen sich die verbitterten Polizeiorgane an den späteren Aufreihungen haben hinreichend lassen. Gutenteils aber liegt die Erklärung in dem sozialdemokratischen Zeugnismaterial. ... Was nun das Verhalten der Behörden während der Unruhen angeht, so kann es jetzt ja keinem Zweifel mehr unterliegen, daß es falsch war, nicht von vornherein mit größter Schärfe einzuschreiten, aber man wird zugeben müssen, daß es damals nicht leicht war, diese Frage zu beurteilen. Im allgemeinen wird es immer humaner sein, sofort mit der nötigen Entschiedenheit aufzutreten. Auch sollte man nicht allzu lange zögern, die Hilfe von Militär in Anspruch zu nehmen, wenn die Kräfte der Polizei auch zahlenmäßig so unzureichend sind, wie sich das aus den Aussagen einzelner Polizeioffiziere ergab.

#### „Tägliche Rundschau“

Zwei Monate lang lag dieses Prozeßmonstrum auf uns, war unser tägliches Mißvergnügen vor uns selber und die stille Schadenfreude vieler guter Freunde Deutschlands das sein? Als die ganzen 34 Straffälle, um die sich hier handelte, feinergetzt von der Staatsanwaltschaft mit großer Hartnäckigkeit zu einem unförmlichen Bündel zusammengeschmürt und gegen den Einspruch der Verteidigung vor die Vorkammer gebracht wurden, da bedeutete das den Grund und Anfang langen Verdrußes. Ganz abgesehen von den geschäftsordnungsmäßigen Einwänden, die damals erhoben wurden, hat man auf diese Weise erst künstlich das tendenziöse Monstrum geschaffen, das aus dem Prozeß geworden ist. Der Staatsanwalt kann jetzt lange beteuern, er habe keinen politischen Prozeß veranstalten wollen. Wie er die Sache anfaßt, mußte es ein politischer Prozeß werden und ist es denn auch einer geworden. Und erst im Rahmen dieses Konterprozesses konnte die von der sozialdemokratischen Partei bestellte Verteidigung es sich leisten, unter Anwendung eines Riesenapparates dem ganzen Verfahren das Gesicht völlig zu ändern und ihm das Ansehen und den Inhalt eines Anklageprozesses der sozialdemokratischen Partei gegen die Berliner Polizei zu geben. Es ist so ist es möglich geworden, daß die Sozialdemokratie durch ihre gewählten Advokaten es mit Glück unternehmen konnte, das verdammdende Urteil, das die öffentliche Meinung in Sachen der Moabiter Krawalle längst über sie gefällt hatte, zum Schaden der Polizei von sich abzulenken.

#### „Vossische Zeitung“

Herr v. Jagow so wenig wie Herr v. Weismann Hollweg wird das Urteil der Strafkammer mit ungeteilter Befriedigung aufnehmen. Denn was kommt es darauf an, daß Hinz und Kunz Strafen verfallen sind, daß einer sogar über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus 3½ Jahre Gefängnis erhalten hat, während manche Angeklagten weit glimpflicher davongekommen sind, als der öffentliche Ankläger wollte? Wichtiger, viel wichtiger sind die Feststellungen über das Verhalten der Schutzmanschaft und das beredte Schweigen über die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie. Der Gerichtshof bewilligt der Polizei eine Menge mißbräucher Umstände; aber er kommt nicht darüber hinweg, daß polizeiliche Mißgriffe stattgefunden, daß die Beamten sich der Uebergriffe ihrer Befugnisse schuldig gemacht, daß sie namentlich ganz grundlose Beleidigungen verübt haben, alles nicht bloß vereinzelt, sondern in einer größeren Zahl von Fällen. Das verkennt ein Vorkämpfer, den die Angeklagten wegen Besorgnis abzulehnen versucht hatten. Wie aber sieht es um den Vorwurf, den der Ministerpräsident erhoben hat? Die Sozialdemokratie sollte moralisch verantwortlich sein; unter den Verhafteten befanden sich einige vierzig Personen, die politisch oder gewerkschaftlich organisiert waren. ... Die moralische Mitschuld der Sozialdemokratie an den Moabiter Vorgängen bleibt bestehen. ... Was erklärt demgegenüber der Gerichtshof? In der Tat, organisierte Arbeiter der Leoweschen Fabrik sind nicht schlichterdinge teilnahmslos geblieben; aber sie waren erregt durch den Schuß eines Arbeitswilligen, und dann übernahmen Janhagel und Rabaulstige die Führung, und dann waren die Streikenden erbittert, weil die Polizei sie nicht vor Ueberfällen durch die Arbeitswilligen schützen konnte. Von der Mitschuld der Sozialdemokratie nicht ein Wort. Und wenn eine Anzahl organisierter Parteimitglieder noch schuldiger wären, als das Gericht annimmt, wäre darum die Partei mitschuldig?

#### „Freikünige Zeitung“

Der Versuch, in diesem Konterprozeß die Sozialdemokratie zu treffen, ist mißglückt. Die Verhandlung zeigte, je länger sie dauerte, je mehr Zeugen aufmarschierten, um so klarer, daß die sozialdemokratische Partei als solche den Krawallen fern stand. Sie zeigte aber auch, — und das war die von den Prozeßveranstaltern nicht erwartete Reversseite, — daß nicht nur von den rabaulstigen Exzessanten, sondern auch auf Seiten der Schutzmanschaft gesündigt worden ist. Herr v. Jagow, der Berliner Polizeipräsident, der vorher die „Neugierigen gewarnt“ hatte, rief nun öffentlich jene Neugierigen gegen die unbehaglichen Aussagen der Verteidigungszeugen zu Hilfe. Leute, die die Vorgänge, ohne aktiv an ihnen beteiligt gewesen zu sein, mit angesehen, sollten sich bei der Polizei melden. Das Gesamtbild aus den Aussagen der unparteiischen und von keiner Seite zu beanstandenden Zeugen — die Aussagen derjenigen, die man als parteilich ansehen kann, mögen hier außer Betracht bleiben — ist: die Behauptung, daß die Sozialdemokratie, daß organisierte Genossen die Krawalle inszeniert oder indirekt an ihnen beteiligt waren, ist in sich zusammengefallen; an manchen Stellen ist von einzelnen Schulheuten nicht mit der erforderlichen Ruhe, sondern mit einer durch die Vorgänge überreizten Energie nicht nur gegen die Exzessanten, sondern auch gegen unschuldige Personen vorgegangen worden. Das hat selbst der Erste Staatsanwalt zugegeben und als die Erklärung für die Erbitterung der Schulheute, die am Anfang überall kaltes Blut bewahrt hatten, die schweren Verwundungen zweier Kameraden angeführt.

#### „Norddeutsche Allgem. Zeitung“

Das Ranglerblatt leistet sich in seinem Artikel über das Urteil eine Rechtfertigung seines hohen Chefs, die so komisch und ungeschickt ist, daß man fast annehmen könnte, sie stamme aus dem Reichskanzleramt. Das Blatt des Herrn v. Weismann Hollweg schreibt nämlich:

In der sozialdemokratischen Presse und auch in einigen liberalen Blättern wird der Versuch gemacht, einen Gegensatz zwischen dem Urteil und den Darlegungen zu konstruieren, die der Reichskanzler über die Moabiter Vorgänge im Reichstag gemacht hat. Wir weisen zunächst darauf hin, daß der Reichskanzler sich mit keinem Wort mit den Straftaten befaßt hat, die den Gegenstand des Verfahrens bildeten. Er hat es vielmehr ausdrücklich abgelehnt, sich darüber zu äußern. Er hat es auch offen gelassen, ob polizeiliche Mißgriffe vorgekommen sind. Wohl aber hat er dargelegt, aus welcher Stimmung heraus die Krawalle entstanden sind, wie sie aus den Reibungen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen ihren Ursprung genommen haben, und wie sie nicht zu erklären sind ohne die fortgesetzte Heftigkeit der sozialdemokratischen Presse. Ohne diese Gehorbeit wäre es unmöglich gewesen, daß auch anständige Arbeiter Moabits sich, wie das Urteil ausführt, auf die Seite des Janhagels gestellt haben.

Natürlich hat der Reichskanzler nicht behauptet, daß die sozialdemokratische Partei die Krawalle angezettelt hat. Es liegt ja auf der Hand, daß diese Ausschreitungen der Parteileitung für ihre gegenwärtigen politischen Zwecke nur unerwünscht sein konnten, weil sie auf die bürgerlichen Wähler keine werbende, sondern lediglich eine abstoßende Wirkung ausüben mußten.

#### „Arenz-Zeitung“

Das Blatt der Epigonen Hammersteins schweigt. Es hat allem Anschein nach noch nicht die nötige Sammlung zu einer Würdigung des Urteils gefunden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar 1911.

### Aufreizungsparagraf, Schächtverbot und Reichstagsüberumpelung.

Aus dem Reichstag, 12. Januar. Die sogenannte kleine Strafgesetznovelle kam in zweiter Lesung vor das Haus. Die Auseinanderlegungen drehten sich aber nur über zwei Fragen. Zunächst lag ein politischer Antrag auf Abänderung des Aufreizungsparagrafen (130) vor. Der Antrag zielt darauf hin, der gegenwärtigen Rechtssprechung einen Kegel vorzuschneiden, die als Aufreizung zu Gewalttätigkeiten bestraft, was nur in einer ferneren Zukunft einmal zu Gewalttätigkeiten führen kann. Leider liegt sich für diesen Antrag außer dem Polen v. Dziewbowski-Pomian nur noch Genosse Stadthagen energisch ins Zeug. Alle anderen Parteien stimmten dem Staatssekretär Visco und dem Berichterstatter Hecker (Rp.) zu, daß man es bei dem gegenwärtigen Zustand belassen solle.

Der Rest der Sitzung wurde dann ausschließlich mit der Erörterung der Schächtfrage verbracht. Die Kommission hatte auf Antrag des Abg. Gröber (Z.) einen Passus in das Gesetz hineingebracht, der auch ein landesgesetzliches Schächtverbot unmöglich macht. Die Antisemiten beantragten die Streichung dieses Absatzes. Herr Gröber verlas ein umfangreiches Material von Gutachten über die Frage, ob das Schächten der Tiere quälender ist als die sonstigen Schlachtmethoden. Er kam zu dem Schluß, daß eine solche Behauptung nicht erweisbar sei und daß deshalb den jüdischen Ritualvorschriften durch Zulassung des Schächtens Rechnung getragen werden müsse. Einige antisemitische und konservative Redner verlangten dagegen die Streichung jener Bestimmung, damit die Landesregierungen Schächtverbote erlassen könnten. Sie haben die Auffassung, daß das Schächten eine inhumane Schlachtmethode sei. Genosse Frohme wies darauf hin, daß für die Haltung dieser Schächtgegner ihre jüdenfeindliche Tendenz maßgebend sei. Werde doch aus denselben Kreisen kein Ladel laut gegen die offenbar tierquälereischen Jagdmethoden. Er fand auch kräftige Worte zur Brandmarkung der barbarischen Menschenquälereien, wie sie auf Kasernenhöfen vorkommen. Die Abstellung solcher Schäden sei eine näherliegende Aufgabe, als die Bedrängung einer Konfession. Nachdem vier Stunden lang über diese Frage debattiert worden war, wurde der antisemitische Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Allgemein war die Ansicht im Hause verbreitet, daß keine weiteren Paragraphen mehr zur Erörterung kommen werden. Trotzdem brachte der Präsident Graf Schwerin noch einen erst kurze Zeit vorher im Hause verteilten Antrag Wagner zur Abstimmung, der die Wiederherstellung der Regierungsvorlage in dreien von der Kommission abgelehnten wichtigen Punkten betraf. Es handelt sich dabei um die Verschärfung der Beleidigungsstrafen bis zur Höhe von 20 000 Mark Geldstrafe hinaus. Da der Antrag auf Wiederherstellung dieser Bestimmungen erst kurz vorher zur Verhandlung gebracht war und niemand darauf gefaßt war, daß er noch zur Abstimmung gebracht werden könnte, hatte sich kein Gegner dieser Bestimmungen zum Wort gemeldet. Auch der Antragsteller selbst und ebenso wenig die Wiederhersteller aus den Reihen der drei konservativen Gruppen, des Zentrums und der Nationalliberalen ergriffen das Wort zur Rechtfertigung des Antrages. Die Worte des Präsidenten wurden der außerordentlichen Unbedeutlichkeit seines Organs wegen nur von wenigen Mitgliedern verstanden. Viele haben gar nicht einmal gewußt, worüber abgestimmt wurde, sondern stimmten einfach mit ihren Fraktionen. So kam es, daß ohne Diskussion mit schwacher Mehrheit eine von der Kommission vorher abgelehnte Strafverschärfung angenommen wurde, die von verhängnisvollen Folgen für unser ganzes öffentliches Leben sein kann.

Eine solche Ueberumpelung, an der nicht nur die Konservativen, Freikonservativen, Antisemiten und das Zentrum, sondern auch die Nationalliberalen mitschuldig sind, ist aber im höchsten Grade unwürdig. Es kann ja zwar noch der Versuch gemacht werden, diesen verhängnisvollen Beschluß in dritter Lesung umzustoßen, aber jene Geschäftsberatung verdient den schärfsten Tadel, der hoffentlich noch im Reichstag selbst zum Ausdruck gebracht werden wird.

#### Heilbronn-Land.

Wie wir bereits gestern unter „Letzte Nachrichten“ meldeten, hat die Sozialdemokratie das Mandat des württembergischen Landtagswahlkreises Heilbronn-Land nach einem höchst intensiven Wahlkampf im ersten Wahlgang wieder erobert. Es erzielten Stimmen:

Schneidermeister Formung (Soz.)	3019 (1906: 2383)
Arbeitersekretär Fischer (Rp.)	1884 (1906: 1043)
Weingärtner Haag (Ed.)	1021 (1906: 1263)
Abg. Gröber (Z.)	544 (1906: 625)

Die Sozialdemokratie hat also um 680 Stimmen zugenommen und das Mandat mit einer absoluten Mehrheit von 70 Stimmen erobert. Der Hauptkampf hat sich, im Gegensatz zu den letzten allgemeinen Wahlen, bei denen die Volkspartei im zweiten Wahlgang den Ausschlag zugunsten der Sozialdemokratie gegeben hat, diesmal zwischen diesen beiden Parteien abgepielt. Die Volkspartei hoffte, daß ihr Kandidat als ehemaliger evangelischer Arbeitersekretär einen Teil der sozialdemokratischen Wähler zu sich herüberziehen würde und schloß die Debatten der letzten Parteitage über die Budgetfrage und sonstige taktische Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie weidlich aus. Wie der Ausgang lehrt, ohne den geringsten Erfolg.

### Auf Befehl des Episkopats.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Düsseldorf gemeldet: Die Zentrumspartei wird auf Anregungen von hoher kirchlicher Stelle aus bei den kommenden Reichstagswahlen keine Bündnisse mit den Sozialdemokraten mehr eingehen. Die rheinische Zentrumspartei, die vor einigen Tagen in Köln die Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen beraten hat, erwartet mit Sicherheit die Hilfe der Liberalen, besonders der Nationalliberalen, in den von der Sozialdemokratie stark gefährdeten Wahlkreisen Köln, Düsseldorf und Essen. Bei der jetzt beginnenden Wahlkampagne soll der Möglichkeit eines Zusammenschlusses des Zentrums mit den liberalen Parteien von vornherein Rechnung getragen werden.

Die Nachricht kommt nicht überraschend. Wir haben wiederholt betont, daß sich in manchen Gegenden des Rheinlands und Westfalens Zentrum und Nationalliberalismus bei den nächsten Wahlen zusammenfinden werden. Der hohe Klerus wünscht es, und sein Wunsch ist heute im Zentrum das höchste Gesetz.

### Der Papst und die christlichen Gewerkschaften.

Schon bald nach der Romfahrt des Kardinals Fischer, des Zentrumsführers Peter Spahn und des Leiters des katholischen Volksvereins, des bekannten Herrn Dr. Pieper, wurden von dem Leiter der Zentralanstaltsstelle für die Zentrumspresse, Dr. Kaufmann, in seiner „Apologetischen Rundschau“ allerlei Andeutungen gemacht, daß die Erfolge Fischers und seines Stabes im Vatikan keineswegs den Meldungen entsprächen, die in der „Köln. Volksztg.“ erschienen seien.

Jetzt teilt das Organ der Reformkatholiken, „Das neue Jahrhundert“, mit, daß Herr Kaufmann damals nur allzu recht mit seinen Andeutungen gehakt habe. Alles was Fischer erreicht habe, sei lediglich ein Ausschub des Verdammnisurteils des Papstes über die christlichen Gewerkschaften. Wörtlich heißt es in dem Blatt:

„Es brauchte wahrhaftig nicht der Anwesenheit des Herrn Kaufmann in Rom, um den so vielgepriesenen Erfolg des Kardinals Fischer in der Gewerkschafts- und Zentrumsache zu einem Scheinerfolg zu gestalten. Man ist sich in den Kreisen des katholischen Volksvereins und in der Gladbacher Zentrale darüber nicht im Zweifel, daß die Duldung der interkonfessionellen Verbände von Rom nur eine provisorische Konzession ist. Man weiß, daß eine Enzyklika gegen die Gewerkschaften, parallel zur Verurteilung des „Sillon“, schon auf dem Schreibtisch des Papstes lag, und daß Fischer nicht mehr erreichen konnte, als daß diese Enzyklika für anderthalb Jahre in einem Schuttsack zur Ruhe gekommen ist. Man weiß sogar, daß der stärkste Faktor der Kölner Pilgerfahrt der Herren Fischer, Spahn und Pieper neben dem Peterspfennig der Kölner Schäflein der hinter Spahn unsichtbar waltende Arm des deutschen Reichslanzlers gewesen war. Schon ehe Peter Spahn mit speziellen Aufträgen des Herrn v. Bethmann Hollweg im Gefolge des Kölner Kardinals nach Rom fuhr, hatte Herr v. Mühlberg, der preussische Vorkämmerer beim Heiligen Stuhl, den Staatssekretär die deutliche Meinung des Reichslanzlers wissen lassen, daß eine Auflösung des Volksvereins und ein Verbot der Gewerkschaften durch Rom im jetzigen Augenblick die Zerstückelung des einzigen Schuttsacks gegen die rote Flut bedeute (1) und die nächsten Reichstagswahlen zur Katastrophe werden ließe. Es geschah das Wunderbare, daß die Kurie des zehnten Pius zum erstenmal von der rückwärtslosen Durchführung des starren Prinzips abließ und dem Tagesinteresse Rechnung trug. Pius X. und seine Ratgeber sangen an, politisch zu werden und Zugeständnisse zu machen.“

Daß nicht nur in Rom, sondern auch bei dem größten Teil des deutschen Episkopats die nichtkonfessionellen christlichen Gewerkschaften nicht beliebt sind, ist bekannt; nur weil man von einem scharfen Vorgehen des Klerus gegen sie eine zahlreiche Abschwenkung katholischer Arbeiter in das sozialdemokratische Lager fürchtet, werden sie vorläufig geduldet. Hochinteressant aber ist, daß auch der Philosoph von Hohen-Stein, Herr von Bethmann Hollweg, sich so zärtlich besorgt fühlt um die politischen Interessen der Zentrumspartei, daß er im Vatikan als deren Sachwalter auftritt und durch den preussischen Vorkämmerer beim Heiligen Stuhl den Herren Fischer, Spahn und Pieper Vorspanndienste leistet.

### Liberaler Arbeiterfreundschaft.

Im Bunde mit dem Bürgertum haben die Arbeiter Portugals die Republik zum Triumph geführt und die unfaßliche Monarchie, hinter der sich die Herrschaft des Aristokratischen Pfaffenstums barg, zerbrochen. Nichts selbstverständlicher, daß sie die lange entbehrt Bewegungsfreiheit dazu ausnützen, um endlich auch ihr Dasein etwas menschenwürdiger zu gestalten. Damit aber verletzen sie die heiligsten Gefühle des liberalen Bürgertums, das eben noch den „Bruder Arbeiter“ als Bundesgenossen sehr willkommen geheißen hatte. Dem Bürgertum die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ist eben der Proletar gut genug; in dem Moment aber, wo er für sich selbst Forderungen erhebt, wird er zum verabscheuenswürdigsten Verbrecher an dem „Allgemeininteresse“ des Profits.

Sehr deutlich läßt sich dies wieder einmal zeigen an den wütenden Ausfällen, die die freisinnige „Vossische Ztg.“ gegen die streikenden Eisenbahner in Portugal macht. Sie schreibt:

„Das modische Mittel der Erpressung am Staat macht Schule. Auch in Portugal versuchen die Eisenbahner durch Zahlung der öffentlichen Betriebe zu ihrem vermeintlichen oder wirklichen Recht zu kommen. Die noch immer in Krämpfen liegende neugeformte Republik vermag ihrem Ansturm nichts entgegenzusetzen als Erdrückungen und Töten. Wirkliche und unbedingte Machtmittel fehlen. Aus den vorliegenden Meldungen, die teils unklar, teils offenbar gefälscht sind und sich oft geradezu widerprechen, ist nicht ersichtlich, inwiefern die Massen heute imstande sind, die persönlichen Interessen, die Forderungen des Regens, wieder einmal auf nächsten zu verschieben und den Notwendigkeiten der Allgemeinheit gegenüber hintanzusetzen. Mit traurigem Mißgeschick sieht man die Fiktion der ertugneten Freiheit über einen Sumpf troten.“

Ein Stoßen des gesamten öffentlichen Betriebs ist in greifbarer Nähe. Man erinnert sich der heftigen Kriege, aus denen eben erst der starke Wille Brissons mehr schlecht als recht das so viel mächtigere Frankreich gerettet. Freilich kennt Portugal bis heute die Hydra des organisierten Arbeiterstums noch nicht. Es heißt sogar, daß die Führer der Streiker den Ministern Wohlverhalten in die Hand verprochen haben. Was aber sind Worte gegen den Instinkt entseelter Masse.

Es sind ringsum im Kreis der Zuschauer zu viele Hebel, wollende und halbtierige, als daß man nicht noch einmal und immer wieder von neuem den gelehrten und ehrlichen Männern an der Spitze der jungen Republik wünschen möchte: Seid sehr bald stark!

Das ist der Bourgeois, wie er im Buche der Geschichte steht! Eben haben noch die Arbeiter ihr Blut für die Erringung der bürgerlichen Freiheit vergossen und schon ruft die bürgerliche Ordnungsbefehle nach der starken Faust, die die beschriebenen Lohnforderungen in Arbeiterblut ertränken soll. „Werdet stark“ und haltet die Arbeiter um jeden Preis nieder! Darin ist die freisinnige „Voss. Ztg.“ vollkommen einig mit „Kreuzztg.“ und „Germania“. Daß aber das führende Blatt der „Fortschrittlichen Volkspartei“ die organisierte Arbeiterschaft als Hydra zu bezeichnen mag, soll ihm wahrlich nicht so bald vergessen werden.

### Die „wackelnden Polizeipräsidenten“.

In der „Post“, dem edlen Schachmacherorgan, sind die Massenbedingungen des Elsaß-lothringischen Volkes vom 8. Januar gegen das projektierte Verfassungs- und Wahlrecht als „sozialdemokratischer Uebermut im Reichsland“ gebucht worden, mit dem geistreichen Bemerkung, daß dadurch „allerdings nicht die Reichspolitik in Elsaß-Lothringen, wohl aber ein paar Polizeipräsidenten seifens Wadeln geraten könnten“. Diese Bemerkung beruht auf einer vollständigen Verkennung der wirklichen Sachlage. Formell waren es wohl die beiden Polizeipräsidenten von Straßburg und Mühlhausen, welche die nach dem Reichsvereinsgesetz erforderliche Genehmigung zur Veranstaltung der Straßburger mit Musik und Gesang angestellten Demonstrationen mit Musik und Gesang angestellt haben; selbstverständlich taten diese Beamten das aber nicht, ohne sich zuvor bei der Landesregierung den Rücken zu decken. Daß dies geschehen ist, geht für jeden, der die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen kennt, daraus hervor, daß die Genehmigung zur Veranstaltung von Straßburger Demonstrationen mit Musik und unter dem Abhängen der „Internationale“, die gerade im Hinblick auf die gouvernementale Empfindlichkeit und zur Unterscheidung von den Nationalisten in der Elsaß-lothringischen Arbeiterbewegung die Stelle der Arbeiter-Marseillaise vertritt, schon im vorigen Jahre bei den Wahlrechts-Demonstrationen erteilt war und daß damals im reichs-ländischen Regierungslager kein Haß danach krähte. Ja, sogar die Gänge auf dem Kapitel in der Redaktion der „Post“ wägenen das zumal! — Da bereits angeklagt wird, daß bei der Beratung der reichs-ländischen Verfassungsvorlage im Reichstage ein paar rasende Junker zum Sturmangriff gegen diese „ins Wadeln geratenen Polizeipräsidenten“ übergehen werden, liegt es wohl im Interesse der Beteiligten selbst, wenn wir rechtzeitig auf diesen Tatbestand aufmerksam machen.

### Politische Beamtenbeeinflussung.

Wie die „Königsberger Allgem. Ztg.“ berichtet, ist ihr zuverlässig mitgeteilt worden, daß Richtern in der Provinz Ostpreußen, die sich zu liberalen Anschauungen bekennen, und auch solchen, die lediglich mittelparteiliche Wahlen unterstützen haben, bedeutet worden sei, das zu unterlassen, obwohl sie die für einen richterlichen Beamten sich ergebenden Grenzen in der politischen Betätigung in keiner Weise überschritten hätten. Die „Allgem. Zeitung“ fügt hinzu, daß dagegen richterliche Beamte als Wahlkreisvorsitzende an der Spitze der konservativen Wahlbewegung gestanden hätten, ohne daß dies von der Aufsichtsinstanz bemängelt worden sei.

### Sozialdemokratische Reichstagskandidatur für Frankfurt a. M.

Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M. stellte am Dienstagabend in einer stark besuchten Mitgliederversammlung ein in mit den bisherigen sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Dr. Max Duard, als Reichstagskandidat für Frankfurt a. M. wieder auf. Für die fortschrittliche Volkspartei kandidiert wieder der jetzige Inhaber des Mandats, Reichstagsabgeordneter M. O. E. Frankfurt a. M. war bekanntlich von 1884 bis 1906 im Reichstag sozialdemokratisch vertreten. Bei den Hottentottenwahlen 1907 gelang es jedoch den Fortschrittlichen, mit Unterstützung der Nationalliberalen, Konservativen, Antisemiten und dem Zentrum den Sozialdemokraten den Sitz zu entreißen.

Eine schwere Anklage gegen die Marineverwaltung ergab sich aus dem Verlauf eines Prozesses, der sich dieser Tage vor der Strafkammer des Rieker Landgerichts abspielte. Ein früherer Lohnschreiber der Reichswehr in Kiel, der jetzt in Rendsburg wohnt, war wegen Urkundenfälschung und Betruges angeklagt worden. Zu seiner Tätigkeit auf der Werft gehörte es, die Verpflegungsgelder für die auf den Kriegsschiffen beschäftigten Arbeiter festzustellen. Bei dieser Beschäftigung hatte er insgesamt 154 M. veruntreut, und zwar dadurch, daß er für fingierte Personen Verpflegungsgelder einsetzte und den Betrag dann abhob. Der Angeklagte war in vollem Umfange geständig. Als Ursache der Verfehlung gab er an, daß er auf der Werft einen Tagelohn von nur 2,50 Mark bezog, wovon er seine Familie, der Angeklagte hat sechs Kinder, nicht ernähren konnte. Die Vorgesetzten gaben dem Angeklagten das Zeugnis, daß er ein überaus fleißiger und tüchtiger Arbeiter sei. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis. Das Gericht billigte dem Angeklagten jedoch mildernde Umstände. Es verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis und beschloß ferner, den Angeklagten der bedingten Bewährung zu empfehlen.

Die Tatsache, daß ein fleißiger Arbeiter, der mit einer ziemlich verantwortungsvollen Arbeit betraut ist, mit 2,50 M. täglich entlohnt wird, ging selbst dem Vorsitzenden des Gerichts über den Strich. Er konnte sich nicht enthalten, anzurufen: „Dabei muß der Mann ja zum Verbrecher werden!“ In der Begründung des Urteils heißt es denn auch, es sei bedauerlich, daß ein so tüchtiger Mann auf die Bahn des Verbrechens gedrängt wurde.

### Frankreich.

#### Wie Brissou Präsident wurde.

Paris, 11. Januar. (Fig. Ver.) Die Präsidentenwahl in der Kammer hat gestern viele Leute ausgeregt. Man weiß eigentlich nicht recht warum — wofür man nicht vom parlamentarischen Sportfieber befallen ist. Es handelte sich nicht um Politik, sondern nur um das schöne Präsidenteneinkommen, das aber doch nur ein Gegenstand von persönlichem Interesse ist. Erstlich kamen nur zwei Kandidaten in Frage: Brissou, der Mann, der niemals jung war, und Paul Deschanel, der niemals alt wird; Brissou, der gelehrte französische Radikale, und Deschanel, der mit einigem Aufwand von Schwünge den guten Europäer mißt, der eine der Seneca, der andere der Petronius der Demokratie. Auch Deschanel ist jetzt Antirepublikaner, aber es stimmten doch die Reichsparteien für ihn. Hauptächlich, weil sein Gegner Würdenträger der Frei-

mauererei ist. Brissou wurde im zweiten Wahlgang gewählt. Das Resultat hing von den geeinigten Sozialisten ab. Sie hatten gegen Brissons Wiederwahl die gewichtigsten Gründe. Brissou, der sein Pariserer Deputiertenmandat nur der sozialistischen Stichwahlhilfe verdankt, hat während des Eisenbahnerstreiks in der Sturmführung, da Briand vor der empöerten Kammer sein Verbleiben zur Ungeheuerlichkeit abgelegt hatte, den Ministerpräsidenten dadurch gereizt, daß er, der Regel entgegen, die Verhandlung nicht anhob und Briand seine Rede den Stenographen in die Feder diktieren ließ. Er hat weiter die Delegierten der Eisenbahner am Betreten der Kammer gehindert und es den Parlamentariern unmöglich gemacht, ihre Beschwerden im Haus der Volksvertretung anzuhören. Es fehlte denn auch nicht an Stimmen in der Fraktion, die empfahlen, für Deschanel zu stimmen. Janus glaubte überdies, der Wahl betrat den Charakter einer Demonstration für den Proporz geben zu können, zu dessen eifrigsten Verfechtern Deschanel gehört. Indes beschloß die Mehrheit der Fraktion, Jules Guédoe als Jährländkandidaten aufzustellen. Er bekam im ersten Wahlgang 40, im zweiten 50 Stimmen. Ein Teil der Fraktion hat eben doch für Brissou gestimmt — aus freimaurerischer Solidarität.

### Spanien.

#### Immer noch die Kriegesgerichte.

Wegen Aeußerungen, die sie vor einigen Monaten in einer gegen die Vorbereitung eines neuen Marokko-Feldzuges veranstalteten Protestversammlung getan hatten, sind die Genossen Sabarit, Blaquez, Egoceaga und Luzio Martinez von der sozialistischen Jugendorganisation vom Madrider Kriegesgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Genosse Kavarrete in Palaga und einige Journalisten von Madrid wurden wegen antimilitaristischer Reden oder Kritik der Heeresleitung gleichfalls vor das Militärgericht gestellt. Ein idealer Zustand, daß die Sabelträger selbst das Recht haben, im Namen des von ihnen zugrunde gerichteten Vaterlandes über ihre eigenen Kritiker zu Gericht zu sitzen.

### Portugal.

#### Die Streikbewegung.

Lissabon, 12. Januar. Die ausständigen Eisenbahner zeigen sich zwar nicht zur Nachgiebigkeit geneigt, erwarten aber die endgültige Entscheidung der Verwaltung in vollkommener Ordnung. Es ist bisher kein einziger Fall von Sabotage vorgekommen. Die Staatsbahnangestellten gehen rein aus Kameradschaft gemeinsam vor, organisiert sind sie nicht. Die Angestellten der Dourobahn sowie der Povoas- und Guimaraesstrecke haben sich dem Ausstande nicht angeschlossen. Dagegen sind die Metallarbeiter ebenfalls in den Ausstand getreten. Die ganze Garnison Lissabon ist in den Kasernen bereitgestellt. Die Eisenbahner haben die Arbeiter gebeten, sich ihrer Bewegung nicht anzuschließen, um Unruhestörungen zu vermeiden. In Lissabon und ganz Portugal herrscht Ruhe. Der Zugverkehr ist fast vollständig eingestellt. Der Postverkehr wird im Innern durch Automobile aufrecht erhalten und die Korrespondenz nach dem Auslande durch Dampfer befördert.

Der Minister des Innern hat seine Entlassung angeboten. Verschiedene Abordnungen der streikenden Handlungsgehilfen und Eisenbahner haben ihn gebeten, im Amte zu verharren. Sodann begab sich eine Deputation der Streikenden zu dem Präsidenten der Republik Theophil Braga, um ihn zu bitten, die Demission des Ministers des Innern nicht anzunehmen. Braga sagte dies zu.

#### Die Forderungen.

Lissabon, 12. Januar. Die Handelsangestellten verlangen zweierlei: einmal den wöchentlichen Ruhetag und zweitens eine Regelung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich. Die Regierung hat gestern ein Dekret erlassen, welches wenigstens den wöchentlichen Ruhetag einführt, dagegen glaubt die Regierung bezüglich der zweiten Forderung der Angestellten einige Vorbehalte machen zu müssen. Das die Eisenbahner anbetrifft, so verlangen diese eine Erhöhung ihres Gehaltes, die z. B. bei einer einzigen Gesellschaft eine jährliche Mehrausgabe von 5 Millionen Frank ausmachen würde. Der Eisenbahnerstreik wird allgemein als ein Protest gegen das Regierungsdiktat angesehen, das verlangt, daß in allen öffentlichen Betrieben eine Unterbrechung der Arbeiter nicht stattfinden dürfe, ohne daß dies acht Tage vorher angekündigt ist.

#### Bergleichsvorschläge.

Lissabon, 12. Januar. Der Verwaltungsrat der Eisenbahngesellschaften hat die Forderungen der Eisenbahnarbeiter in Gegenwart der Delegierten der Ausständigen geprüft. Es wurde ein gemäßigter Auspruch eingeseht, welcher heute keine Einigungsvorschläge unterbreiten wird. Die Regierung bemüht sich ihrerseits, den Konflikt beizulegen.

#### Beilegung des Handlungsgehilfenstreiks.

Lissabon, 12. Januar. Die Stadt hat den gewöhnlichen Anlauf wieder angenommen; die Läden sind sämtlich geöffnet. Der Minister des Innern Almeida hat sein Austrittsgesuch zurückgezogen. Er wird das Gesetz über die Ruhezeit in veränderter Form wieder vorlegen, das bis zur konstituierenden Versammlung in Kraft sein wird.

#### Befürchtungen in Spanien.

Madrid, 11. Januar. Der Minister des Innern hat die spanischen Eisenbahndirektoren aufgefordert, ihn unverzüglich zu benachrichtigen, falls eine ungewöhnliche Bewegung unter dem Eisenbahnpersonal beobachtet werden sollte; er hat ferner die Gouverneure angewiesen, ihn über den Zustand der portugiesischen Eisenbahnangestellten auf dem laufenden zu halten. Schreiben um Mitteilung erucht für den Fall, daß die spanischen Bahngestellten versuchen sollten, ihre ausländischen portugiesischen Kollegen zu unterstützen.

### Finland.

#### Die Wahlen.

Helsingfors, 11. Januar. In vielen Bezirken sind die Wahlen zum finnischen Landtag beendet. Bisher erhielten die Sozialdemokraten 315 432, die Miffinnen 172 846, die Jungfinnen 114 532, die Schweden 106 289, die Agrarier 61 614 und die christlichen Arbeiter 14 545 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war größer als im vorigen Jahre.

#### Die Drucker gegen die Zensur.

Helsingfors, 11. Januar. Die Frage der Verantwortlichkeit der Drucker, welche sich weigern, Kontrolexemplare der Druckwerke den Behörden vorzulegen, hat der Senatsprokurator dahin entschieden, daß eine derartige Pflicht der Drucker mit der Abschaffung der Präzensur aufgehört habe. Hierdurch wird die Kontrolle der Druckwerke unmöglich.

# Gewerkschaftliches. Hüttenarbeiterschutz.

Die Verwaltungsstelle Bochum des Metallarbeiter-Vereins hat im Auftrage einer großen Versammlung von Arbeitern des „Bochumer Vereins“ eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der der Reichstag ersucht wird, den schon vor Jahren geforderten Schutz für Hüttenarbeiter in Angriff zu nehmen. Es wird sowohl der Schutz gegen Unfallgefahren, wie auch gegen Gesundheitsgefahren gefordert. Erneuten Anlaß zu dieser Forderung gab das entsetzliche Unglück in der Stahlgießerei des 7000 Arbeiter beschäftigenden „Bochumer Vereins“ am 10. Dezember, wobei, so heißt es in der Eingabe, während des Gießens das Behänge einer Gießpfanne zerbrach. Die stürzte, und ihr glühend flüssiger Inhalt verbrannte vier Arbeiter in gräßlicher Weise. Drei wurden förmlich überschüttet mit dem glühenden Fluß, versanken in ihm und starben sofort. Der vierte Arbeiter vermochte sich, brennend, noch etwas beiseite zu flüchten, erlag aber auch den erhaltenen fürchterlichen Brandwunden. Diese Katastrophe hat begreiflicherweise eine große Erregung in der Arbeiterschaft wachgerufen, zumal in dem Betrieb schon früher schwere Unfälle vorgekommen sind.

Wie von Sachleuten versichert wird, hätte das Unglück verhindert werden können, wenn: erstens das Behänge von Zeit zu Zeit ausgeglüht worden wäre, um das Material elastischer zu erhalten. Die Bruchstelle zeigte die charakteristischen Merkmale hoher Sprödigkeit des Materials! Auf anderen, ähnlichen Werken wird die Manipulation des zeitweiligen Ausglühens der regelmäßig benutzten Behänge, Ketten, Haken, Zangen usw. tatsächlich geübt. In dem fraglichen Betrieb des Bochumer Gußhüttenwerks soll es auch geschehen sein — aber erst nach dem großen Unglück!

Der Raum in der Gießerei sei so beschränkt, daß die Arbeiter über das Material stolpern. Das Zagen, Gosten und Antreiben sei so unvernünftig, daß Unglücksfälle nicht ausbleiben könnten.

Ueber die Arbeitszeit wird in der Eingabe gesagt, daß sie in der Regel noch eine zwölfstündige sei. Aus dem Verichte des Gewerbeinspektors geht hervor, daß die weitaus meisten Feuerbetriebsarbeiter in der Grobblechindustrie genötigt seien, regelmäßige Schichten von 12 und 13 Stunden zu machen. 45,7 Proz. der fraglichen Arbeiter machen obendrein noch Überzeitarbeit! Ein Fall wird bezeichnet, wo der betreffende Arbeiter sogar eine 27stündige Schicht absolvierte! Wohl hat die Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 für die Grobblechindustrie gewisse Pausen vorgeschrieben, aber auch aus dem Verichte des Gewerbeinspektors ist zu entnehmen, daß die Werkleiter selbst Arbeitsunterbrechungen von 10 Minuten an als „Pausen“ in Anrechnung bringen. Daß hierdurch der Zweck der Bundesratsverordnung, nämlich den Arbeitern regelmäßige Ruhezeiten innerhalb der Schicht zu verschaffen, illusorisch gemacht sei, bedürfte keiner Erläuterung.

Weiter klagt die Eingabe über die völlige Unzulängliche Betriebskontrolle der Gewerbeinspektionsbeamten. Es wird zahlenmäßig bewiesen, daß die Unfälle in den Hüttenbetrieben von keiner Berufsgruppe, nicht einmal im Bergbau, erreicht würden. Die amtierenden Gewerbeaufsichtsbeamten seien laut eigenem Eingeständnis wegen Arbeitsüberhäufung nicht in der Lage, die Betriebe einer so eingehenden Kontrolle zu unterziehen, als mit Rücksicht auf die übliche Produktionsmethode nötig sei. Der Arnberger Reichstagsdeputierter teilte mit, daß 1909 nur 4897 (52 Proz.) der zu inspizierenden Anlagen mit 189 694 (84 Proz.) Arbeitern besucht worden seien. Revidiert sei überhaupt 8231 mal, gegen 8429 mal in 1908; also ginge die Revisionsstätigkeit noch zu rüde! Jeder Betrieb wurde im Jahre nur 1—2mal besucht! Infolgedessen sei leicht erklärlich, warum zahlreiche Hütten- und Walzwerksarbeiter jahrelang keinen Gewerbeinspektor an ihrer Arbeitsstelle sähen! Es sei ihnen also keine Möglichkeit gegeben, den Revisionsbeamten an Ort und Stelle von dem Vorhandensein lebensgefährlicher Betriebsmängel zu unterrichten. Sie wuchern weiter und zerstören Gesundheit und Leben der Arbeiter. So sei zu konstataren, daß in den Jahren 1908 und 1909 bis zur Fertigstellung am 9. Mai 1909 eines Hochofens auf der Heinrichshütte in Gattingen vierzehn Arbeiter zu Tode kamen. Die letzten vier erstürzten infolge einer Gasentweichung, die sich hätte verhüten lassen können, wenn eine strenge Betriebskontrolle stattfand. Raum eine Woche vergeht ohne schwere Hüttenwerkunfälle. Beispielsweise wurde am 23. Dezember 1910 auf den Westfälischen Stahlwerken in Bochum ein Reparaturschlosser unter einem Walzen-Waldrück förmlich erdrückt! Am 27. Dezember 1910 wurde auf demselben Werk ein Vorarbeiter in einem Sammelloch für Drehpöde usw. tödlich zerquetscht! Beinbrüche, Armaquetschungen, Verbrennungen usw. kommen auf den großen Eisenerwerken alltäglich vor; eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf zunächst 10 und für Feuerbetriebsarbeiter auf 8 Stunden würden neben der Verschärfung der Betriebskontrolle zweifellos Besserung schaffen.

Ein anderer Uebelstand, die Unsicherheit der Entlohnung, trüge ebenfalls zu der Drangsalierung der Hütten- und Walzwerksarbeiter bei. In der Regel wisse keiner, für welchen Lohn er arbeitet, darüber werde bei der Arbeitsannahme nichts gesagt. Aber auch die Arbeiter, die lange auf dem Werk schaffen und im sogenannten „Afford“ bezahlt werden, wissen selten vor dem Lohnstag, was sie verdient haben. Wieviel ihnen pro 1000 Kilo Guß oder pro Stück an Affordlohn verrechnet werde, das wissen diese Arbeiter nicht. Es werde mit ihnen kein regelrechter Afford vereinbart, sie bekämen keinen schriftlichen Vertrag für den abgeschlossenen Afford und daraus entstünden fortwährend Differenzen. Es sei dringend zu wünschen, daß die Gesetzgebung hier regeln eingreife, damit der Willkür ein Riegel vorgeschoben würde.

Wegen des Gesundheitszustandes sagt die Eingabe weiter: In den meisten Fällen ist für den Schutz der Arbeiter gegen den qualenden Rauch, gegen Wind und Wetter keine oder nur mangelhafte Vororge getroffen. Hier und da sind in den letzten Jahren geschützte Aufenthaltsräume für die pausierenden Arbeiter hergerichtet worden, wo sie ihre Speisen zu sich nehmen, sich waschen und baden. Aber fast alle diese Einrichtungen sind durchaus unzulänglich, viel zu klein oder so gelegen, daß die Arbeiter sie nicht benutzen können. Es ist zuzugeben, daß viele Arbeiter die Notwendigkeit und Wohlthat eines regelmäßigen Gebrauchs der Badeeinrichtungen noch nicht erkannt haben, sie darum nicht benutzen. Aber man würde mit einer entsprechenden Belehrung auf diese Arbeiter um so besser einwirken können, wenn ihnen die Benutzung der sanitären Einrichtungen leichter gemacht würde. Heute müssen sie unter Umständen stundenlang auf den Zutritt zu den Reinigungsanstalten warten, weil sie viel zu klein sind. Es liegt aber durchaus im Interesse der Industrie, daß sie Einrichtungen schafft, die es in ausreichender Weise dem Arbeiter er-

möglichen, seinen Körper zu pflegen. Damit er widerstandsfähiger gegen die gesundheitsgefährlichen Einflüsse des Betriebes wird. Dadurch würde ein Herabgehen der sehr hohen Krankenziffern unter den Hütten- und Walzwerksarbeitern bewirkt und der Industrie eine leistungsfähige Arbeiterschaft erhalten werden.

## Berlin und Umgegend.

### Achtung, Mützenmacher!

Bei der Firma S. Gärtner u. Co., Markstr. 60, sind sämtliche Arbeiter in den Streik eingetreten, weil die Firma von den Garnierinnen den Austritt resp. die Nichtzugehörigkeit zum Deutschen Kürschnerverband verlangt.

Die Werkstatt ist gesperrt. Zugug ist fernzuhalten.  
Deutscher Kürschnerverband, Filiale Berlin.

## Deutsches Reich.

### Die Christen hinken nach.

Der Christliche Gewerksverein sieht sich nun auch genötigt, den drei in der Lohnfrage zusammengehenden Verbänden nachzuhinken. Er läßt durch die Arbeiterauswahlmittglieder an die Reichsverbände ein Schreiben richten, worin die Bitte ausgesprochen wird, „baldmöglichst eine den Verhältnissen entsprechende Aufbesserung der Löhne der Arbeiter unter und über Tage vorzunehmen“.

Dieser Schritt erfolgt sicherlich nicht von ungefähr. Jedenfalls haben die christlichen Kampfs gegen die Haltung ihrer Leitung in der Lohnfrage protestiert.

### Achtung, Tabakarbeiter!

Ueber die Filialen der Firma Wöhlen u. Richardt (Sitz Herford i. Westf.) in Oetinghausen und Lippinghausen wurde wegen Differenzen und Mahregelung die Sperre verhängt. Zugug ist fernzuhalten.

**Achtung, Metallarbeiter und Holzarbeiter!** In der Maschinenfabrik, Eisengießerei und Mühlenbauanstalt Niebaum u. Gutenberg, Herford i. Westf. bestehen seit 4 Monaten Differenzen. Die Arbeiter streiken, weil die Firma die schlechten Lohnverhältnisse nicht aufbessern will. Von der Firma wurden 102 Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt. Wiederholte Verhandlungen sind an der Hartnäckigkeit der Firma gescheitert. Seit Freitag, den 6. Januar, beschließt die Firma W. Verfassstreik, vermittelt durch den Streikbrecheragenten F. A. B. aus Barren. Metallarbeiter und Holzarbeiter aller Branchen wollen Herford meiden.

### Zur Lohnbewegung der Rohglashleifer in der Oberpfalz.

Am 1. Januar sollte die Arbeitseinstellung erfolgen, denn es waren der Arbeiterschaft bis zu diesem Termin nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht. Erst in den letzten Tagen erklärten sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit und diese fanden am 2. Januar in Regensburg statt. Die Unternehmer hatten neun Herren zur Verhandlung entsandt, während vom Verbands der Glasarbeiter und dem Verbands christlicher Keramiker 17 Personen anwesend waren.

Bei der ganzen Verhandlung stellte sich dann bald heraus, daß der von den Unternehmern gestellte Vorschlag den Standpunkt der Industriellen in der reaktionärsten Weise vertreten wollte; seine Erklärungen gipfelten in den kurzen Worten: wir können nichts bewilligen. Die Einführung der 12stündigen Arbeitszeit für die Schleifer und Polierer wurde vom Vorschlagenden als undiskutabel bezeichnet. Die Herren erklärten, daß während der Arbeitszeit sich Gelegenheit zum Ausruhen bietet, und wenn die Arbeiter sich gegenseitig verständigen, könnte jeder Arbeiter kurze Zeit ruhen. Es genierte die Herren nicht, daß der Arbeiter auch während der Ruhezeit den Betrieb verlassen kann.

Der von den Vertretern der Arbeiter gestellten Forderung, daß am Sonnabend und an den Vorabenden aller gesetzlichen Feiertage die Arbeit abends 6 Uhr eingestellt werden muß und bis zum Montag früh 6 Uhr zu ruhen hat, so daß eine 38stündige Ruhepause eintreten muß, setzten die Unternehmer gleichfalls ein entschiedenes Unabwärtigen entgegen. Erst als der Vertreter des Verbandes, Genosse Girbig, in ganz entschiedener Weise betonte, daß dann alle Verhandlungen zwecklos wären, weil die Arbeiter niemals von dieser Forderung Abstand nehmen würden, erklärten die Unternehmer, daß sie dann bereit wären, mit den übrigen Industriellen in Fürtih Rücksprache zu nehmen, und daß auch diese Herren vielleicht bereit wären, die Forderung anzuerkennen. Also nicht einmal diese so überaus geringen Wünsche konnten durch eine definitive Erklärung der Industriellen erledigt werden.

Noch besser kam es aber bei den Lohnforderungen. Alle sachlichen Begründungen prallten wirkungslos an dem Verhalten der Unternehmervertreter ab mit dem Hinweis, daß damit der Ruin der Industrie herbeigeführt werde.

Sie verwiesen darauf, daß sie schon jetzt Feiertagsgelder zahlen, wenn die Betriebe still gelegt werden. Es würden solche Feiertagsgelder in keinem zweiten Industriezweig gezahlt. Mit vollem Rechte wurde von den Vertretern der Arbeiter darauf hingewiesen, daß die Industriellen diese Feiertagsgelder nur der Not gehorchend zahlen, denn würden die Arbeiter diese Entschädigung nicht bekommen, dann müßten sie die Oberpfalz verlassen und sich anderen Industriezweigen zuwenden. Sie würden dann sicher in ihre frühere traurige Betriebsstätte nicht mehr zurückkehren.

Die Unternehmer begründeten ihren ablehnenden Standpunkt ferner damit, daß der Lohn für die Douffrierinnen zu hoch wäre; wenn sie den Arbeitern Lohnserhöhungen bewilligen würden, müßten sie den Lohn der Douffrierinnen herabsetzen. Die Douffrierin sei aber die Frau des Schleifers und indirekt träte durch die Arbeit der Frau auch eine Erhöhung des Lohnes für den Arbeiter ein. — Daß die Heizung der Werke auf Kosten des Unternehmers geschehen müßte, sollte man für ganz selbstverständlich ansehen; aber die Herren Millionäre von Fürtih vertreten auch in diesem Falle eine ganz andere Anschauung. Die Arbeiter haben die Heizung selbst vorzunehmen. Die Unternehmer erklärten sich schließlich bereit, eine monatliche Vergütung von 3,50 M. dafür zu zahlen, womit die Arbeiter einverstanden sind.

Nach nahezu fünfständiger Verhandlung waren die so überaus geringen Forderungen der Arbeiter von den Industriellen fast in allen Punkten abgelehnt. Die Unternehmer verlangten den Abschluß eines Tarifes auf die Dauer von 5 Jahren.

Die Konferenz einigte sich schließlich dahin, daß die Arbeiter nochmals in eine Beratung und Festsetzung der gesamten Forderungen eintreten möchten, die dann festgelegten Forderungen der Arbeiter sollten gewissermaßen als Ultimatum gelten. Dies geschah dann auch und legten die Arbeiter folgendes fest:

„Eine Lohnserhöhung von 10 Proz. Für Apparatschleifer einen Mindestlohn von 6 M., außerdem eine Feuerungszulage von 50 Pf. pro Tag zu den bisher bereits gezahlten 90 Pf. Auf allen Schleifer- und Polierwerken hat eine wöchentliche Ruhezeit von 36 Stunden einzutreten, und zwar vom Sonnabend abend 6 Uhr bis Montag früh 6 Uhr. Lohnzahlungen habe alle 14 Tage am Sonnabend stattzufinden. Mit der Entschädigung für Beheizung und Beleuchtung von 3,50 M. pro Monat für die 6 Wintermonate erklären sich die Arbeiter einverstanden. Für Arbeiten der Wasserläufer und für alle Reparaturarbeiten sollen 50 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Die Feiertagsgelder werden unter Zugrundelegung der bisher gezahlten Entschädigung um 1 M. pro Woche und Person erhöht. Der Tarif gilt für zwei Jahre.“

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen begründete Girbig die Forderungen. Die Herren waren geradezu empört über diese Forderungen und erklärten, daß jede weitere Beratung völlig überflüssig sei. Darauf verließen die Unternehmer das Sitzungszimmer.

Die bairische Regierung soll als Vermittler eingreifen. Der Gauleiter des Glasarbeiterverbandes hat sich am 3. Januar an die Regierung gewandt und deren Vermittlung nachgesucht. Gelingt es nicht, eine Verständigung herbeizuführen, dann ist ein Kampf in der Glasindustrie in der Oberpfalz unvermeidlich. Und wenn die Unternehmer fortgesetzt erklären, die Industrie verträge eine Erhöhung des Lohnes der Arbeiter nicht, dann werden sie sich damit befremden müssen, daß der Industrie ein langer Kampf mit den Arbeitern bevorsteht.

## Ausland.

### Der Stand des belgischen Bergarbeiterstreiks.

Die wahren Streikursachen.

Unter belgischer Reichstagsdeputierter meldet uns unter dem 10. Januar:

Die Unverhältnlichkeit der Grubenunternehmer im Verein mit der Wirkung, die die blutigen Vorfälle in Seraing hervorgerufen haben — eines der Opfer, die in die Schläfe getroffene Frau, ist gestern gestorben — hat bewirkt, daß sich immer mehr Bergarbeiter dem Streik anschließen. Nach dem Anschlag der Grubenarbeiter von Herve und der in Lüttich und Seraing neu hinzugekommenen, ergibt sich, nach einer heutigen Schätzung des „Eclair“, eine Summe von 21 000 Streikenden. Trotz dieser Masse Streikender ist es bisher — mit Ausnahme der eben in Seraing von der Gendarmrie provozierten — zu keinerlei Störungen der Ruhe gekommen, was nicht hindert, daß immer neue Gendarmierverstärkungen ins Streiklager abgehen. Western ist wieder ein Teil der in Verdruen der Brüssel gelegenen Gendarmierbrigade im Lütticher Bassin eingerückt.

Montag versammelte sich in Charleroi das Landeskomitee der Bergarbeiter, um zum Streik Stellung zu nehmen. Die von ihm angenommene Tagesordnung stellt in präzisier Weise die Streikursachen fest. Sie fahrt als solche an: Das antäglich des neuen Berggesetzes in die Grubenordnung eingeführte unerhörte Strafregime; die Neueinrichtung, daß zu stellvertretender schwerer Arbeit alle Arbeiter verwendet werden sollen; die Weigerung der Unternehmer, die erworbenen Rechte der Bergarbeiter bezüglich der Arbeitszeit anzuerkennen sowie zur Verwaltung der durch die Strafgeelder gespeisten Hilfskassen Arbeiter zuzulassen und die Reduzierung der für die Mahlzeiten festgesetzten Ruhepausen. Das Komitee stellt ferner fest, daß die Unternehmer alle Einigungsversuche abgelehnt und damit die Arbeiter in den Streik getrieben haben. Das Komitee bestätigt die Haltung der Lütticher Föderation — deren Kundgebung wir bereits mitgeteilt haben — und verspricht, den Streik mit allen Kräften zu unterstützen. Gleichzeitig ergeht an alle regionalen Föderationen das Ersuchen, sich vorher zu versammeln, um die materielle Unterstützung der Streikenden anzubahnen.

Lüttich, 12. Januar. Heute mittag fand hier eine große Kundgebung von etwa 40 000 ausländischen Bergarbeitern statt, die mit Frauen und Kindern aus den Distrikten des Kohlenreviers herbeigeströmt waren und sich vor dem Volkshause versammelten, wo einige Deputierte Ansprachen hielten. Die Kundgebung ist friedlich verlaufen.

## Letzte Nachrichten.

### Die Wahlen zum finnischen Landtag.

Helsingfors, 12. Januar. (W. L. B.) In den finnischen Landtag sind gewählt: 87 Sozialdemokraten, 42 Aflinnen, 28 Jungfinnen, 26 Schweden, 16 Agrarier, 1 Vertreter der christlichen Arbeiterpartei. Das Stärkerhältnis der Parteien ist daselbe wie nach den vorhergehenden Wahlen, nur haben die Sozialdemokraten einen Sitz auf Kosten der Agrarier gewonnen.

### Nach der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 12. Januar. (W. L. B.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wies Deschanel als Berichtserfasser in der Generaldiskussion über das Budget des Ministeriums des Innern auf die Notwendigkeit hin, daß Frankreich seine Bündnisse und Ententen verpakt, um Ueberrassungen vorzubeugen, die Zerplitterung der Kräfte zu vermeiden, die noch schwer auf Europa lastet. Andererseits müsse Frankreich seine Land- und Seestreitkräfte weiter ausbauen, um sich die Rolle zu sichern, auf die fünfzehn Jahrhunderte der Arbeit, der Tapferkeit und des Ruhmes ihm ein Anrecht gäben. Abel Ferry sprach sein Bedauern aus, daß Frankreich sich die Instruktion der türkischen Truppen habe entgegen lassen. Weder äußerte die Befürchtung, daß man unrecht getan habe, auf die türkische Anleihe zu verzichten wegen einer Frage des Rechnungswesens. Im Interesse der Türkei liege es, sich mit Frankreich zu verständigen.

Lucien Hubert führte aus: Die Kaiserbegegnung in Potsdam ist ein Zeichen dafür, daß Deutschland die Führung des Dreibundes, der sich seit 1904 zu lockern schien, wieder ausgenommen hat, indem es Oesterreich zeigte, wie dessen Haltung auf dem Balkan sein müsse, während die italienischen Glätter die Gefühlspolitik in charakteristischen Ausdrücken mißbilligten. Die Tripleentente ist ein wenig desorganisiert. Der Tod des Königs Eduards VII. hat ihr einen fatalen Schlag versetzt. (Widerpruch.)

Minister Pichon bemerkte unter anderem: Was die im Deutschen Reichstag vom Reichskanzler über die Potsdamer Zusammenkunft abgegebenen Erklärungen anlangt, so habe Frankreich keinerlei Ursache, sich über die deutsch-russische Abmachung zu beunruhigen. Frankreich habe eben gegen niemanden irgendwelche aggressive Gedanken, und die Erhaltung des status quo auf dem Balkan und im Orient sei eine der Grundzüge der französischen Politik, und was die Vereinbarung über Persien betreffe, so sei auch damit erfreulichweise nur eine Ursache der Unruhe und der Schwierigkeiten aus der Welt verschwunden.

### Selbstmord eines Soldaten.

Wittingen, 12. Januar. (W. L. B.) Heute vormittag hat sich der bei der 9. Kompagnie des 82. Infanterie-Regiments im ersten Jahre dienende Musketier Friedrich aus Weihenhausen auf einem Feldwege mit seinem Dienstgewehr erschossen.

### Das neue Kabinett in Chile.

Santiago (Chile), 12. Januar. (W. L. B.) Heute ist folgendes neue Kabinett gebildet worden: Rafael Orrego Zúñiga, Enrique Rodriguez Auswärtiges, Anibal Letelier Justiz und Unterricht, Roberto Sanchez Finanzen, Ramon Leon Luco Krieg und Marine, Javier Gandarillas Öffentliche Arbeiten.

### Explosion auf einem Schlachtschiff.

Potsdam, 12. Januar. (W. L. B.) Beim Revidieren von Zehnjentimeter-Geschosshündern für das Schlachtschiff „Radeky“ ist heute ein Zünder explodiert, wobei ein Militärarbeiter getötet wurde, der mit dem Zünder hantierte.

### Weitere Ausbreitung der Pest.

Beking, 12. Januar. (W. L. B.) In der Mandschurci breitet sich die Pest immer mehr aus und fordert zahlreiche Opfer. Namentlich die Lungepest tritt in der bösartigen Form auf. Zahlreiche ausländische Ärzte leisten Hilfe.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Hilde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt.

Reichstag.

104. Sitzung: Donnerstag, den 12. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Lisca.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes betreffend

Änderung des Strafgesetzbuches.

Die Vorlage sieht eine Strafmilderung bei Hausfriedensbruch, Arrestbruch und Raub vor, dagegen eine Strafvverschärfung bei öffentlicher Beleidigung und Tierquälerei, auch wird die grausame Behandlung von Kindern und allerschwachen Personen unter Strafe gestellt.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Polen) begründet einen Antrag auf Änderung des § 130, des Aufreizungsparagraphe. Bei der heutigen Anwendung sei dieser Paragraph ein richtiger Ostmarkenparagraphe. Achtungswerte Bürger in den polnischen Landesteilen laufen stets Gefahr, wegen einer Rede in einer Versammlung oder wegen eines Verhaftens verurteilt zu werden.

Verichterstatter Abg. Dr. Heßler (Sp.) bittet namens der Kommission um Ablehnung des Antrages.

Staatssekretär Dr. Lisco schließt sich dem an, es sollen gegenwärtig nur die schreiendsten Missetaten bestraft, aber alle Gegenstände ausgeschlossen werden, welche politische oder religiöse Gegensätze auszulösen geeignet sind.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der vorliegende Antrag will einen überaus schreienden Missetat beseitigen, fällt also durchaus in den Rahmen des Gesetzes. Kann es denn einen schreienden Missetat geben, als die unerhörte Art der Auslegung dieses Paragraphen. Gerade durch diese unerhörte Rechtsprechung werden politische Gegensätze ausgelöst, nicht aber durch diesen Antrag. Freilich leiden unter dieser unerhörten Rechtsprechung nicht die Herren rechts, sondern lediglich meine Parteifreunde und in den polnischen Landesteilen die polnischen Mitbürger.

Abg. Dr. Wagner (L.): Die Staatsautorität ist bei uns weniger geschätzt wie in irgend einem anderen Lande; das zeigen gerade auch die Vorgänge der letzten Zeit. Auch wir haben daher Wünsche auf Änderung des § 130, doch bewegen sie sich in entgegen gesetzlicher Richtung. Wir stellen aber diese Wünsche gegenwärtig zurück aus den vom Verichterstatter angeführten Gründen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Redner wies auf die letzten Vorgänge hin, ich nehme an, er meinte die Vorgänge, welche so außerordentlich rohe Missetat sind. Wechsler seitens der Polizeibeamten gezeigt haben. Wenn ich viele Anlauf zu neuen Anträgen geben und er solche mihandelnden Polizeibeamten besonders hart bestrafen will, so gehören solche Anträge zu Ziffer 5 des Gesetzes. Dort möge er die Anträge einbringen. Hoffentlich nimmt die Mehrheit sie an. Ich freue mich, auf diesem Gebiete Herrn Wagner als Bundesgenossen begrüßen zu können. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Unter 3a wird als § 145b neu eingestellt: Wer Tiere boshaft quält oder roh mishandelt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bestraft.

Als § 300, Abs. 3 wird folgende Vorschrift eingestellt:

Landesrechtliche Bestimmungen, welche in die rituellen Vorschriften einer Religionsgesellschaft über das Schächten von Tieren eingreifen, sind unzulässig.

Abg. Gröber (Z.): Meine Freunde stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu. Die Einfügung der zweiten Vorschrift ist notwendig, weil nach der Regierungsvorlage Strafe denjenigen trifft, der die zur Verbütung von Tierquälerei erlassenen Vorschriften übertritt und weil es in der Tat solche landesrechtlichen Vorschriften gibt, die das Schächten als Tierquälerei hinstellen. Weder geht es im einzelnen auf die frühere Stellung der Parteien gegenüber dem Schächten ein. Weder England, noch Frankreich, noch Oesterreich haben ein Schächterverbot, nur in der Schweiz ist es durch Referendum eingeführt.

Abg. Graef (Anti.) begründet einen Antrag auf Streichung des Kommissionsbeschlusses über das Schächten. Die Befürchtung, daß sich bei einem Schächterverbot die Juden des Fleisches überhaupt

enthalten könnten, hat sich in der Schweiz und in Sachsen nicht als begründet erwiesen. Dem Standpunkt der Regierung, das Schächten sei keine Tierquälerei, müssen wir entschieden widersprechen.

Staatssekretär Dr. Lisco: Der von der Kommission zugefügte Absatz 3, der landesrechtliche Bestimmungen für unzulässig erklärt, welche in die rituellen Vorschriften einer Religionsgemeinschaft eingreifen, muß die Förderung tiefgehender Gegensätze herbeiführen, was bei diesem Gesetze gerade vermieden werden soll. Wenn dieser Zusatz bestehen bleibt, so werden die Verbündeten Regierungen nach meiner Auffassung nicht in der Lage sein, dem Gesetze ihre Zustimmung zu geben, der Entwurf wäre dadurch auf das ernsteste gefährdet.

Abg. Wagner (L.): Es handelt sich gar nicht um ein Verbot des Schächters von Reich wegen, wie es seinerzeit der Reichstag abgelehnt hat. Das Schächten an sich ist selbstverständlich keine Tierquälerei im Sinne des Gesetzes. Der Kommissionsbeschluss bedeutet aber einen Eingriff in das Verwaltungs- und Polizeirecht der Einzelstaaten, den wir grundsätzlich ablehnen.

Abg. Dr. Feige (natl.): Ein Teil meiner Freunde ist für die Beibehaltung des Kommissionsbeschlusses zum § 300 Absatz 3, ein anderer Teil lehnt ihn ab. Die Befürchtung der orthodoxen Juden, daß sie durch das neue Gesetz schlechter gestellt werden als bisher, ist ganz unbegründet, denn rechtlich wird niemals das Schächten als Tierquälerei angesehen werden können.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Meine Freunde werden für den Absatz 3 des § 300 in der Kommissionsfassung stimmen. Die große Mehrheit des Reichstages will unter keinen Umständen in die religiösen Rechte deutscher Staatsbürger eingegriffen sehen. — Bei der Erklärung des Staatssekretärs war mir nicht klar, ob sein „unannehmbar“ sich auf den ganzen Entwurf oder nur auf den Abschnitt über die Tierquälerei bezieht, und ich bitte ihn, das noch klarzustellen.

Staatssekretär Dr. Lisco: Mein „unannehmbar“ für den Fall der Annahme des Kommissionsantrages bezog sich natürlich auf den ganzen Gesetzentwurf.

Abg. Frohme (Soz.):

Man scheut sich vor einem Eingriff in die Rechtsouveränität der Einzelstaaten. Aber uns steht die Rechtsenheit im ganzen Reiche höher, und deshalb sehen wir nicht ein, warum der Antrag der Kommission nicht angenommen werden könnte. Wenn man das Schächten eine Tierquälerei nennt — nun, es gibt ganz andere Arten der Tierquälerei, bei denen man zuerst mit einem Verbot einsehen sollte, ich erinnere nur an die Pferderennen und an die außerordentlichen Hocketen, die mit der Ausübung der Jagd verbunden sind. Die Beseitigung der Tierquälerei ist weit mehr eine Sache der Erziehung als der Strafgesetzgebung. Wenn die Erziehung darauf gerichtet ist, daß der Mensch am Menschen keine schändlichen und barbarischen Hocketen verübt, wird auch die Tierquälerei verschwinden. So lange aber der Mensch dem Menschen in rohester Weise gegenübertritt, solange der Kaiserhof Soldaten unter den Augen der Offiziere mishandelt werden, solange an Fürsorgezöglingen solche schandlichen Barbareien verübt werden, wie sie in Rieltschin erwiehen wurden, solange werden auch die Tierquälereien nicht verschwinden. Sorgen Sie für eine gute Erziehung im humanitären Sinne, und Sie werden Strafgesetze gegen die Tierquälerei nicht nötig haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoefel (Sp.): Die Fassung des Kommissionsbeschlusses ist nicht einwandfrei. Zum mindesten müßte vor „Religionsgesellschaft“ das Wort „anerkannt“ eingefügt werden. Ich hoffe, daß es bis zur dritten Lesung gelingen wird, eine bessere Fassung zu finden.

Abg. Werner (Anti.) begrüßt es, daß die Regierung das Gesetz bei der Annahme des Kommissionsbeschlusses scheitern lassen will.

Abg. Siebenbürger (L.) verliest eine Erklärung der Tierquälereibereine gegen das Schächten.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (P.) spricht für den Kommissionsbeschluss.

Damit schließt die Debatte. Der Kommissionsbeschluss wird angenommen, der neue § 300 Abs. 3 gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung und eines Teils der Nationalliberalen, der von der Kommission gefasste § 130 betr. die schärfere Bestrafung der öffentlichen Beleidigung wird debattelos in der Form der Regierungsvorlage angenommen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluss 1/7 Uhr.

Kleines Feuilleton.

Ein großer Naturforscher für den Sozialismus. Die Lehre vom Kampf ums Dasein und der Auslese der Bestangepahten, die mit Darwins Namen bezeichnet wird, hat bekanntlich lange genug gehalten müssen, um die kapitalistische Klassenherrschaft mit dem Glanze der „Naturnotwendigkeit“ zu bekleiden. Zu dieser tendenziösen Ausschaltung einer auf ganz andere Verhältnisse berechneten Theorie paßt es nun freilich schlecht, daß Darwin selbst nie daran gedacht hat, derartige Verzerrungen gutzuheißen; noch weniger aber, daß Darwins Kampfgesährten, die großen Forscher Huxley und Wallace, gerade aus ihren naturwissenschaftlichen Erkenntnissen die Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus gewonnen haben. In energischer Weise hat sich soeben wieder Wallace, der allein aus jener Generation von Bahnbrechern noch am Leben ist, zu dieser Frage geäußert. Anlässlich seines 88. Geburtstages hat ihn ein Mitarbeiter der „Daily News“ aufgesucht, der wie folgt die Unterredung mit dem Gelehrten wiedergibt:

„Ich nehme an, Doktor, Sie haben die letzte Wohl mit Interesse verfolgt?“ — „Ja wohl. Es geht vorwärts, wenn auch langsam. Wenn das Beto des Oberhauptes beseitigt ist, wird es rascher gehen. Das ist heute die Hauptaufgabe.“

„Ich nehme an, daß Sie das soziale Programm der Regierung begrüßen, so die Zwangsversicherung gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit?“ — „Zwangsversicherung“, antwortete W., „ist nur ein Umweg zu dem, was in viel besserer Weise getan werden sollte. Es ist eine augenblickliche Abhilfe und eine sehr beschränkte dazu. Sie soll denen helfen, die schon etwas besser daran sind, nicht aber der niedrigsten Schicht der Arbeiter, die fortzuführen werden, zu hungern.“

„Mit der besseren Weise meinen Sie den Sozialismus?“ — „Ich meine eine klarbestimmte Annäherung an den Sozialismus, aber dieses Programm liegt gar nicht in der Richtung zum Sozialismus. Wie Spencer gesagt hat: Wenn man ein im Grund ungesundem System hat, gibt es darin keinen besten oder richtigen Weg. Man muß die Grundlage richtig legen.“ — und er schlug lebhaft auf den Tisch. „Ich bin nicht einverstanden mit den Sozialisten im Unterhaus. Sie scheinen ihre eigenen Grundsätze nicht zu kennen oder nicht nach ihnen zu handeln, sondern nur die Regierung zu unterziehen, deren Vorschläge, so gut sie sein mögen, doch nur Stüdwert sind.“

„Doch, wie Sie sagen, Doktor, wir gehen voran. Meinen Sie nicht, daß es heute besser ist als vor 50 Jahren?“ — „Rein! Ich möchte sagen, daß es für die Armen schlimmer geworden ist. Die wundervollen wissenschaftlichen Entdeckungen und ihre technische Anwendung haben, bei aller Steigerung des Wohlstandes, die Armen nicht verbessert. Sie ist absolut, ja, ich glaube, auch relativ, heute viel größer, als sie vor 50 Jahren war. Natürlich gab es damals nicht dasselbe Interesse für Wissenschaft und Kunst, und in dieser Hinsicht ist der Ausblick ermutigend. Aber die Grundlage von allem: die Vorsorge, daß in England jeder

Mann, jedes Weib und Kind die Möglichkeit eines anständigen Auskommens hat, ist noch zu suchen. Wenn erst jeder Mann und jede Frau eine Stimme hat, werden wir mehr Arbeitermänner und Sozialisten ins Parlament bekommen und werden dann auch rascher vorwärtskommen.“

„Sie denken, daß der Sozialismus Fortschritte macht?“ — „Richtig. Alles andere hat völlig fehlergeschlagen. Das heutige System des Wettbewerbs um persönlichen Reichtum hindert die Zivilisation. Wir können nicht sagen, daß wir Zivilisation haben, wenn unsere Volksgenossen ohne Nahrung, Kleidung und Erwärmung sind. Daß man den alten Leuten 5 Schilling die Woche gibt, um sie vor dem Hungertod zu schützen, das zeigt meines Erachtens gerade, wie tief wir gesunken sind. Na, es ist doch ein Anfang.“

Der heutige Stand der Tuberkuloseforschung. Fast dreißig Jahre, seit der Entdeckung des Tuberkelbazillus durch Robert Koch im Jahre 1882, arbeiten zahllose Forscher ununterbrochen an der Lösung von Fragen, deren Vielgestaltigkeit im Anfang niemand vorausgesehen hat, als im Tuberkelbazillus die alleinige Ursache aller tuberkulösen Erkrankungen des Menschen und der Tiere scheinbar klar und einwandfrei erkannt war. Die Etappen der Forschung führen nicht immer in gerader Richtung weiter und man hat über ihren Ausgangspunkt noch nicht weit hinausgekommen. Dahin gehört die überaus wichtige Frage: Woher infizieren sich die Menschen? Aus der Luft oder aus der Nahrung — sei es Fleisch oder Milch — die von tuberkulösen Tieren stammt? Man wird sich erinnern, daß vor einigen Jahren Professor v. Behring sich für letzteres entschieden und alle Tuberkulosen des Menschen entstanden wissen wollte aus einer in der Säuglingszeit durchgemachten Infektion des Darms durch eine von perlickartigen Käben enthaltene Milch. Dieser Ansicht opponierte Koch auf das entschiedenste, indem er geradezu im Gegensatz zu seinen früheren Anschauungen die Identität zwischen menschlicher und tierischer Tuberkulose verneinte und auch eine Infektionsmöglichkeit durch die Tiere ableugnete. Er konnte sich darauf stützen, daß exakte Untersuchungen von Tuberkelbazillen einen deutlichen Unterschied zwischen Bazillen, die von Menschen und solchen, die von Tieren stammten, zeigten. Weitere Varietäten hatte man auch bei Vögeln und Kaltblütern gefunden. Neuere Untersuchungen bestätigten den Unterschied zwischen Menschen- und Kindertypen. Bei erkrankten Menschen wurde immer nur jener aus den angelegten Kulturen gezüchtet.

Damit ist aber noch keineswegs bewiesen, daß die Tuberkulose der Tiere nicht auf den Menschen übertragbar ist. Denn es gelang einem Untersucher, der Menschenbazillen auf Kinder überimpfte, diese im Tierkörper virulenter, giftiger zu machen, so daß sie, auf weitere Kinder fortgeimpft, in diesen eine echte Kindertuberkulose erzeugten. Die Bazillen scheinen sich also dem besonderen Willen, das ein Tier ihnen bietet, in weitestem Maße durch die Form- und Stoffwechseländerungen anzupassen. Die Kochsche Theorie ist also zu extrem. Wichtig an ihr ist, daß die Nahrung fetter und schwerer zu Infektionen führt. Die Hauptursache der Ansteckung droht vielmehr von dem kranken Menschen. Eine große Umfrage des Reichsgesundheitsamtes läßt diesen Schluss zu. Durch jene wurde nämlich ermittelt, daß von 300 Personen, die nachweislich längere Zeit Milch in ungekochtem Zustande (eines erkrankten Tieres) ge-

Zweiter deutscher Heimarbeitertag.

Berlin, 12. Januar 1911.

Der zweite Deutsche Heimarbeitertag trat am Donnerstag in der „Neuen Philharmonie“ zusammen, am Vorabend der Entscheidung im Reichstage zu dem Entwurf eines Heimarbeitergesetzes Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte Professor Dr. Franke, neben dem am Vorstandssitz Platz nahmen: Stadtworordneter Goldschmidt von den Hirsch-Dandischen Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt von den freien Gewerkschaften und Jrl. Behn vom christlichen Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen. Außerordentlich groß war die Zahl der erschienenen Parlamentarier. Man sah die Reichstagsabgeordneten Trimborn, Dr. Dige, Hofmeister, Wang, Kaumann, Göhre, Eickhorn, Lehmann, Wiesbaden und viele andere. Für den Verein für Sozialpolitik waren erschienen Professor v. Schmoller und Hertner, für die Gesellschaft für soziale Reform Staatsminister Jehr. v. Berlepsch. Der Reichsanwalt und das Reichsamt des Innern ließen sich vertreten durch Geheimen Oberregierungsrat Koch, das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe durch Geheimen Oberregierungsrat Neumann, das Württembergische Ministerium des Innern durch Ministerialrat v. Köhler, das Badische Ministerium des Innern durch Geheimen Oberregierungsrat Dr. Wittmann und der Berliner Magistrat durch Registrarsrat Neher. Außerdem waren 18 Unternehmerverbände vertreten.

Professor Dr. Franke eröffnete die Verhandlungen mit der Mitteilung, daß alle Hausindustriezweige und alle Gegenden Deutschlands auf diesem zweiten Deutschen Heimarbeiterkongress vertreten seien. Der Kongress steht politisch auf völlig neutralem Boden und es gibt bei uns keine Parteirichtung. Darum haben wir auch unsere Einladung an die Abgeordneten aller Parteien ergehen lassen. Wir wenden uns aber nicht nur an die tüchtigen gewerblichen Verstandstätigkeit, sondern vor allem auch

an das Herz.

Jahrelang ist die Gesetzgebung achlos an der Heimarbeiterfrage übergegangen. Jetzt liegt dem Reichstag ein Gesetzentwurf vor und wir wollen in lehrer Stunde zu ihm Stellung nehmen. Die Gesetzgebung soll uns die Selbsthilfe nicht ersparen, sondern wir wollen vielmehr die Heimarbeiter zu einer wahren Selbsthilfe erziehen. Vor allen Dingen muß das Lohnproblem gelöst werden. Ist das geschehen, dann ergibt sich die Lösung der anderen Fragen ohne besondere Schwierigkeiten.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingeführt Der Kongress nahm zunächst das Hauptreferat des Professors Dr. Wilbrandt-Tübingen entgegen. Seinen Ausführungen legte er folgende Resolution zugrunde:

1. Der Deutsche Heimarbeiterkongress begrüßt in dem Entwurf eines Heimarbeitergesetzes, das dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegt, den ersten Vorstoß eines gesetzlichen Heimarbeiterrechtes, für den auch das Arbeitsstammengesetz und die Reichsversicherungsordnung eine Ergänzung bieten können. Dringend erforderlich ist indes, daß die bis jetzt von den Reichstagskommissionen hinzugefügten Verbesserungen der Gesetzentwürfe erhalten bleiben, beim Heimarbeitergesetz die obligatorischen Lohnsätze und Lohnbücher, beim Arbeitsstammengesetz die Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine, ohne die die Heimarbeiter ihrer besten Vertreter beraubt sind.

2. Der Heimarbeiterkongress erinnert an die Heimarbeiterausstellung 1908 in Berlin, deren Ergebnisse in Deutschland, ja weit über dessen Grenzen hinaus den Eindruck erschreckend niedriger Bezahlung der Heimarbeiter hinterließen und Rückschlüsse aufdrängten auf das Elend und die Verkümmern der hausindustriellen Schichten der Nation. An alledem wird durch den Entwurf des Heimarbeitergesetzes noch nichts geändert. Die Entlohnung der Arbeit bleibt schrankenloser Konkurrenz und persönlicher Willkür, der Ausbeutung der Notlage, der Unkenntnis und des sozialen Leichtsinns preisgegeben.

3. Der Heimarbeiterkongress erklärt übereinstimmend mit den wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen der Heimarbeiter und im Einklang mit den internationalen Erfahrungen praktischer Reformversuche: In der Heimarbeit muß staatlicher Arbeiterschutz vor allem durch Hebung der oft unwürdig geringen zur Lebensarbeit und gesundheitschädlicher Arbeitszeit zwingenden Löhne geleistet werden. Alle den Fabrikgebeten nachgebildeten Maßnahmen, so nötig sie für das Gemeinwohl sind, treffen den Hausarbeiter selbst

nossen hatten, nur zwei Kinder an Tuberkulose erkrankten. Aber auch diese waren nach einiger Zeit wieder gesund geworden. Bei ihnen wurden übrigens die eben genannten Kindertypen gefunden. Mit der Statistik stimmt auch die durch Experimente gewonnene Erfahrung überein, daß, um durch Fütterung eine Tuberkulose zu erzeugen, ein tausendfaches der Bakterienmenge nötig war, die durch Inhalation zur Infektion führte.

Damit ist wohl die Unrichtigkeit der Behring'schen Behauptung erwiesen, das ganze Problem aber immer noch nicht genügend geklärt, als daß man praktische Maßnahmen, was Fleisch- und Milchhygiene betrifft, ziehen könnte.

Horizen.

Die demontierte kaiserliche Operette. Den „Misch. N. Nachr.“ wurde aus Berlin von einem „alten Freunde“ berichtet, daß demnächst eine neue Operette „Der Liebestraum“ und zwar gegen alle Tradition im künftigen Opernbau aufgeführt werden solle. Der Komponist sei der Kronprinz, der Textverfasser der Kaiser, und die Ausstattung werde über eine Million kosten, die durch Spenden aus der Hochfinanz aufgebracht werden solle. — Die Nachricht wird jetzt demontiert, aber es bleibt doch höchst bezeichnend, daß sie in einem so hypernatürlichen Blatte Glauben fand. In der Tat ist ja kaum etwas Unmögliches darin gesagt. Ein Kaiser, der dichtet, komponiert, zeichnet, predigt usw., wird doch wohl auch einen Operntext (mit oder ohne Hilfe) heranzubringen. Und daß die Hochfinanz zur Kostendeckung herangezogen wird, ist doch selbstverständlich.

Für die Umgestaltung der Nationalgalerie werden vom preussischen Landtage Mittel verlangt, die zu Umbauten im unteren Geschloß der Galerie sowie für Umgestaltung des ersten Stockes der Schinkelschen Sammlungen verwendet werden sollen. Das ist begehrenswert. Denn die Nationalgalerie soll von dem Wohlstand der bloß patriotischen Kunst (Porträts und Schlachtenbilder) befreit werden. Andererseits soll das Erdgeschloß durch Ausbehnung der Seitentäle bis in die Mitte und Verlegung der Durchgänge an die Fensterwände besser ausgenutzt werden. Die fürstlichen Kabinette werden dabei entraglicher werden. Wenn die Schlachtenkunst statt ins Säulenhau gleich ins Zeughaus oder Höhenzollernmuseum gelangte, würde uns die Umgestaltung noch besser gefallen.

Das Marionetten-Theater Münchener Künstler, das sein Gastspiel in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten verlängert hat, spielt gegenwärtig den „Täpferen Cassian“ von Schönlher in Verbindung mit Pergoleis komischer Oper: „Die Raod als Herrin“ allabendlich um 8 1/2 Uhr. Nachmittags um 5 Uhr gibt es jetzt Mozarts kleine Oper: „Basilio und Bastianne“ zu ermäßigten Preisen.

Richard Wagners Memoiren, deren Vorhandensein bisher öfters gemutmaßt wurde, sind nach einer Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ tatsächlich in seiner Familie vorhanden und sollen im Frühjahr veröffentlicht werden. Sie sind in den Jahren 1868 bis 1873 auf Grund von Notizbüchern Wagners Gattin diktiert worden und sollten nach Wagners Bestimmungen erst einige Zeit nach seinem Tode veröffentlicht werden.

und machen ihn persönlich verantwortlich für die Folgen des niedrigen Lohnes. Für diese Verantwortung muß als Voraussetzung bessere Bezahlung, die den Heimarbeitern trotz ihrer Anwesenheit des Gesetzes macht, verlangt werden.

4. Diese Erkenntnis, ein Gemeingut moderner Sozialpolitik, hatte bereits zu dankenswerten Beschlüssen im Reichstag geführt, so unter anderem dazu, daß es zu den Aufgaben der Arbeiterkammern gehören soll, „in der Hausindustrie die Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze zu fördern“. Für hilfsbedürftige Industriezweige jedoch müssen außerdem durch den Bundesrat oder durch die Landeszentralbehörden Einrichtungen geschaffen werden mit der Befugnis, durch gewählte Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter unter unparteiischem Vorsitz Tarife ausarbeiten zu lassen, die dann rechtsverbindlich und in ihrer Durchführung staatlich geschützt sind.

5. Nur dann, wenn die hier vorjagende Kraft der Arbeiterorganisationen durch die des Staates ersetzt wird, um Tarifverträge zu erringen und durchzuführen, wird der anständige Unternehmer von der Schmutzkonkurrenz der Heimarbeit, von dem verhängnisvollen Lohndruck befreit, nur dann wird dem hoffnungslos Ermatteten die Kraft der Selbsthilfe gegeben, kurz wirklicher Heimarbeiterschutz auf der Basis des Gesetzes errichtet sein.

6. Aus dieser Hauptforderung erneuert der Heimarbeitertag die während der letzten Jahre in zahlreichen Eingaben und Kundgebungen ausgesprochenen Wünsche der Heimarbeiter und zwar: für das Heimarbeitergesetz Inerlegung der allgemeinen Registrierpflicht, Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht, Durchführung eines sanitären Schutzes, Beschränkung der Ausnahmen auf die dringenden Fälle, Abklärung der Uebergangsvorschriften, allgemeine Einführung von Abrechnungsbüchern, obligatorischer Auszahlung von Lohnsätzen, Entschädigung für unverschuldete Feitverräumnis beim Hohen oder Wingen von Arbeit; für das Arbeitskammergesetz Verpflichtung zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Löhne in der Heimarbeit oder Böhbarkeit der Angestellten der Berufsvereine, und für die Reichsversicherungsordnung Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Heimarbeiter nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für sämtliche übrigen Zweige der Reichsversicherungsordnung.

Der Deutsche Heimarbeitertag gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß mit der Verwirklichung dieser Forderungen dem Elend in der hausindustriellen Bevölkerung gesteuert werden kann und ermahnt deshalb vom Bundesrat und Reichstag, daß diese Resolution bei der Beratung über die Beschlüsse volle Berücksichtigung findet.

Professor Dr. Wilbrandt-Dübingen schilderte die mißliche Lage der Heimarbeiter und besprach die von der Reichstagskommission zum Heimarbeitergesetz gefassten Beschlüsse. Diese Beschlüsse richten sich meistens gegen den einzelnen Heimarbeiter selbst, sie dienen vielleicht der Bekämpfung der Heimarbeit, aber sie dienen nicht dem Schutze des Heimarbeiters. Diese Vorschriften mögen im Interesse der Volksgesundheit notwendig sein, aber es ist zu bedauern, daß sie sich so direkt

#### gegen die Heimarbeiter

wenden. Das große Gebiet der Heimarbeit wird auch heute noch beherrscht von der Tendenz der sinkenden Löhne, hier walten noch das eiserne Lohngesetz. Höhere Löhne sind der beste Heimarbeiterschutz und die beste Gewerbehygiene. In hoher Stelle ist gesagt worden, daß eine gesetzliche Lohnregulierung unmöglich sei. Nun, die englische Kolonie Victoria beweist schon seit vielen Jahren das Gegenteil, und das englische Mutterland ist seit 1909 auf diesem Wege gefolgt. Wir sollten nicht immer ein Menschenalter hinter England herhinken. Bedauerlich ist, daß die Reichstagskommission in der zweiten Lesung die Einrichtung der Lohnämter gestrichen hat. Öffentlich werden im Plenum die Lohnämter wieder hergestellt. Der heutige Tag ist für unsere Tätigkeit nicht das Ende, sondern der Anfang. Wir müssen in Deutschland besondere Organisationen schaffen, welche umfassend und im großen Stile die Arbeit des heutigen Tages fortzusetzen hat. Diese Organisation muß sich zusammenschließen aus Angehörigen aller Parteien und Konfessionen. Es sollte auch uns Deutschen möglich sein, nicht nur an einem Tage einmal bei einem solchen rein menschlichen Hilfswerk die Parteiunterschiede zu vergessen, sondern wir sollten das als unsere dauernde Aufgabe betrachten. Wir werden dabei Hilfe bekommen von einer Seite, von der wir es nicht erwarten. Ich denke da an die

#### anständigen Arbeitgeber,

sie haben das größte Interesse daran, daß die Schmutzkonkurrenz beseitigt wird. Diese Schmutzkonkurrenz macht jeden besserbezahlenden Arbeitgeber zu unserem Bundesgenossen. Wir müssen die Vorurteile zerstören, die manchem alten Praktiker noch als Rest der Theorie von vorgestern anhängen, als rudimentären Organ aus der frühesten Zeit des Menschentums. Das Reich und Reichstagskommission bisher geleistet haben, ist formell recht geschickte Vorarbeit; es bedarf noch eines aufgeklärten guten und starken Willens, damit ein wirklicher Heimarbeiterschutz daraus werde. Wir aber wollen diesen Willen schaffen, und wir selbst wollen nicht nachgeben und ermatten, bis der Sieg errungen ist, bis das Heimarbeiterehend auch aus Deutschland verschwindet. (Lebhafter Beifall.)

Es wurde dann in die Diskussion eingetreten.

Fraulein Erdens-Berlin betonte, daß die verständigen Käufer gern einen geringen Preisaufschlag bezahlten, wenn sie wissen, daß damit das Heimarbeiterehend gelindert wird. — Tabakarbeiter Oberle-Bremen wandte sich gegen die weitgehenden Befugnisse, die der Heimarbeiterschutzentwurf der Polizei erteilt. Es müssen anstelle dieser Befugnisse klare gesetzliche Bestimmungen treten. Der jetzige Entwurf ist nur

#### ein Konzeptionsdreh,

er schwingt sich nicht einmal auf zu völligem Verbot der Herstellung von Jagaren in den Schlafzimmern. Das Tempo der Sozialpolitik wird immer langsamer. Ein Verbot der Heimarbeit in bestimmten Bezirken und für bestimmte Gewerbe ist sehr wohl möglich, wenn wir sehen, daß sogar in vielen Großstädten, darunter Leipzig, Bremen, Hamburg, die Heimarbeit noch grassiert. — Schneider Bartels-Bankow: Es ist gesagt worden, die Heimarbeiter verdienen bis 35 M. die Woche. Das mag in einzelnen Fällen richtig sein, aber dann muß die Frau die ganze Arbeitszeit mitarbeiten, und diese Summe wird deshalb eigentlich für zwei Arbeitsmänner gezahlt. Die Konfektion sagt, eine Mehrbelastung könne sie nicht tragen. Das Gegenteil beweisen die großartigen Paläste und Gehälter der Konfektionäre, hinter denen oft selbst die Ministergebälter zurückbleiben. Eine unerträgliche Konkurrenz bereitet die Heimarbeit dieser Frauen des niederen Beamtenstandes. — Holzarbeiter Schwarzer-München: Die Witwen auf dem Gebiet der Heimarbeit werden erst verschwinden, wenn die Heimarbeiter sich unter gesetzliche Kontrolle gestellt wissen. Daher sehen die Heimarbeiter alle ihre Hoffnung auf das Zustandekommen des jetzigen Gesetzes. Sollte der Reichstag hier verjagen, dann hat er hunderttausende Menschen um ihre Hoffnungen betrogen. — Spielwarenarbeiter Beer-Steinbüchel: Die geringsten Löhne werden im sächsischen Erzgebirge gezahlt. Dort sind die Löhne bei 14 bis 15 stündiger Arbeitszeit für eine mehrköpfige Familie, bei der alle Hände mitarbeiten müssen, mit

#### 8,50 Mark in der Woche

an der Tagesordnung. Wir sehen gleichfalls alle unsere Hoffnungen auf Regierung und Reichstag. Wir verlangen einen richtigen Schutz und wollen endlich einmal etwas verdienen. — Dresden-Schma: Die Metallarbeiter in der erzgebirgischen Heimarbeit verdienen zwar etwas mehr als die übrigen Arbeiter in der Spielwarenbranche, aber auch sie verdienen nur 12 bis 18 Mark in der Woche, und die ganze Familie muß dann mitarbeiten. — Spitzenarbeiterin Deutner-Berlin: Wir in Berlin haben vor allem zu leiden unter den Spottpreisen, für die in der Heimarbeit tätigen Damen arbeiten. Während wir arbeiten, weil wir es zum Lebensunterhalt brauchen, tun diese Damen es für einen neuen Put oder

#### für ein Theaterbillet.

Wird die Registrierpflicht eingeführt, dann werden sich diese Damen scheuen, öffentlich als Heimarbeiterinnen zu gelten. Wir hoffen

auch auf eine internationale Vereinbarung. Solange Belgien und Italien zu Spottpreisen käppeln, kann die deutsche Spitzenindustrie nicht aufkommen. Von der Ausbannung der Lohnlisten erwarten wir die Beseitigung der Konkurrenz von unten, die zu Hungerlöhnen arbeitet, und von der Einführung der Registrierpflicht erwarten wir die Beseitigung der Schmutzkonkurrenz von oben. — Weinger-Hohenstein berichtet über die ungünstige Lage der Weber im Erzgebirge. Eine Familie von sechs Köpfen verdient 8 bis 15 Mark, die Kinder mühen mitspulen. — Pastor Richter-Rönigswalde: Im Erzgebirge herrsche lebhaftest Befürchtung, daß der Entwurf ein Anwachsen der Zwischenmeister bringen werde. Der Arbeitgeber dürfe nach dem Entwurf seinen Arbeitern keine Arbeit nach Hause mitgeben, aber von anderer Seite können die Arbeiter Arbeit annehmen. Viele Unternehmer werden sich schließlich gar nicht mehr mit der Heimarbeit abgeben, und es wird dieses Feld nicht mehr mit der Heimarbeit überlassen bleiben. Es wäre daher vielleicht erwünscht, daß man sich nicht generell dafür ausspreche, daß die Heimarbeit verschwinden müsse. Man braucht die Heimarbeit dort oben im Erzgebirge. (Zurufe.) Es sind leider Gottes dort auch viele Frauen von kleinen Beamten auf die Heimarbeit angewiesen. (Erneute Zurufe.) Die Lebensmittelpreise sind dort oben, wo kein Gemüse wächst, viel höher als im Niederlande. Da bleibt den Beamtenfrauen nichts übrig, als durch Heimarbeit etwas zum Gehalt zuzubereichern. Redner hofft, daß es noch gelingen werde, die im Erzgebirge herrschenden Bedenken zu beseitigen.

Hierauf trat die Mittagspause ein. In der Nachmittagsung wurde die Besprechung fortgesetzt. Volsch-Frankfurt a. M. (Schneiderverband) erwartet, daß die Lohnämter verhindert werden, daß die Fabriken die Tarifverträge dadurch illusorisch machen, daß sie in tariflosen Bezirken die Waren billiger herstellen lassen. — Frau Gutnecht, Gewerkschaft der Heimarbeiterrinnen, Berlin: Die obligatorische Einführung der Lohnbücher würde eine kleine Garantie für die Gleichmäßigkeit der Löhne sein. — Dreus vom Arbeiterverein für Damenschneiderei widerspricht der Ansicht, daß der Niedergang der Löhne in der Konfektion die Schuld der Zwischenmeister sei. Die Bemühungen seiner Organisation, durch Mindesttarife die Uebelstände zu beseitigen, seien an dem Widerstand gerade der Kaufmannschaft gescheitert. (Hört! hört!) Wir müssen zum Schutze der ausgeprehten Heimarbeiter einen Minimaltarif bekommen, der der

#### Lohnrücker eine Grenze setzt.

Die Zwischenmeister der Schürzen- und Schuhindustrie haben sich mit uns solidarisch erklärt. (Beifall.) — Gasse-Burgun erwartet ebenfalls von den Lohnbüchern eine gerechtere Verteilung der Arbeit. — Holzarbeiter Goeber-Rosenthal i. Erzgebirge führt eine Reihe Beispiele an über die traurigen Lohnverhältnisse unter den Blumenarbeiterinnen und über die Lohnrückerei bei der Arbeitsablieferung im Fabrikkontor. — Fraulein Ring-Berlin führt Klage über die übermäßige Vortzeit bei der Ablieferung und Entgegennahme von Arbeit und den Mangel an Sitzgelegenheit usw. — Wirbig-Berlin (Verband der Glasarbeiter) bezeichnet die Lage der Arbeiter, die den Christbaumgeschmuck herstellen, als eine entsetzliche. Vor Weihnachten mühen die

#### Kinder im zartesten Alter

mitarbeiten, und die ganze Familie verdient in der Saison kaum 10 bis 12 M. in der Woche. (Hört! hört!) Noch größer ist die Ausbeutung in der Thermometerindustrie. Hier ist charakteristisch, daß das Salz, das zum Reinigen des Quecksilbers verwendet wird, von den Arbeitern nachher herausgezogen und zum Essen benutzt wird. Dadurch entstehen die Quecksilbervergiftungen, und selbst junge Leute haben schon das „Klopferle“, in dem alle Glieder am Körper zittern. Ein alter Arbeiter habe auf seine Einwendungen, weshalb er diese ungesunde Industrie nicht ausgebe, gesagt: Gib uns wieder eine

#### Cholera in Hamburg

oder einen Hungerthypus in Russland, damit die kostbaren Instrumente gebraucht werden, und wir haben wieder eine Existenz! In der Augenlosgenindustrie werden die Arbeiter in der unbeschreiblichen Weise ausgebeutet. Die Regierung sollte einmal ihre Weisheiten in die Stätten des Jammers und Elends, z. B. in die schönen Gegenden des Thüringer Waldes schicken, dann wird sie nicht mehr sagen: Das kann die Industrie nicht tragen! (Lebhafter Beifall.) — Frau Heimberger, Weingärtin aus Dresden, glaubt, daß der gesetzliche Schutz der Heimarbeiterindustrie auch im Interesse des Staates liege, denn die Löhne dieser Heimarbeiterrinnen seien selten für den Militärdienst tauglich. — Jansen, Zentralverband christlicher Holzarbeiter, Köln, bespricht die Verhältnisse in der Wästenindustrie. — Pattberg-Eberfeld (Textilarbeiterverband) führt Beispiele an, daß eine Handweberfamilie im Bergischen Lande in 12- bis 14stündiger Arbeitszeit kaum 30 M. verdiene. — Frau Hagelstein-Berlin vom Verband der Schneider führt einen Fall an, in dem eine Wäschnäherin im ganzen Jahre nur 221 M. verdient habe. (Hört! hört!) Die Heimarbeit ist für den Unternehmer so rentabel, daß sie eine ganz erhebliche Lohnhöhung ertragen könnte. (Zustimmung.) — Frau Hesse-Dresden erhält als Wort das Wort und tritt für die Heimarbeit ein. Bisher sei immer hier nur von den Witwen und der Not der Heimarbeiter gesprochen worden, niemand habe aber die

#### Lichtseiten der Heimarbeit

herborgehoben. Mit der Beschränkung der Heimarbeit nehmen wir vielen Frauen die Möglichkeit, sich gewerblich zu betätigen (Widerspruch), denn als Fabrikarbeiterin kann sie sich nicht mehr den Kindern widmen und dem Mann das Heim behaglich machen. (Erneuter Widerspruch.) Ich habe seit zwei Jahren über 2000 Heimarbeiterrinnen besucht. Alle sagten mir, daß sie die Heimarbeit bevorzugen. Sehr viele Leute, die in der Heimarbeit tätig sind, würden gar nicht die Kraft haben, die intensiveren Fabrikarbeit auszuführen. (Zurufe.) Die Löhne mag man wohl zu heben suchen, aber sie müsse warnen, einseitig Lohnsätze zu fordern. Bei neuen Mustern müsse der Fabrikant doch erst kalkulieren, was er zahlen könne. (Gelächter, Ruf: Das ist alles Theorie!) Angebot und Nachfrage müssen in ein richtiges Verhältnis gebracht werden. (Zurufe: Ja der Heimarbeit? Gelächter.) In vielen Gegenden gehen die Frauen gar nicht in die Fabriken, obwohl sie dort mehr verdienen würden. Auch der Versuch der Gewerkschaften mit Fabrikfäden sei überall mißglückt. Das müsse doch einen tieferen Grund haben. Die Frauen wollen zu Hause bleiben bei ihren Kindern. (Stürmische Unterbrechung.) Ich kann nur warnen, den Arbeitern ein zweischneidiges Schwert mit den Lohnämtern zu bieten. Wenn Mindestlöhne festgesetzt werden, werden auch Mindestleistungen verlangt werden. Für die Allerärmsten, die diese Mindestleistungen nicht auszuführen imstande sind, möchte ich eintreten. (Einzelteller Beifall, heftiges Pischen.)

Als nächster Redner ergriff, lebhaft begrüßt, der Vorsitzende des Vereins für Sozialreform, Minister a. D. Freiherr Dr. v. Verlepsch das Wort: Referat und Diskussion haben den Beweis gebracht, daß fast die ganze Versammlung der Ueberzeugung ist, daß die Lohnfrage den Kernpunkt der Lösung der Heimarbeitfrage bedeutet, und daß jeder Gesetzentwurf, der die Lohnfrage nicht berührt, nur ein Bruchteil zur Lösung der Frage sein würde. Die Kenntnis der Verhältnisse in der Heimarbeit haben das öffentliche Gewissen wacherufen. Wenn bei der Regierung und bei den politischen Parteien hierüber kein Zweifel besteht und trotzdem der Gesetzentwurf die Lohnfrage nicht regelt, so liegt das daran, daß

#### prinzipielle Bedenken

vorhanden sind gegenüber der Lohnregulierung. Einmal will man keinen Sprung ins Dunkle machen, man weiß nicht, wie die Wirkung auf die Exportindustrie und auch auf gewisse Schichten der Heimarbeit selbst sein würde. Aber die deutsche Gesetzgebung darf sich nicht immer vor einem Sprung ins Dunkle fürchten. (Sehr richtig!) Das Dunkel über die Wirkung der Mindestlöhne in der Heimarbeit ist lange nicht so groß, wie es bei der Schaffung der Sozialgesetze war. (Sehr richtig!) Wenn die englische Gesetzgebung es gewagt hat, eine Regelung der Mindestlöhne in der Heimarbeit in vorsichtiger und mäßiger Weise einzuführen, so können wir ruhig diesem Beispiel folgen und die Bitte aussprechen, daß der Gesetzentwurf nach dieser Richtung hin ergänzt werden

möge. Der zweite Einwand ist der, daß hier der erste Schritt zu einer allgemeinen gesetzlichen Regelung der Löhne getan wird. Aber auch davor darf man sich nicht fürchten. Bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden die Vergarbeiterlöhne von der Vergaberbehörde festgesetzt, die Arbeiterlöhne- und Arbeiterversicherungsgesetze bedeuten auch schon eine gewisse indirekte Beeinflussung der Lohnverhältnisse. Eine allgemeine gesetzliche Regelung der Löhne ist absolut unausführbar und in seiner Weise für die Arbeiterschaft selbst wünschenswert. Aber es gibt doch auch Verhältnisse, wo von diesem richtigen Grundsatz abgewichen werden muß. Bei einem so

#### elenden und tief beklagenswerten Stande,

der sich nicht durch seine Organisation selbst helfen kann, darf man sich nicht auf diese Grundsätze berufen, das bedeutet Prinzipienreiterei. (Lebhafter Beifall.) Die ganze Maßregel ist nur als eine vorübergehende zu betrachten. Diese Gesetzgebung und die Mindestlöhne werden von selbst überflüssig werden, sobald die Organisation der Heimarbeiter sich unter dem Schutze des Gesetzes geltend machen wird. (Lebhafter Beifall.) Darum spreche ich die dringende Bitte aus, die prinzipiellen Bedenken fallen zu lassen und dem Leben und Ihrem wahren Herzen Rechnung zu tragen. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Stein-Apolda tritt den Ausführungen der Frau Hesse lebhaft entgegen, ebenso Simon-Rürnberg (Schuhmacherverband), der ausführt: Eine Industrie, die den Arbeitern nicht ein Existenzminimum gewähren könne, habe selbst keine Existenzberechtigung. (Sehr richtig!) Wenn Frau Hesse von dem Lohne leben müßte, den eine Heimarbeiterrin verdient, dann würde sie ganz anders reden. Das Verstreben der Gewerkschaft geht dahin, daß der Arbeiter in der Lage ist, seine Familie allein zu ernähren. (Frau Hesse ruft: Und die Witwen?) Die Wechselwirkung der Heimarbeit auf die Fabrikarbeit ist doch zu beachten. Redner führt zahlreiche Beispiele aus der Schuhindustrie an, daß in der Heimarbeit die Handarbeit billiger hergestellt wird, als es die arbeitsparenden Maschinen herzustellen imstande seien. Hat die Regierung bei der Hundholzsteuer, bei den anderen im Handumdrehen geschaffenen Steuern des

#### schwarzenblauen Blods

erklärt, daß es ein Sprung ins Dunkle sei, oder bei der agrarischen Zollgesetzgebung? (Stürmischer Beifall.) Nur wenn die Arbeiter etwas verlangen, dann unterlucht die Regierung, ob es nicht ein Sprung ins Dunkle sei. Hier ist ein Schutz gegen die Regierung notwendig. Im übrigen aber müssen wir auch diesen Arbeiterklassen zuzuführen, daß sie durch Eintritt in die Organisationen sich selbst einen Schutz schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Lohse-Stettin (D. D. Gewerkschaft der Schneider führt Beschwerde darüber, daß die Postbehörde noch schlechtere Löhne zahlte als die Konfektion, und verlangt die Beseitigung des Zwischenmeisterphänomens. — Es berichten dann noch eine ganze Reihe Redner über die Verhältnisse in den einzelnen Heimarbeiterindustrien aus verschiedenen Teilen Deutschlands. Ein Vertreter der thüringischen Nordindustrie klagt über den schlechten Verdienst, die lange Arbeitszeit und die Kinderarbeit. Er hat einige Körbe mitgebracht, um zu zeigen, daß die Nordindustrie eine Mehrbelastung durch höhere Löhne sehr wohl tragen könne. — Arbeiter-Haack-Meißner, Vertreter eines nationalen Arbeiterverbandes, z. B. d. d. daß bei einseitigen gesetzlichen Eingriffen in die Heimarbeit eine gewisse Vorsicht geboten sei. — Nieber (Verband christlicher Tabakarbeiter) ist erstaunt über die Ausführungen des Vortredners. So hätte ein Arbeitgebervertreter, aber nicht ein Arbeitnehmer sprechen dürfen. (Sehr richtig!)

In seinem Schlusssatz spricht Referent Professor Dr. Wilbrandt sich dahin aus, daß die Befürchtungen, die Heimindustrie würde vernichtet werden, unbegründet seien. Bei erhöhten Löhnen werde es noch mehr Heimarbeit geben, als im

#### Interesse der nationalen Produktion

und der Sozialreform wünschenswert sei. Mit einem kleinen Lächeln müsse er auf das zurückblenden, was hier von einigen Rednern aus dem Königreich Sachsen vorgebracht worden sei. (Sehr gut!) Man sollte meinen, daß in Sachsen, wo die ausgebreitetste Heimindustrie und die elendesten Verhältnisse in der Heimindustrie von ganz Deutschland bestehen, etwas mehr Einblick in diese Dinge vorhanden sein müßte. Eine Aufklärung hierüber aber wolle er sich hier verjagen, er müsse sie einem nationalökonomischen Privatunterricht überlassen. (Lebhafter Beifall.) Die Lohnlisten dürften im Reichstag noch einige Anfechtungen erfahren. Daher sei es wertvoll, hier festzustellen, daß in der Versammlung immer wieder der Wunsch nach ihnen ausgesprochen worden sei. Hoffen wir aber auch, daß die Forderungen auch etwas mehr in der Vorlage berücksichtigt werden. Vielleicht wäre es eine geschicktere Taktik der Regierung gewesen, von selbst mehr zu bieten. Wenn man sich beliebt machen will bei den nächsten Wahlen, so tut man klüger, sich das nicht erst abringen zu lassen und eher heute als morgen etwas zu gewähren. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die vorgeschlagene Resolution mit folgendem Zusatz am Schluß einstimmig angenommen: „Und daß die auf die Heimarbeit bezüglichen Gesetze unter allen Umständen noch in dieser Session des Reichstags verabschiedet werden.“

Mit Dankesworten schloß hierauf Professor Brande den Kongreß.

## Parlamentarisches.

### Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission, Sitzung am Donnerstag, den 12. Januar.

#### Die Wochenhilfe

wollten die Sozialdemokraten wenigstens in den wichtigsten Punkten verbessern. Sie beantragten daher, daß das Schwangerschaftsgeld und Stützgeld nicht nur gewährt werden kann, sondern gewährt werden muß. Ferner forderten sie, daß nicht nur den verwitweten Ehefrauen sondern allen verwitweten Wöchnerinnen, also auch den unverheirateten, die erforderlichen Hebammendienste und etwaige ärztliche Geburtshilfe gewährt werden sollen. Diese Anträge lehnten leider die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum ab.

#### Die Familienhilfe

versuchten die Sozialdemokraten ebenfalls allen Krankenkassen zur Pflicht zu machen. Auch diesen Antrag lehnten die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum ab.

Ja, das Zentrum bot sogar die Hand zu einer argen Verschlechterung. In der ersten Lesung ist angenommen worden, daß den Frauen der Versicherten ebenfalls bei einer Niederkunft die Hebammendienste und etwaige ärztliche Geburtshilfe gewährt werden müsse. Jetzt schieben die Konservativen und Nationalliberalen mit Hilfe des Zentrums diese Verschlechterung.

Leistungen nach dem Austritt des Versicherten aus der Krankenkasse.

Scheiden Versicherte wegen Erwerbslosigkeit aus der Krankenkasse aus, so verbietet ihnen unter gewissen Umständen der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen mit dem Ausscheiden eintritt. Dies gilt für den Fall, daß der Versicherte in den vergangenen zwölf Monaten mindestens 20 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen versichert war.

Die Sozialdemokraten beantragen, daß die Kasse dem Berechtigten auf Verlangen seinen Anspruch auf diese Leistung zu beschleunigen hat, weil es dem Berechtigten in gewissen Fällen erst dadurch ermöglicht wird, die Leistungen sofort zu erlangen. Der Antrag wurde angenommen.

#### Für die Keinen Landkrankenassen.

Der Entwurf schlägt vier Arten von Krankenkassen vor: Ortskrankenassen, Landkrankenassen, Betriebskrankenassen und Innungskrankenassen. Jedoch soll neben der allgemeinen Ortskrankenasse

Seine Landtranklasse erhöht werden wo die Landtranklasse nicht mindestens 600 Pfundmilitärliter haben würde.

Abg. Herold verlangte zunächst, daß für eine einzelne Gemeinde selbst die kleinsten Landtranklassen zugelassen werden müssen. Nachdem ihm aber nachgewiesen worden war, daß eine solche Zerstückelung der Kräfte zu ganz widersinnigen Konsequenzen führe, beantragte er, daß die Mindestmilitärliterzahl der Landtranklassen für diese Fälle von 600 auf 250 herabgesetzt werden soll.

Die Sozialdemokraten protestierten entschieden auch gegen diese Zerstückelung der Kräfte. Die kleinen, leistungsunfähigen Klassen würden die Versicherer mit den Mindestleistungen abweisen und oft genug die Gemeinden nutzlos belasten. Dem stimmten nicht nur die Regierungsbereiter, sondern auch der Parteigenosse des Antragstellers, Abg. Weder-Krusberg, zu. Jedoch wurde der Antrag von den Konservativen, den Nationalliberalen und mehreren Zentrumsgabgeordneten angenommen, darunter außer Herold sogar Dr. Dize und Trimborn.

Nächste Sitzung: Freitag.

### Bureautätismus in den Reichsbetrieben.

Die Budgetkommission des Reichstags nahm am Donnerstag ihre Tätigkeit mit der Beratung des Marineetats wieder auf. Die schweren Mißstände, die aus den Reichswerken zu Tage getreten sind und welche parlamentarische Kämpfe hervorgerufen haben, führten zu einer schärferen Beobachtung der Marinebetriebe, wobei sich herausstellte, daß dort ebenso zeit- und geldraubend umständlich wie bürokratisch unvorstellbar gewirtschaftet wird. Die Abg. Ergaber, Raden und Dr. Weber legten der Kommission zwei Resolutionen vor, die eine Vereinfachung der Rechnungskontrolle, die Übertragbarkeit der Etatartikel für die Werftbetriebe und eine nach kaufmännischen Grundfätzen geführte Bilanz fordern. Die drei Abgeordneten haben sich nach ihrer Angabe auf eigene Kosten die Werften in Kiel und Wilhelmshaven genau angesehen, wobei sie auch gefunden haben, daß die Rechnungskontrolle, die von dem Rechnungshof in Potsdam vorgenommen wird, praktisch nur wenig Wert hat und außerdem in der Weise erfolgt, daß jährlich oftmals 24 000 Kilogramm Rechnungen hin- und hergeschickt worden sind. Als in einer Rechnung der Nachweis über eine Ausgabe von 250 M. fehlte, erforderten die Nachforschungskosten nicht weniger als 48 Mark Ausgaben.

Weder aller Parteien verlangten eine Änderung, die von der Regierung auch zugesagt wurde; mit der kaufmännischen Buchführung sei teilweise ja schon begonnen worden. Die Regelung der geordneten Übertragbarkeit der Titel für die Werften, die im Etat 1911 die Summe von rund 20 Millionen Mark umfassen, soll der Vereinbarung zwischen Marine und Schömann überlassen bleiben und später durch Beschlüsse festgelegt werden. Nebenbei wurde auch über die Fähigkeiten mancher höherer Beamten in den Staatsbetrieben gesprochen; Abg. Paasche erzählte, als Professor der Technischen Hochschule habe er auf die Frage nach der Weisheit der Studenten nicht selten die Antwort gehört: „Der muß ja in den Staatsbetrieben gehen; er kann ja nichts, folglich bleibt ihm auch nichts weiter übrig.“ — Die vorgeschlagenen Resolutionen fanden einstimmige Annahme.

Zu Beginn der Sitzung beschwerte sich der Vorsitzende von Camy bitter über einen Angriff der „Freisinnigen Zeitung“, die ihn beschuldigte, bei der Annahme der Referenten zugunsten des Schwarz-blauen Stoffs zu entscheiden. Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, zu einem individuellen Vorwurf liege kein Anlaß vor, aber es bleibe doch der Eindruck, die Freisinnigen seien in diesem Jahre schlecht behandelt worden. Daß Sozialdemokraten stets so behandelt würden, seien sie gewöhnt; allerdings müßten sie auch bei manchen Etats und Gesetzen das Referat wegen ihrer grundsätzlichen Stellung ablehnen.

## Aus der Partei.

### Gemeindevahlerfolge.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kue (Ergebirge) wurden 6 Sozialdemokraten gewählt. Sie erhielten 837—845 Stimmen, die Gegner nur 83—88 Stimmen. Bisher zählte das Kollegium zwei Sozialdemokraten. Der Erfolg ist nicht zum wenigsten auf die durchgeführte Wahlrechtsvereinfachung zurückzuführen.

In dem Dorfe Ebersädt im Ostbairischen wurden zum ersten Male zwei sozialdemokratische Gemeindevorsteher gewählt. In Ellenbergen wurde ein neuer Sitz unserer Partei zuteil, den anderen belamen mit wenigen Stimmen Mehrheit die vereinten Gegner. In Hochheim waren drei Vertreter zu wählen; zwei Sitze sollen die Sozialdemokraten einnehmen, einen ihr Gegner. In Gladenbergen hat der Gemeindevorstand die Auseraumung der Wahl für die Ausgewählten vergessen, so daß er nur mit der „halben“ Gemeindevorstellung regiert.

## Jugendbewegung.

### Gewerkschaften und Jugend.

Die die „Wahl“, das Organ der katholischen Jugend mittel, beschäftigte sich der zweite Kongreß der christlichen Gewerkschaften in der Schweiz auch mit der Frage der Jugendorganisation. In einer vom Kongreß einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Der Kongreß ist überzeugt von der Notwendigkeit der Heranziehung der Jugend zur Mitarbeit in den bestehenden christlichen Berufsverbänden, und zwar 1. um derselben Gelegenheit zu geben, innigen Anteil zu nehmen an den gerechten Bestrebungen der arbeitenden Klasse, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, und 2. um dieselbe von der sozialistischen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Das Komitee des christlich-sozialen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, der konfessionellen Jugendorganisation zu gewerkschaftlichen Vorträgen Referenzen zu stellen und Mittel und Wege zu suchen, um den jugendlichen Arbeitern den Eintritt in die christlichen Gewerkschaften zu erleichtern.“

## Aus Industrie und Handel.

### Die elektrotechnische Umwälzung.

1880 war es, wie B. Reichardt in seinen Erinnerungen an A. Marx erzählt, als in London das erste Modell einer elektrischen Eisenbahn ausgestellt wurde. Darüber hat sich Marx, ganz Feuer und Flamme, folgendermaßen geäußert: „Jetzt ist das Problem gelöst — die Folgen sind unabsehbar. Der ökonomischen Revolution muß mit Notwendigkeit die politische folgen, denn sie ist nur deren Vorläufer.“ Der geniale Blick des ungeduldigen Kämpfers ist den Tatsachen um einige Jahrzehnte vorausgeritten. Aber trotzdem, oder vielmehr gerade deshalb, hat Marx doch recht behalten. Denn die Einführung der Elektrizität in die Volkswirtschaft, die die Signatur der letzten zwei Jahrzehnte bildet, hat eine ökonomische Revolution angezettelt, wie sie tiefer und grobartiger noch nicht dagewesen. Sie hat der Herrschaft des Finanzkapitals, die die letzte Phase der Entwicklung des Kapitalismus kennzeichnet, einen mächtigen Vorstoß geleistet, sie hat die Gemeinde und vor allem den Staat vor neue gewaltige Aufgaben gestellt, und das Problem des Sozialismus ist dadurch mehr denn je zu einem wirklichen Gegenwartsproblem geworden. Die Vorbereitungen und die Tendenz dieser wirtschaftlichen Entwicklung bloßzulegen, hat sich Dr. M. Ruchmann in einer Schrift „Eine nationalökonomische Studie über den Einfluß der Elektrizität auf unsere Wirtschaft und auf die Betriebsformen.“ (Zürich 1910.)

Die Einleitung und das erste Kapitel besonders die technische Seite der Frage. Die wirtschaftlichen Vorteile der elektrischen Energie, die aus ihrer Umwandlungsfähigkeit in andere Energie-

formen, ihrer fast unbegrenzten Teilbarkeit, der letzten Regulierbarkeit, ihrem hohen Wirkungsgrad, sowie aus der Möglichkeit Wasserkräfte auszunutzen, resultieren, finden hier ihre sachgemäße Behandlung. Diese größere wirtschaftliche Wirksamkeit hat der Elektrizität den Weg in die verschiedensten wichtigen Industriezweige gebahnt — so in den Bergbau, die Metallurgie, und vor allem in die Eisenindustrie, die Textilindustrie, die chemische Industrie, aber auch in den Eisenbahn- und Schiffverkehr. Es ist unleres Erachtens entscheidend, daß die elektrische Industrie — namentlich in Deutschland, aber in gewissem Grade auch in Amerika — sich zuerst auf die städtischen Beleuchtungsanlagen und städtischen Straßenbahnen konzentrierte. Erst nach der Krise 1901—1903 fing die Elektrizität an, die anderen Industriezweige zu erobern. Diese Tatsache, die dem Verfasser nicht entgeht, aber von ihm nicht scharf genug hervorgehoben wird, spielt eine grundlegende Rolle bei der Feststellung der Verhältnisse zwischen den alten und der neuen Industrie, verleiht überdies den neuen ökonomischen Zusammenhängen ihr eigenartiges Gepräge.

Der Darstellung der technischen Entwicklung schließt sich die Erörterung der Folgen an, die die elektrotechnische Umwälzung für die wirtschaftliche Entwicklung gezeitigt hat. Der Verfasser vertritt den Standpunkt, daß die Basis der Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus, die auf die Mitte der 90er Jahre fällt, in der elektrotechnischen Umwälzung zu suchen ist. Diese Ansicht ist im allgemeinen richtig, was natürlich nicht belogen will, daß die Entwicklung der Elektrizität die einzige Ursache des wirtschaftlichen Aufschwungs gewesen, und daß wir darüber solche Momente, wie die Industrialisierung Rußlands, Ost- und Kleinasiens, die Verlegung des ökonomischen Schwerpunktes der Vereinigten Staaten von der Landwirtschaft auf die Industrie, einfach vergessen dürfen. Nun unterläßt der Verfasser hier die näheren Angaben über die besondere Art der elektrotechnischen Umwälzung, die für diese Periode charakteristisch war. Es genügt J. B. schon der Hinweis auf die Tatsache, daß die Streckenlänge der elektrischen Straßenbahnen in Deutschland von 588 Kilometern im Jahre 1886 auf 2868 Ende 1900, also um mehr als 390 Proz. gestiegen ist, um die Eigentümlichkeit dieser Entwicklungsperiode aufzuweisen. Dem Verfasser entgeht auch die im nächsten Zusammenhang damit stehende Erscheinung, daß der Kennwert der bei den deutschen Städten zugelassenen Provinz- und Stadtbahnen von 241,9 Mill. Mark im Jahre 1897 auf 431,2 im Jahre 1901, d. h. um mehr als 78 Proz. gestiegen ist, während der Gesamtwert der inländischen Wertpapiere in diesem Zeitraum von 3787,9 (1897) auf 2366,3 (1902) gesunken war. Nachdem der kommunale Bedarf gedeckt war, brach für die elektrotechnische Industrie eine Krise herein, die schließlich für die Elektrizität neue Anwendungsgebiete und für die Industrie neue Konzentrationsformen geschaffen hat. Mit der Aufzählung und Charakterisierung dieser neuen ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten, die jeder neue Tag zu Wirklichkeiten macht, schließt der Verfasser das Kapitel über die wirtschaftliche Bedeutung der elektrotechnischen Umwälzung.

Das nächstfolgende behandelt die Frage der Betriebsform, sowohl in der Elektrizitätsindustrie selbst, als auch in den anderen Industriezweigen, die unter den Einfluß der neuen technischen Kraft geraten sind. Was das erste anbetrifft, so handelt es sich zuerst um die Kraftanlagen, d. h. um die Werke, die elektrischen Strom liefern. An der Hand umfangreichen statistischen Materials kommt der Verfasser zu dem Schlusse, die großen Werke sind eher imstande, die Konzentration vollständig auszunutzen, arbeiten wirtschaftlicher und rentieren sich besser. . . ; die Konkurrenz verschiedener Gesellschaften in der Stromlieferung ist bloß als ein Uebergangsstadium zu betrachten. . . ; die Entwicklung der Kraftanlagen führt zur Verdrängung der elektrischen Energie, vor allem aber zur Bildung von Wasserkräften. (S. 68.) Die weitere Erörterung der Verhältnisse in der eigentlichen Elektrotechnik, d. h. in der Fabrikation der elektrischen Maschinen und Apparate, führt auf das interessanteste Gebiet der Beziehungen der Großbanken zur neuen Industrie. Wir erfahren zum Beispiel, daß „in den Ver. Staaten von Amerika die Produktion von Starkstromartikeln fast ausschließlich von zwei Gesellschaften betrieben wird, die beide untereinander das Produktionsfeld geteilt haben.“ Und in Deutschland haben sich unter Leitung der größten Banken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Schaaffhausen'scher Bankverein u. a.) drei Großfirmen herausgebildet („Allg. Elektrizitätsgesellschaft“, „Siemens u. Halske“, „Feltex u. Sulzbachner-Lohmeyerwerke A. G.“), die mehr als 75 Proz. der gesamten Produktion in ihren Händen haben. Hier hat sich zuerst jene Oligarchie entwickelt, über die Walther Rathenau folgendes Urteil abgibt: „Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung“ (zit. bei Parvus, Der Staat, die Industrie und der Sozialismus). Uebrigens trifft auch für diesen Teil von Rathenau's Ausführungen das zu, was wir schon früher bemerkt haben. Die inneren Triebkräfte der Beziehungen zwischen den Banken und der elektrischen Industrie sind nicht mit der nötigen Schärfe herausgearbeitet und die Bedeutung des kommunalen Bedarfs einerseits, der kommunalen Anteile andererseits — in ihrer ganzen Tragweite nicht klar gezeichnet.

Der zweite Teil des dritten Kapitels unter dem Titel „Der Elektromotor und das Kleingewerbe“ ist eine glänzende Widerlegung der noch hier und da spulenden Ansichten, als ob die Elektrotechnik berufen sei dem verfallenden Handwerk und der dahinsinkenden Hausindustrie zum neuen Aufblühen zu verhelfen. Auf Grund des ausgiebigen Zahlenmaterials, betreffend die schweizerische, französische und deutsche Industrie, beweist der Verfasser, daß der Elektromotor die Konzentrationstendenz verstärkt und so für den Unternehmer ein neues Mittel bildet, die Handwerker und Hausarbeiter auszubeuten und zu brutalisieren.

Mit dem Hinweis auf die neuen sozialen und rechtlichen Probleme, die auf Grund der geschilderten Entwicklung an den Staat und an die Gemeinde herantreten sind, schließt die trotz ihres geringen Umfangs (113 Seiten) sehr gehaltreiche Abhandlung. Sie bildet, ungeachtet mancher Mängel und Schwächen, einen wertvollen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des modernen Kapitalismus und ist gewissermaßen eine partielle Ergänzung der neuesten marxistischen Forschungen auf diesem Gebiete.

### Die Viehzählung im Königreich Sachsen.

Mit großer Spannung hat man in Sachsen dem Ergebnis der Viehzählung vom 1. Dezember 1910 entgegen gesehen. Jetzt liegt dasselbe vor und bestätigt die Vermutung, daß sich das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Viehhaltung in den letzten 10 Jahren zuungunsten der Viehhaltung verändert hat. Nach dem im Königl. Statistischen Landesamt vorläufig ermittelten Zählungsergebnis betrug die Zahl der Pferde in Sachsen 173 297 (1900: 166 730), Rinder 690 404 (1900: 688 953), Schweine 712 634 (1900: 578 953), Schafe 58 185 (1900: 74 625), Ziegen 137 231 (1900: 139 796). 1900 wurden gezählt 171 823 Pferde, 698 672 Rinder, 658 113 Schweine, 58 913 Schafe und 131 025 Ziegen. Die Gesamtzahl der Pferde im Königreich Sachsen hat im Laufe eines Jahres um 1,08 Proz. zugenommen. Mehr als die Hälfte dieser Zunahme fällt allein auf den Kreis Bautzen, wo sie in der Hauptsache der Reorganisation des 20. Husarenregiments beizumessen ist. Die Rinder haben dagegen im letzten Jahre um 1,18 Proz. abgenommen. Was zu dieser weiteren Abnahme trotz der reichen Futterernte des Jahres 1910 geführt hat, ist nach Ansicht des Königl. Statistischen Landesamts zum großen Teile der immer mehr sich verbreitende Scheidenkoller, der eine Nachzucht schwer aufkommen läßt. Aber auch die Maul- und Klauenseuche wird nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein. Durch diesen Rückgang hat sich das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Rinderhaltung weiter verschlechtert, denn während 1900 noch auf je 100 Einwohner 18,29 Rinder gehalten worden sind, waren es 1910 nur noch 14,18, das ist über 13 Proz. weniger. — Die Schweinebestände haben sich dagegen wieder vermehrt, und zwar seit 1909 um 8,82 Proz. Was das Verhältnis der Einwohnerzahl zur Schweinehaltung betrifft, so ist es seit 1900 ein noch günstigeres geworden, so daß 1910 auf 100 Einwohner 14,84 Schweine entfielen, während es 1900 nur 13,73 waren. — Bei den Schafen beträgt der Abgang im letzten

Jahre 1,24 Proz.; er ist etwas geringer als im Jahresdurchschnitt 1900/10. Im Jahre 1900 wurden noch 1,78 Schafe auf 100 Einwohner gehalten, 1910 nur 1,19. — Die Ziegen haben seit 1900 eine Zunahme von 0,18 Proz. aufzuweisen, sind aber seit 1900 um 8,13 Proz. in ihrem Bestande zurückgegangen. Auf 100 Einwohner kamen 1900 3,33 Ziegen, 1910 nur 2,70. — Im allgemeinen hat sich der Viehstand seit 1909 etwas gebessert. Die Abnahme der Rinder und Schafe wird durch die starke Zunahme der Schweine ausgeglichen. Nicht man freilich das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Viehhaltung in den letzten 10 Jahren in Betracht, so zeigt sich, wie schon oben bemerkt, daß dieses sich zuungunsten der Viehhaltung verändert hat.

### Der Gipfel der Kaffeepreise.

Seit vielen Monaten sind die Preise eines der wichtigsten Genussmittel, des Kaffees, unaufhörlich in die Höhe geklettert. Von einem normalen Stande von etwa 30 M. sind sie in wenigen Monaten bis auf über 55 M. für den Hamburger Markt gestiegen. Die Preiserhöhung beträgt also fast 100 Proz. Nicht viel anders als in dem bedeutendsten deutschen Handelsplatze für Kaffee sieht es in den ausländischen Märkten aus. Die Teuerung ist am letzten Ende hervorgerufen worden durch die Verknappung, die Vorräte an Kaffee könnten so gering werden, daß die Blankoverkäufer ihre Lieferungsverpflichtungen nicht mehr würden einhalten können. Um diese Wirkung hervorzubringen, wurden künstlich sehr niedrige Schätzungen von der diesjährigen Kaffeenernte verbreitet. Es sollte sich diese um einen Ernterückgang handeln. Da auch die Regierung des Staates Sao Paulo als Trägerin der Kaffeevalorisation ein großes Interesse an der Erhöhung der Kaffeepreise hat, so ist es sehr leicht gelungen, den wahren Stand der Kaffeenernte zu verbergen. Auch jetzt ist er noch nicht einwandfrei bekannt, doch machen sich die beteiligten Kreise immerhin auf ein recht gutes Ergebnis gefaßt, das mit 15 Millionen Sack die beiden vorhergehenden Jahre wesentlich übertrifft und nur von der Rekorderte 1906/07 getragenen wird. Demgegenüber ist der Kaffeeverbrauch der Welt durchaus nicht ständig im Wachsen. Besonders die Teuerung des letzten Jahres hat eine größere Zurückhaltung der Verbraucher und des Handels in den bedeutendsten Verbrauchsstaaten zur Folge gehabt. Deutschland hat zum Teil wegen Verdrängung der Steuer im letzten Jahre weniger Kaffee eingeführt als im Vorjahre und auch Frankreich und die Vereinigten Staaten zeigen ein Nachlassen des Kaffeeverbrauchs. Die Regierung von Sao Paulo schied sich jetzt an, den Kaffee aus ihrer Aktion der Valorisation zu ziehen. Sie will aus ihren großen Vorräten verkaufen und zwar, um die guten Preise jetzt mitzunehmen, gleich 1,2 Millionen Sack. Diese Ankündigung hat denn auch die Hoffnung der Händler, in den Vögel größerer Mengen zu kommen, wieder etwas belebt und die Preise sind in den letzten Tagen wieder gewachsen. Sie werden wahrscheinlich noch weiter zurückgehen, wenn erst die Verkäufe tatsächlich stattfinden und wenn genaue Angaben zeigen werden, daß die letzte Ernte recht bedeutend gewesen ist.

## Aus der Frauenbewegung.

### Selbinnen.

Man hört so viel von Selbinnen, doch wenig oder gar nichts von Selbinnen; von den Selbinnen, den vielen, vielen tapferen Frauen, deren Heldentum sich nicht in einer einzigen Tat erschöpft, sondern ein Jahrzehnte, ja ein ganzes Leben ausfüllendes, stummes, bitteres Ringen und Kämpfen mit furchtbaren Feinden umfaßt, als da sind: Not, Krankheit, Arbeitslosigkeit u. a. m. Jenen Frauen des Proletariats, deren ganzes Leben einen Gang nach Golgatha darstellt, die, zusammenbrechend unter der Last des Kreuzes, sich immer wieder aufrocken und vorwärtsstreifen. Ungesehen, ungenannt, ihren einzigen Lohn in dem Bewußtsein tragend, eine große, schwere und schöne Pflicht zu erfüllen. Doch nicht allen kommt dieses Bewußtsein, viele, allzu viele werden stumpf unter der Last des Leids, verlieren die Empfindung für alles, was außerhalb ihrer täglichen Trübsal liegt. Wer nie Gelegenheit hat oder sie nicht sucht, das tägliche Leben einer verheirateten Proletarierin unmittelbar kennen zu lernen, besonders, wenn eine mehrköpfige Kinderschar vorhanden ist, kann sich keine Vorstellung davon machen, welche Summe von Tapferkeit und Ausdauer dazu gehört, ein solches Leben Tag für Tag zu führen, ein Leben, in dessen Kreislauf Not, Arbeitslosigkeit, des Mannes, Krankheit und Wunden immer wiederkehren. In einem alten Volksliede heißt es: „Und wenn der Mann die Hoffnung längst verloren, blid noch das Weib vertrauensvoll empor. . .“ In der Tat ruht im Arbeiterweibe eine Fülle von Spannkraft, ohne welche manches Familienleben zugrunde gehen würde. Alice Salomon zitierte gelegentlich in einem Artikel, in dem sie diese Frage behandelte, den Ausdruck einer englischen Frauenführerin, die da sagte: „Die Frauen sind unsere Ruhm- und unsere Ehre. Unser Ruhm, weil solche Tiefen schlichten Heldentums in unserer Natur liegen — unsere Ehre, weil wir so wenig davon wissen, und selber oft bei unergieblich geringerer Lebenshemmung seelisch oder moralisch zusammenbrechen.“ Tatsächlich würden die meisten Damen aus der oberen Gesellschaft nicht die Hälfte von dem aushalten, was eine arme Proletarierfrau aushalten muß. Da wird ein großes Wesen gemacht und die Tränenjüde der Patrioten maltrahiert wegen der „großen Dulderin“, der Königin Luise von Preußen, deren größte Schmerzen in der „furchtbaren Zeit“ ihres Lebens nach ihren eigenen Aussprüchen darin bestanden, daß sie eine Zeitlang mit nur 3 oder 4 Wängeln bei der Mittagstafel begnügen mußte. Wo da die Großtat stehen soll, weiß man nicht, wenn man bedenkt, daß die große Mehrheit des Volkes schon glücklich wäre, wenn es jeden Mittag bestimmt auf einen „Gang“ rechnen könnte.

Wir denken hier gerade an eine brave, treue Genossin, deren Mann lungenkrank und invalide ist und monatlich 17 M. Rente erhält, zum Leben zu wenig zum Sterben zu viel. Vier Kinder sind zu nähren und zu kleiden und der ganze Haushalt ist in Ordnung zu halten. Die Frau, die keinerlei Armenunterstützung in Anspruch nimmt, sitzt vom grauen Morgen bis in die finstere Nacht an der Maschine und arbeitet, um die Kosten des Lebensunterhaltes zu bestreiten. Am Sonntag ruht, näht, puht und scheuert sie in der Wohnung. Wenn aber eine wichtige Versammlung zur Teilnahme ruft, oder ein Bescheid, dann ist diese wadere Proletarierin als eine der ersten am Platze. „Ich kämpfe mit, bis an mein Ende, und wenn auch ich selbst nicht mehr davon haben sollte, dann kommt es doch unseren Kindern zugute!“ So sprach sie eines Abends, und aus ihren erhellten Augen leuchteten Lebensmut und Kampfesfreude, leuchtete jener schöne, rührende Idealismus, wie ihn nur eine tiefe und sittliche Weltanschauung hervorbringen vermag.

Das ist Heldentum! Edelres Heldentum, als in allen Schlachten der Welt zutage trat, Heldentum, das kein Vorbeur auszeichnet, aus dem aber Freiheit und Erlösung der Menschheit aus aller Knechtschaft und Unterdrückung erblickt!

Eine umfangreiche Frauenpropaganda wird von dem Frauen-National-Komitee der Socialist Party (Chicago) für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten vorbereitet. Für jeden Monat sind Versammlungen mit bestimmtem Thema, über das gleichzeitig Artikel veröffentlicht werden, vorgesehen. Dazu kommt eine Reihe Flugblätter. Das erste Flugblatt wendet sich allgemein an die arbeitende Frau. Als erstes Verhandlungsthema ist angefügt: Der Weltkrieg. Auch Jugendagitation soll betrieben und für den nächsten allgemeinen Frauentag eine Propagandanummer des Organs „Progressive Woman“ herausgegeben werden.

Zur Landeswahlrechtsfrage in Schweden. Der Hauptvorstand der Landesvereinigungen für politisches Frauenwahlrecht in Schweden hat am Montag den Staatsminister Lindmann erneut interpelliert, ob in der bevorstehenden Reichstagsession ein Entwurf zur Einführung des staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts vorgelegt werde.

Der Staatsminister antwortete, man müsse erst die Wirkungen der großen Wahlrechtsreform der Ränder abwarten, bevor man zu einer weiteren Ausdehnung des Wahlrechts schreiten könne.

Das ist ungefähr dasselbe Gerede, das der schwedische Landesminister nun schon verschiedene Male gegenüber der Forderung der Frauen verzapft hat.

### Bürgerliche Frauenrechtlerinnen.

Die Kritik im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“ über: „Das gefährliche Alter“, das Buch der dänischen Schriftstellerin Karin Michaelis, entspricht sicher voll und ganz den Anschauungen der sozialistischen Frauen, soweit sie dieses Produkt bürgerlicher Frauenrechtler gelesen haben. Hoffentlich aber haben nicht viele unserer arbeitenden Frauen die geringe Zeit, die ihnen zu literarischer Bildung verbleibt, daran vergeudet. Genau wie es in der Kritik heißt, beträgt der Titel dieses Buches über den Inhalt. Man erwartet, daß das Riesenproblem des Liebeslebens der älteren resp. alternden Frau aufgerollt, zum mindesten kräftig angeschnitten würde und erlebt die Feigfingerbewegung eines Zwergleins nach dem Sefamberg, eine Bewegung, die nicht einmal imstande wäre, das leichte Geröll, die Schlacken vor dem Eingang einer so wichtigen Pforte hinwegzuräumen. Wenn wir trotzdem noch einmal auf die Angelegenheit zurückkommen, und zwar an dieser Stelle, so geschieht es, um die geradezu beschämende Minderwertigkeit bürgerlicher Frauenrechtlerinnen daran zu demonstrieren. Wir haben gewiß nichts dagegen, wenn bürgerliche Frauenrechtlerinnen sich dafür einsetzen, Aufklärung in ihrer bekandenten und indifferenten bürgerlichen Kreise zu tragen, und sie müssen auch selbst wissen, wie sie das anzufangen haben. Die sich so vielfach vorkommenden Damen, von denen einige sicher auf dem einen oder anderen sozialen Gebiet bewandert sind, sollen sich aber wirklich nicht einbilden, Alles und Jedes ungerührt bequatschen zu können, dadurch gewinnt ihre Bewegung denkenden Leuten, besonders aber sachmännischen Kreisen gegenüber etwas stark Blamables. Dafür ein Beispiel. Die deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht hatte dem Vogel der Sensation den Kopf abgeschossen, indem sie die demonstrativ in die Öffentlichkeit gezerrte Dänin Karin Michaelis noch drei Tage vor ihrem offiziellen Debut in Berlin zu einer Vorlesung aus eigenen Werken veranlaßte. Die Vorlesungen fremdländischer Künstler aus eigenen Werken in deutscher Sprache ist ein Thema, das bei dem Umschlagreifen dieser literarischen Geschmacksberührung ernstlich und eingehend besprochen zu werden verdient, wodurch aber hier heute der Raum nicht weiter geschmälert werden soll. Genug, dieser kleinen, besser nicht gehaltenen Vorlesung ging ein bedeutungsloser Vortrag über die Dänin von Frau Adele Schreiber-Krieger voran. Die dänische Schriftstellerin, ein stark „sensibile“ Natur, steht erst am Anfang ihrer Schriftstellerlaufbahn (eine Wiebig, eine Guck, Neuter oder viele, viele andere deutschen Kräfte würden sich sehr gekränkt fühlen, und mit Recht, wenn sie Karin Michaelis als gleichwertige Kollegin plötzlich neben sich gestellt sehen!), außer einer Anzahl Skizzen, Essays, kleineren Artikeln, sind fünf Bücher aus ihrer Feder hervorgegangen, von denen die drei ersten absolut unbeachtet blieben. Ob mit Recht oder Unrecht, lassen wir dahingestellt. Auch lassen wir dahingestellt, ob die Zukunftsperspektiven, die sich an die Arbeiten dieser zweifellos dichterisch begabten Anfängerin knüpfen, berechtigt sind. Aber einen solchen schwülstig aufgebauschelten, dreiviertelstundlangen, mit verzücktem Augenaufschlag begleiteten, himmelhochjauchenden, süßholzraspelnden Redebrei als öffentliche Guldigung diesem literarischen Keuling dargebracht, zeigt den Niedergang der bürgerlichen deutschen Frauenbewegung. Es hätte nur noch gefehlt, daß die erste Referentin nach Schluß ihres Referates vor der zweiten Referentin unter tosendem Zuschaufelstillsitzen eine Aniebung — wollte sagen, einen — Hohn gemacht hätte. Karin Michaelis als Schriftstellerin mag schreiben, was sie für gut befindet, das ist ihr gutes Recht; aber anderen ihre Redeweise als Meisterwerke propagieren zu wollen, das ist ein Unterfangen, das nicht scharf genug gerügt werden kann. R. R.

## Gerichts-Zeitung.

### Nachklänge von Noabit.

Wegen Beleidigung der Berliner Schuhmannschaft mußte sich gestern der Geschäftskutscher Ferdinand Altedmann vor der Strafammer des Landgerichts III verantworten. Der Angeklagte hatte am 28. September, während der Noabitler Unruhen, mit einem Arbeitskollegen in Noabit Geburtstag gefeiert. Als er dann in stark angeheitertem Zustand durch die Müllerstraße kam, schimpfte er fortwährend auf die Polizei und ließ schließlich seinen Ärger an einer ruhig des Weges kommenden Frau aus. Er soll unter anderem ihr zugerufen haben, sie solle, anstatt sich herumzutreiben, lieber nach Noabit gehen und dort die „Bluthunde“ verhaufen. Die Frau wandte sich an einen Schuhmann, der den Angeklagten festnahm. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Schimpfworte gegen die Polizei in einer sehr erregten Zeit gefallen waren, eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten! Das Gericht erkannte auf 50 M. Geldstrafe.

### Ein Schwindler.

Der in recht raffinierter Weise mit gefälschten Empfehlungen operiert hatte, wurde gestern von der 1. Strafammer des Landgerichts III auf längere Zeit unschädlich gemacht. Aus der Untersuchungshaft wurde der Buchhalter Max Weber vorgeführt. — Der aus Schlesien gebürtige Angeklagte, der im April v. J. von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden war, hat längere Zeit hindurch in einer recht geschickt eingeschalteten Weise Leute, die in der öffentlichen Wohltätigkeitspflege bekannt sind, um zum Teil recht erhebliche Beträge geprellt. Der Schwindler ging hierbei in folgender Weise zu Werke. Er telephonierte von irgendeinem Restaurant aus die betreffende Person, die er sich zum Opfer ausersehen, unter falschem Namen an und teilte mit, daß er einen bei irgendeiner Behörde angestellten Beamten, der in Not geraten sei, der Unterstützung empfehle. Hierbei wandte er den Trick an, daß er sich stets als Beamter einer Behörde ausgab, mit welcher die zum Opfer ausersehene Person in irgendeiner Verbindung stand. So gab er sich abwechselnd als Arzt, Gerichtsfunktionär, Obersekretär usw. aus und bat dann per Telephon den betreffenden Beamten, den er hinschicken werde, zu unterstützen. Wenn ihm ein zufälliger Bescheid erteilt wurde, so erschien er dann selbst mit einer wahren Leidensmiene in der Wohnung des Betroffenen und schilderte dort mit herzbewegenden Worten seine Not. Auf diese Weise gelang es dem abgeimten Schwindler, die Frau Oberbürgermeister Rischner um 30 M., den Geh. Kommerzienrat Seder um 30 M., den Justizrat Landau um 40 M., den Kommerzienrat Weber um 100 M. usw. zu pressen. — Vor Gericht war der Angeklagte geständig. — Staatsanw.-Assessor Rodow beantragte mit Rücksicht auf die überaus niedrige und gemeine Handlungsweise des Angeklagten, durch welche den wirklich Hilfsbedürftigen die Unterstützungen entzogen seien, 2 Jahre und 4 Monate Gefängnis und 8 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf nur 2 Jahre Gefängnis.

### Schutz den Frauen.

Mit einer sehr milden Strafe kam gestern der Geschäftsfreisende Wilhelm Schulz davon, der sich wegen eines von ihm begangenen schweren nächtlichen Erzeßes gegen eine Dame vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten hatte. — Der Angeklagte kam am 7. November v. J. in sehr animierter Stimmung die Potsdamer Straße entlang. Als er an der Ecke der Bülowstraße die Näherin A. stehen sah, die dort an der Straßenbahnhaltestelle

Warte, um nach Hause zu fahren, näherte er sich dieser mit nicht mißzuverstehenden Worten. Als ihn diese mit ruhigen Worten darauf aufmerksam machte, daß er sich in ihrer Person irrte, wurde sie von dem Angeklagten mit den häßlichsten Schimpfworten überschüttet und sogar geschlagen. Erst durch das Hinzukommen des Schuhmanns Barth wurde der Angeklagte an weiteren Ausschreitungen gehindert. — Staatsanw.-Assessor Edert hielt mit Rücksicht darauf, daß anständige Frauen, die durch irgendwelche Umstände veranlaßt, des Nachts allein die Straßen passieren müssen, vor derartigen Ausschreitungen ganz energig geschützt werden müssen, eine exemplarische Strafe für angebracht und beantragte deshalb die immerhin unter diesen Umständen noch niedrige Strafe von einem Monat Gefängnis. Rechtsanw. Seltzer beantragte, den Angeklagten nachmals mit einer Geldstrafe davonzulassen, da er bisher unbescholten sei und offenbar in einer an Sinnlosigkeit grenzenden Trunkenheit gehandelt habe. Das Gericht erkannte nur auf eine Geldstrafe von 20 M.

## Aus aller Welt.

### Der Mörder des Rittmeisters v. Krosigk verhaftet.

Aus Hannover kommt die Meldung, daß in der Nacht zum Mittwoch in Gaste bei Wunstorf der seit etwa 14 Tagen am dortigen Bahnbau beschäftigte Arbeiter Fischer verhaftet worden ist, der nach seinem eigenen Geständnis am 22. Januar 1901 in Gumbinnen auf der Reitbahn den Rittmeister von Krosigk erschossen hat. Durch Genossenschaftsmitglieder, hatte er gelegentlich eines Gesprächs über militärische Verhältnisse zu seinem Schatzmeister und einem Kantinenwirt gesagt: „Der Krosigk mußte sterben und ist durch einen Schuß aus meinem Karabiner Nr. 19 gestürzt“. Als Grund für den Mord gab Fischer an, daß er vor der Beförderung zum Unteroffizier gestanden habe und Rittmeister von Krosigk, ohne daß das geringste vorgefallen sei, ihm drei Tage Arrest zudiktiert habe. Deswegen sei er nicht zum Unteroffizier befördert worden. Aus Ärger hierüber habe er den Rittmeister erschossen.

Der Verhaftete ist gestern früh dem Amtsgericht Rodenberg zugeführt worden.

Der Mord an dem Rittmeister v. Krosigk wurde am 22. Januar 1901, nachmittags 4 Uhr, in der Reitbahn des Regiments in Gumbinnen verübt. Krosigk war wegen seiner barbarischen Strenge bei den Mannschaften äußerst unbeliebt. Während des Reitens der Mannschaften ertönte plötzlich ein Schuß aus dem Hinterhalt, der Rittmeister samt Pferd getroffen zu Boden. Nach einer Frage an den Wachtmeister, ob er geschossen habe, verschied Krosigk. In einem Gange der Reitbahn wurde der noch rauchende Karabiner Nr. 19 gefunden, aus dem der tödliche Schuß auf den Rittmeister abgegeben worden war. Der Soldat, dem die Waffe gehörte, ritt zur Zeit der Tat in der Manege mit den übrigen Mannschaften. Der Verdacht, den Mord begangen zu haben, lenkte sich zuerst auf den Unteroffizier Marten, der jede Schuld bestritt. Später wurde noch der Schwager des Angeklagten Marten, der Unteroffizier Hädel, verhaftet. Als dritter der Tat Verdächtige war der Unteroffizier Dominik zur Verantwortung gezogen worden. Der Prozeß endigte mit der Freisprechung der Angeklagten.

### Ein Hexensabbat der Sensationspresse.

Aus London wird uns geschrieben:

Es ist schwer, sich von dem Hexensabbat, den die Mordaffäre in Houndsditch entfesselt hat, ein einheitliches Bild zu machen. Zu viele Parteien haben ihre Hand im Spiele. Die Sensationspresse kommt alle paar Stunden mit neuen Ueberraschungen, die gleich darauf dementiert werden; die Blätter konservativer Richtung wünschen der Regierung wegen der „laren“ Handhabung des Fremdengesetzes einen Stieb zu verjagen; die konservative Rinnsteinpresse schlägt blindlings auf die Ausländer und namentlich die politischen Flüchtlinge ein und findet bei den unwissendsten Volksschichten willige Schüler; und die Polizei mystifiziert das Publikum mit den widersprechendsten Angaben. Nach der letzten Polizeimeldung sollen die Verbrecher von Houndsditch nicht das geringste mit dem Anarchismus zu tun haben.

Für die Ausländer in London — und besonders für die ausländischen Arbeiter — die unter der englischen Bevölkerung leben, ist diese Heße kein Spaß. „Ausländisches Ungeziefer“ ist einer der mildesten Ausdrücke, die von der Sensationspresse gegen sie geschleudert werden. Die fabelhaftesten Gerüchte über die ausländische Bevölkerung werden in Umlauf gesetzt. So soll es in London 10 000 Ausländer geben, die beständig Browningpistolen in der Tasche tragen. Die Londoner Presse spricht beständig von zahlreichen anarchistischen Klubs, die im Osten der Stadt bestehen sollen. Diese Behauptung ist aus den Fingern gefogon. In meinem letzten Bericht bezweifelte ich, ob es augenblicklich in London auch nur einen anarchistischen Klub gibt. Seitdem habe ich genauere Erkundigungen eingezogen und kann versichern, daß es augenblicklich in ganz London keinen einzigen anarchistischen Klub gibt. Jüdische Anarchisten sollen zwar im Osten Londons in einem Wirtshaus zusammenkommen und diskutieren. Sie besitzen auch eine Zeitung, die sich mit Rot durchs Leben schleppt. Wer sie kennt, weiß, daß sie harmlose Schwärmer sind. Wie die Berichterstattung der Londoner Presse über diesen Punkt, so beruhen auch die anderen Angaben über die Ausländer in London, mit denen man gegen die politischen Flüchtlinge und das Fremdengezet operiert, direkt auf Unwahrheiten. Die „Daily Mail“ gibt an, daß London in den letzten Jahren von Ausländern überflutet worden sei und rechnet sich Ziffern aus, die mit den vorläufigen Berechnungen der offiziellen Statistik direkt im Widerspruch stehen. Auch die Behauptung, daß das ausländische Verbrechertum in Großbritannien in den letzten Jahren riesig gewachsen sei, ist eine Angabe, die die offizielle Statistik Lügen straft. Seit dem Jahre 1903 ist der Prozentsatz der Ausländer an Verbrechen von 2,17 allmählich auf 1,27 gesunken.

So lächerlich auch das Benehmen der Polizei in der Schlacht in der Sidney Street war, so hätte man doch annehmen können, daß die genialen Berliner Polizeistrategen etwas mit ihrem Urteil und ihren Ratsschlügen zurückhalten würden. Der Berliner Korrespondent der „Observer“ schreibt über dieses Thema:

„Der Krieg in dem East End hat in diesem Paradies der Soldaten und der Polizei ungeheure Aufmerksamkeit erregt. Mit selbstgefälligem Vertrauen auf ihre unerreichbare Ueberlegenheit auf dem Gebiete der Gewalt finden die Deutschen nur den Ton der Lächerlichkeit für die Taktik, die von dem „Feldmarschall“ Churchill und einer schlachtfertigen Legion aus schottischen Gardisten, Artilleristen, Postkisten und Feuerwehrlenten angewendet wurde, um den Feind in

der Sidney Street zu vernichten. Die Sache würde in dem „Vaterland“ unvergleichlich besser gemacht worden sein — das ist der hervorbringende Gedanke in der teutonischen Ansicht über die erstaunlichen Ereignisse vom Dienstag, Stepten, so hieß es, ist Deutschlands Revanche für Köpenick. Aber auch an ein anderes Ereignis sollte erinnert werden, wenn die Deutschen geneigt sind, sich über Stepten lustig zu machen — an die Schlacht bei Treptow, an den glorreichen, obwohl unblutigen Kampf, der im März 1910 den Ruf des Polizeipräsidenten v. Jagow als des modernen Wolke befestigte. Herr v. Jagow vergift in den verschiedenen Reminiscenzen erhaltenden Communiqués, durch die er diese Woche seine Verachtung für Scotland Yard ausdrücken zu müssen glaubte, daß an jenem unergelichen Sonntag praktisch die ganze Polizeistreitkraft Berlins, 10 000 an der Zahl — Polizisten zu Pferd, Fuß und Rad —, mit Karabinern, Säbeln und Revolvern bewaffnet und von einer Streitmacht berittener Gendarmen im Versteck unterstützt, den Treptower Park an der südwestlichen Grenze der Hauptstadt belagerte, um eine sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstration zu bedrohen. Herrn v. Jagows Dispositionen waren ein Muster der Mobilisation. Sie würden das Herz Chaussevi' errentet haben. Aber es waren keine Sozialdemokraten in Treptow. Ohne daß es Herrn v. Jagow bekannt wurde, hatte sich die Kleinigkeit von 100 000 Mann in das Herz Berlins „geschlichen“ und hatte in der Tat schon den Tiergarten und das Reichstagsgebäude „geplündert“, ehe das Treptow befehndende Armeekorps gewahrt wurde, daß die Bewegung im Gange war.“

### Homosexueller Skandal im Vatikan?

Rom, 9. Januar 1911. (Fig. Ver.)

Am 6. Februar wird vor den römischen Gerichten ein Prozeß verhandelt werden, der verschiedene hohe vatikanische Würdenträger als Zeugen sehen wird. Mäger ist der frühere päpstliche Kammerer Mac Swiney de Mastraglia, Angeklagter der gleichfalls in päpstlichem Dienste stehende Kammerer Marchese del Fierro. — Dem Mäger waren verschiedene anonyme Briefe und sogar offene Karten zugegangen, in denen dieser beschuldigt wurde, mit dem päpstlichen Staatssekretär Fern del Sol in homosexuellen Beziehungen zu stehen. Die Briefe waren in den drähtlichsten Ausdrücken gehalten, und einer fing mit den Worten an: „Mon vieux cochon“. (Mein altes Schwein.) Nach Prüfung der Handschrift fiel der Verdacht Mac Swineys sofort auf den Marchese del Fierro, und die gerichtlichen Sachverständigen, die wegen Begutachtung der Handschrift befragt wurden, bestätigten die Annahme, daß die Handschrift der Briefe mit der del Fierros identisch sei. Wie das „Secolo“, dem wir diese Nachricht entnehmen, berichtet, sollen noch andere vatikanische Präzedenzen in den Prozeß verwickelt sein.

### Der Schultheiß von Dubendorf als Schriftsteller.

Zu einer offensichtlich seltenen Arbeit hat der Schultheiß des württembergischen Dorfes Dubendorf gegriffen, um die Prozeßakten unbekannter „Freunde“ abzuwehren. Er nahm Tinte und Feder und schrieb folgende im „Mainhardter Volksboten“ veröffentlichte „Dankagung“:

„Die Absender der mir zugegangenen 2 Spottkarten, die sich in allererster Linie auf die Absender selbst beziehen, erkläre ich auf diesem Wege zu dem Reich der Unvernünftigen und den besseren Schreibern als Dadel in seiner Schreibkunst. Klage ausgeschlossen, weil die Vermunft schl.“  
Aber, Herr Schultheiß!

### Ein byzantinischer Jungbrunnen.

Ein großes Ereignis bereitet sich in Pritzwalk vor. Für diejenigen unserer Leser, die bisher noch nichts von dem Vorhandensein einer Stadt des Namens gewußt haben, sei vorausgeschickt, daß Pritzwalk an der Dömnitz in der Provinz Brandenburg liegt; die etwa 7000 Einwohner der Stadt nähren sich zumeist von Ackerbau und Viehzucht. Als größte Sehenswürdigkeiten der Stadt werden den — freilich seltenen — Fremden ein Diömarkturm und die Bierbrauerei gezeigt. Um nur etwas für die höhere Kunst zu tun, haben sich die gesamten Donoratioren der Stadt und Umgebung zu einem Ehrenkomitee vereinigt, das mehrere Vorstellungen eines waderländischen Schauspiel „Hohenzoltern“ in die Wege leitet. Welch ein einzigartiger Kunstgenuß den Pritzwalter Ackerbürgern bevorsteht, dafür gibt die in Form eines „Aufzuges“ gekleidete Einladung einen schwachen Abganz. In dem Aufzug heißt es:

Witbürger, Freunde in Stadt und Land!  
Die Hohenzolterngeschichte ist unsere Geschichte! Sie ist der schönste Vestig des Vaterlandsfreundes. Sie ist wie ein klares, erfrischendes Wasser. Wer da untertaucht, dem wird sie ein Bad der Neugeburt. Sie ist wie ein sternbesätes Abendhimmel, der die schönsten Stimmungen des Menschenherzens weckt.

Katolik wird es dann für „Ehrenpflicht jedes Deutschen“ erklärt, mit unterzutanken und das „Bad der Neugeburt“ — übrigens eine billige Gelegenheit für ältere Damen — durch Entnahme von Billetts zu unterstützen.

Vielleicht nimmt der Prinzregent von Braunschweig, der bekanntlich seinen Hoftheaterintendanten in die Wüste geschickt hat, die Gelegenheit wahr, um sein etwas in Mißkredit gekommenes Theater wieder in die Höhe zu bringen?

### Kleine Notizen.

**Eisenbahnunfall in Sachsen.** Auf dem nahe Leipzig gelegenen Bahnhof Gashwitz fuhr ein einfahrender Personenzug am Mittwochabend auf einen Güterzug. Zwei Postbeamte wurden dabei verletzt; acht Güterwagen entgleisten.

Mit Salsäure vergiftet. Die Fuhrbräuderin Auguste Kluge, die am Mittwoch von dem Breslauer Schwurgericht wegen Meineids zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, vergiftete sich bei der Abführung ins Gefängnis mit Salsäure und starb wenige Stunden später, nachdem sie ein Geständnis abgelegt hatte.

Aus einer kleinen Stadt. In den letzten Tagen wurden in der pfälzischen Stadt St. Ingbert sieben Wirtschaften polizeilich geschlossen, deren Inhaber zum Teil große skandalöse Unsitlichkeiten geduldet haben sollen. In allen Fällen wird Anklage wegen Rupperei eingeleitet werden.

Schwerer Betriebsunfall. In einer Zeltfabrik in Bundenheim (Hessen) stürzten durch Zusammenbrechen einer Wand die im Obergeschloß lagernden Säcke mit Delböhnen auf mehrere Arbeiter, die im Parterre beschäftigt waren. Ein Arbeiter wurde dabei getötet, ein anderer schwer verletzt.

Die Choleraerregungen in Konstantinopel. Nach einer amtlichen Statistik sind in Konstantinopel seit dem 13. September insgesamt 1309 Cholerafälle vorgekommen, von denen 785 tödlich verlaufen sind.

Unwetter an der französischen Küste. Nach einem Telegramm aus Paris werden aus Brest, Cherbourg und Dunkirgen heftige Stürme und Unwetter gemeldet. Eine Anzahl Schiffe soll sich in Gefahr befinden.

Stadtverordneten-Verammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Vor der heutigen Plenarsitzung haben sich die Abteilungen konstituiert und die Wahl von 6 Sonderausschüssen vorgenommen.

In den Ausschüssen für die Beratung des Ortsstatuts wegen Einschränkung der Sonntagsarbeit im Kleinhandel sind von der sozialdemokratischen Fraktion deputiert: Wasner, Hünke, Ritter und Zucht; in den Ausschuss für die Vorlage wegen Erhöhung der Hundesteuer: Dr. Bernstein, Hoffmann, Manasse und Rosenfeld; in den Ausschuss für die Vorlage wegen Einräumung des Erbaurechts auf dem städtischen Gasbehältergrundstück in der Augsburgstr. Dr. Kronz, Heilmann, Schneider und Sassenbach.

Die Plenarsitzung wird um 1/2 8 Uhr durch den Vorsitzenden Richelot mit einem Aufruf für den verstorbenen Stadtverordneten Seeger (Fr. Fr.) eröffnet, der der Versammlung über 23 Jahre angehört hat.

Stadtver. Gronewald (N. L.) berichtet über die neuerlichen Ausschussverhandlungen betr. den Verkauf des städtischen Scheunenviertelgeländes.

Der Ausschuss empfiehlt, sowohl den Magistratsvorschlag wie auch das neue Gebot der „Neuen Boden-Aktiengesellschaft“ abzulehnen und ein in allerletzter Stunde eingegangenes wesentlich höheres Gebot der Herren Lippmann und Luckner zu akzeptieren. Diese wollen nunmehr 8 Millionen Mark bei 1 800 000 M. Anzahlung geben. Die Verzinsung des Restkaufgeldes soll 4 Proz. betragen, die Wertzuwachssteuer zahlen die Käufer. Eine Sicherheit von 400 000 M. ist hinterlegt. Bis 1. April 1917 muß die Bebauung erfolgen.

Die Sozialdemokraten beantragen Ablehnung der Vorlage und des Ausschussantrages, dagegen Bebauung in städtischer Regie.

Stadtver. Stadthagen (Soz.): Gerade die Vorgänge bei diesem Verkauf erfüllen mich mit größter Zuerstung, daß Sie diesmal unserem Antrage günstiger gestimmt sein werden. Binnen kurzem ist das Privatkapital dazu gekommen, das erste Angebot um ein volles Viertel zu überbieten. Dieser Reizwert, der täglich wächst, der durch die Allgemeinheit erzeugt wird, ihn geben wir weg, wenn wir unseren Besitz an Private veräußern. Das Geschäft der Käufer ist schließlich doch immer nur, zu verdienen. Ganz anders die Stadt, die in der Lage ist, allen hygienischen und sonstigen im Interesse der Allgemeinheit gelegenen Ansprüchen bei der Bebauung in vollem Maße zu genügen. Eine Reihe städtischer Gebäude, auch eine Stadtbibliothek, sind in nächster Zeit zu errichten. Hier bietet sich eine vorzügliche Gelegenheit, auch auf dem Gebiete des Häuserbaues Sozialpolitik zu treiben, wie sie von einer Kommune wie der Berliner verlangt werden kann. Ich behaupte, daß der Vorschlag, im Erbaurecht zu bauen, von jemand gemacht wurde, der keine Würdigung stellen konnte; viel besser ist aber doch der Bau in eigener städtischer Regie. In einigen Jahrzehnten werden der Stadt hier statt der 8 Millionen 120 Millionen zufließen. (Große Heiterkeit, ironische Zurufe: „Mehr nicht!“) ... Sehen Sie sich doch an, was wir an den beiden verkauften städtischen Gebäuden auf dem Gesundbrunnen und am Potsdamer Tor verloren haben! Natürlich wird der Wert von 120 Millionen nicht schon übermorgen erreicht sein.

Reihen Sie unsere Anträge an, damit uns nicht von späteren Generationen der Vorwurf sträflicher Kurzsichtigkeit gemacht werden kann. Denken Sie daran, daß eine gewisse Kurzsichtigkeit der Stadtverwaltung in früheren Jahren und Jahrzehnten sich jetzt außerordentlich an uns rächt; ich erwähne nur den drohenden Zwangsverband. Wir können aus dem Scheunenviertel einen Stadtteil machen, der eine Lebenswürdigkeit der Stadt und einen wirklichen Fortschritt bedeutet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt, die Ausschussanträge gelangen zur Annahme.

Zur zweiten Lesung steht sodann der Magistratsvorschlag, das öffentliche Anschlagwese

wiederum auf 10 Jahre für jährlich 540 000 M. an die Firma Kauf u. Hartmann zu verpachten.

Der Antrag auf Übernahme in städtische Regie ist wieder aufgenommen. Eventuell wird beantragt, daß Plakate nur zurückgewiesen werden dürfen, wenn der Magistrat einverstanden ist, und daß zurückweisende Plakate zuerst dem Magistrat vorgelegt werden müssen. Außerdem soll die Verzugsdauer nur 5 Jahre betragen.

Stadtver. Dr. Rosenfeld (Soz.): Seit dem letzten Donnerstag haben wir neues Material bekommen, welches unseren Prinzipal-antrag nur unterstützen kann. Das über die Zensur nur wenig Besprochenes geführt worden sind, liegt daran, daß in den beteiligten Kreisen nicht genügend bekannt war, daß die Stadt ein Kontrollrecht in dieser Beziehung besitzt. Manche der Beteiligten sehen auch von einer Beschwerde ab, weil sie fürchten, in ihren geschäftlichen Beziehungen durch eine ungünstige Behandlung seitens der Firma geschädigt zu werden, ohne daß ihnen die Möglichkeit einer Beschwerde dagegen offen steht. Ich verweise auf die Eingabe der Ausstellungsgesellschaft. Deren Plakate beanstandete die Firma Kauf u. Hartmann, wodurch die Gesellschaft mehrere Tage verlor, und zwar aus ganz falschen geschäftlichen Auslegungen heraus, bis ihr Recht wurde. Diefelbe Gesellschaft weist nach, daß die Wagnisstellung der Firma eine schwere Schädigung der Künstler bedeutet, welche Plakate herstellen, und daß sie auch zu einer Vereinstückung des Strafenbildes führen kann. Unsere Bedenken werden in weiten Kreisen des interessierten Publikums geteilt, so einfach kann man also darüber nicht hinweggehen. Es ist vielmehr nochmalige Ausschussberatung notwendig, um so mehr, als auch festgestellt wird, daß der Vertrag gar nicht eingehalten wird, indem die von der Firma selbst gedruckten Plakate bevorzugt, andere zurückgestellt werden. Es muß auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß andere Unternehmer Plakattafeln aufstellen dürfen. Nehmen Sie unseren Hauptantrag nicht an, so setzen Sie wenigstens einen Ausschuss ein. Die von uns wegen Beschränkung der Zensur beantragten Änderungen des Vertrages können gründlich nur von einem Ausschuss vorbereitet werden.

Stadtver. Goldschmidt (N. L.): Die erhobenen Bedenken scheinen mir erheblich genug, um Ausschussberatung zu rechtfertigen. Praktisch dürfte es ja unmöglich sein, zu beschließen, daß jedes Plakat, das angehängt werden soll, erst dem Magistrat vorgelegen ist. Der Magistrat tritt ja nur einmal wöchentlich zusammen. Im Ausschusse könnte aber wohl eine Form des Vertrages gefunden werden, welche die Firma an der rigorosen Ausübung der Zensur zu hindern vermag. Ich beantrage, einen Ausschuss von 10 Personen einzusetzen.

Stadtver. Jacobi (N. L.): Während der ganzen zehn Jahre ist doch nur eine einzige Beschwerde hierher gelangt; hätte die Stadt die Regie, so würden Hunderte und Tausende in den 10 Jahren an uns gekommen sein. Vor 10 Jahren brauchten wir auch keinen Ausschuss, weil die Sache damals so klar lag wie heute; wir werden auch heute wieder die Vorlage ohne Ausschuss annehmen.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt. Ebenso der Antrag auf Übernahme in städtische Regie. Auch die beantragten Änderungen zum Vertrage bleiben in der Widerbeit. Die Verpachtung auf 10 Jahre an die Firma Kauf u. Hartmann wird mit großer Mehrheit beschlossen.

Ueber eine Petition des Kaufmanns Richard Biege um Niederlegung oder Ermäßigung von Umsatzsteuer berichtet

(Stadtver. Druns (Soz.). Ueber die Petition wird zur Tagesordnung übergegangen.

Auf Grund des Kommunalabgabengesetzes § 9 will der Magistrat die Besitzer der Grundstücke Linienstr. 18-23, 24 und 25, Kleine Alexanderstr. 26-27a, Grenadierstr. 1a und 2 und Bartelstr. 14, die durch die

Niederlegung des Scheunenviertels

Vorteile erlangt haben, zu Beiträgen zu der Kosten der Niederlegung heranzuziehen. Unter Abstandsnahme von der Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Vorteile, die in der Beseitigung der früher diesem Quartier anhaftenden Uebelstände und in der Schaffung neuer breiterer Verkehrswege bestehen, soll nur der Wertzuwachs getroffen werden, der durch die Möglichkeit des Höherbaues gegeben ist und den die Tiefbaudeputation auf 212 457 M. berechnet hat. Davon sollen 75 Proz., also 159 844 Mark, zur Einziehung gelangen und spätestens nach zehn Jahren fällig sein.

Stadtver. Grawald (Soz.): Nach der Vorlage sollen den Anliegern 25 Proz. erlassen werden, weil sie durch das lange Brachliegen des Geländes Schaden gehabt haben. Wenn wir das auch teilweise zugeben, so überwiegen doch die durch die Wiederbebauung entstehenden Vorteile. Es scheint daher nicht angebracht, diesen Teil zu erlassen, noch viel weniger, daß von anderer Seite beantragt wird, den Anliegern überhaupt jeden Beitrag zu erlassen. Einzelne der Anlieger wollen ja sehr große Nachteile gehabt haben, aber das kann für uns nicht durchschlagend sein.

Stadtver. Gronewald: Wir halten dafür, daß § 9 des Kommunalabgabengesetzes hier nicht angewendet werden darf. Wir empfehlen Ausschussberatung. Einzelne Anlieger sind tatsächlich so herunter, daß sie vielleicht nächstens die Armenpflege in Anspruch nehmen müssen.

Stadtver. Kufmann (Fr. Fr.) befürwortet ebenfalls Ausschussberatung, die Gelegenheit gebe, jeden Einzelfall sorgfältig zu prüfen. Es wird demgemäß beschlossen.

Der im Etat für 1910 stehende Posten von 150 000 M. zur Beschaffung von Lernmitteln für bedürftige Kinder

ist infolge Einführung der neuen Lesebücher und infolge einer nicht unerheblichen Zunahme der Anträge auf Bewilligung freier Lernmittel bereits bis auf 7000 M. aufgebraucht. Der Magistrat sucht um Bewilligung weiterer 20 000 M. nach, die dem Dispositionskontingente entnommen werden sollen.

Stadtver. Manasse (Soz.): Die Begründung der Vorlage spendet den Schulkommissionen großes Lob. Im Haushalt des Berliner Arbeiters ist die Versorgung der Schulmittel für die Kinder ein sehr wesentlicher Faktor. Gerade auf dem Gebiete des Lernmaterials empfiehlt sich die Kommunalisierung ganz besonders; dann könnte auch sparsamer gewirtschaftet werden. Es spielt hier nicht nur der Nutzen der Verlagsbuchhandlungen, sondern auch der der kleinen Detailhandlungen mit, die sich auch nicht mit weniger als 25 Proz. und einem Freizugentwurf auf zehn Wiederbehalten. In bezug auf die Bücher sollte auch eine größere Einheitslichkeit in dem Stadtbezirk herrschen. Der Vorwurf, daß die Uniformierung des Inhalts dem geistigen Wettbewerb der Verfasser Eintrag tun würde, könnte durch Schaffung von Schulkreisen beseitigt werden. Wie dem Reduzenten, muß auch dem Schulkreuzen sein Verbandswerkzeug gegeben werden: Zur freien Schule die freien Lernmittel! Die Kinder werden das städtische Eigentum mit ganz besonderer Sorgfalt schätzen; es würde somit auch erzieherisch gewirkt werden. In der Schweiz herrscht die allgemeine Volksschule, und den Kindern wird dort allgemein das unentgeltliche Schulbuch gegeben, da leistet der Kantonalgeist einmal etwas besonders Gutes.

Stadtver. Selberg: Wir sind gegenzuziehen, bestimmte Bücher zu nehmen, die uns von der Aufsichtsbehörde vorgeschrieben werden. Der Vergleich mit den Soldaten stimmt doch nicht; die Soldaten bekommen auch die Nahrung und Kleidung vom Staate.

Stadtver. Manasse: Vielleicht gelingt es dem „gezwungenen“ Magistrat, einmal die Mehrheit der Versammlung für eine Änderung zu gewinnen. Bei dem Erwerbe des Verlagsrechts durch die Stadt hätte jedenfalls die Behörde nichts mitzureden.

Die 20 000 M. werden bewilligt.

Für die aus der Versammlung geschiedenen früheren Stadtverordneten Dr. Breuß und Runge sind Ersatzwahlen in eine Reihe von Ausschüssen, Deputationen und Kuratorien zu vollziehen. Auch Stadtver. Kelle (N. L.) hat seine Mitgliedschaft in einigen dieser Körperschaften aufgegeben. Es werden u. a. gewählt: in die Schuldeputation Stadtver. Deutsch (Soz.-fortsch.), in die Steuerdeputation Stadtver. Marggraff (Soz.-fortsch.), in den Petitionsausschuss Stadtver. Ulstein (Soz.-fortsch.).

Der Müllabfuhrplatz I hinter den Grundstücken Müllerstr. 47/80, neben dem Gelände der ehemaligen Abdeckeri, soll nutzbar gemacht und der Müllberg abgefahren werden. Es sind rund 300 000 Kubikmeter Hausmüll zu bewegen, die der Unternehmer Gramens für 1,75 M. pro Kubikmeter abfahren will. Die Bewilligung von 530 000 M. für diesen Zweck sucht der Magistrat nach; aus der Veräußerung des Terrains hofft er, auch unter den ungünstigsten Bedingungen, weit über 2 Millionen M. Reingewinn zu erzielen.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Nach dreijährigen Verhandlungen mit dem Forstfiskus ist der Magistrat nunmehr in der Lage, der Versammlung den

Ankauf der Wuhlheide

vorzuschlagen, deren Wert auf 29 Millionen Mark geschätzt ist. Die Stadt soll für den Quadratmeter 2 M. zahlen.

Stadtver. Gelland (N. L.) spricht seine Sympathie für die Vorlage aus, hält aber Ausschussberatung für nötig.

Stadtver. Wenzl (Soz.): Im großen und ganzen erscheint und die Vorlage begrüßenswert und zur glatten Annahme geeignet. Nach den reiflichen Erwägungen auch in der Wasserwerksverwaltung glauben wir, daß noch bestehende Bedenken sehr wohl schon jetzt zerstreut werden können. Der Hauptzweck der Erwerbung ist die Sicherung eines großen Geländes für unsere Tiefbrunnen, sowie die Schaffung eines großen Waldgebietes und eines großen Volksparkes. Unter diesen Voraussetzungen ist der Preis von 2 M. pro Quadratmeter annehmbar. Bedenken können nur aufkommen, soweit es sich um den Preis für Baugrund handelt. Von unserem Standpunkt aus denken wir nicht daran, das Gelände später etwa für industrielle Zwecke zu verkaufen; daher kann und der Preis von 20 Millionen nicht schaden. Ursprünglich bewertete der Fiskus die Wuhlheide zu 30 Millionen; unsern Magistratsunterhandlungen ist es zu danken, daß sie diesen Preis um 10 Millionen gedrückt haben, so daß wir ihnen unsere Anerkennung und unseren Respekt für ihre Tätigkeit erweisen können. Es ist auch erreicht worden, daß die Wuhlheide nicht in den Zwangsverband aufgenommen worden ist. Die ganze Wuhlheide soll nach unserer Ansicht ein Naturpark sein und bleiben; wir wollen sie nicht durch industrielle und gewerbliche Unternehmungen und Einrichtungen verschandeln lassen. Wir glauben auch nicht, daß bei einem Wiederverkauf erhebliche Gewinne zu erzielen sein werden. Gerade im Interesse der zahlreicheren Bevölkerung des Ostens begrüßen wir den Ankauf dieses Waldes mit besonderer Genugtuung; wir schaffen hier im Osten der Stadt Berlin neue Lungen, und die wollen wir auch erhalten wissen. In dem Volkspark empfehlen wir Luftbäder, Sport- und Spielplätze anzulegen. Die Hauptsache aber ist das ideale, tadellose Wasser, was wir aus der Wuhlheide schöpfen. Ein frisches, gesundes, schmackhaftes Trinkwasser, wie es dort zu schöpfen ist, glauben wir im Kampf gegen den Alkoholismus nicht entbehren zu können. Das Wasser ist wegen seiner Härte besonders zuträglich; wir müssen jedes Mittel fördern, das irgendwie dazu beitragen kann, das Blut des Körpers so zu gestalten, daß es zu dem festen

Bau des Körpers wertvolle Bausteine beiträgt. Von 1900 bis 1909 sank die Sterblichkeit in Berlin von 18,90 auf 15,12; das ist zu einem sehr wesentlichen Teile unserer vorzüglichen Wasserversorgung zu verdanken. Diese Zahlen beweisen, daß geradezu in den Jahren des Umbaus in Grundwasserwerke die Sterblichkeit erheblich zurückging. Der Härtegrad des Wuhlheidewassers ist 11, das der Müggel nur 6,4. Je weicher das Wasser, um so kränker und schwächer die Menschen. Nicht von besonderem Vorteil ist hartes Wasser freilich für unsere Dampfkessel, aber die hygienischen Gesichtspunkte stehen uns höher. Die Vorlage ist nach allen Richtungen hin- und stichfest; sie könnte also ohne Ausschussberatung passieren.

Stadtver. Herzberg (Fr. Fr.): Die Freude über die Vorlage liegt für uns nicht nur in dem Vorteil für unsere Wasserversorgung, sondern vielmehr in der Möglichkeit für uns, dicht vor den östlichen Toren Berlins ein Waldareal von 2200 Morgen zu erwerben, das unserem Plänenwald am jenseitigen Spreewer benachbart ist. Wir wissen allen Beteiligten Dank. Die Wasserversorgung Berlins wird durch den Ankauf der Wuhlheide eine große Förderung erfahren; handelt es sich hier doch um eine Wasserwerksanlage, die etwa dem Wasserbedarf von ganz Westfalen entspricht. Auch wir würden die Vorlage ohne Ausschuss annehmen.

Stadtver. Goldschmidt: Der geplante Zwangsverband soll doch auch den anderen Vorortgemeinden den Wald- und Wiesengürtel um Berlin herum erhalten, und jetzt unmittelbar vor seinem Anlebensreten, soll Berlin aus eigener Tasche kaufen, was zu laufen Sache des Verbandes wäre! Das muß doch in einem Ausschuss erörtert werden. Eventuell wäre das Geschäft zu vertagen, bis wir mit dem Zwangsverband ins Reine gekommen sind. (Widerspruch.) Die Vorortgemeinden belasten den von uns dort zu Volkspark verwerteten Grundbesitz mit ungeheuren Steuern und nehmen die vitalsten Interessen der Stadt Berlin gar keine Rücksicht. Ueber den Härtegrad des Wassers sind neuerdings doch Klagen laut geworden. Jedenfalls haben wir keinen Anlaß, in einem Augenblick, wo wir so schlecht behandelt werden, eine solche Vorlage glatt anzunehmen.

Stadtver. Marggraff: Gegen die Ausführungen des letzten Redners muß ich ganz entschieden Stellung nehmen. Wir verfolgen hier nicht Zwecke, die der große Zwangsverband zu verfolgen hätte. Das Terrain fällt gar nicht in dessen Bereich; es ist von ihm ausgeschlossen und wird nie in ihn einbezogen werden. Der Magistrat hat ganz besonderes Gewicht darauf gelegt, dieses Areal für sich zu erwerben und keinen fremden Herrn darauf zu dulden. Es ist zugefugt, daß daraus ein selbständiger Gutbezirk gebildet wird. Auf keinen Fall sollte die Entscheidung bis zur Lösung der Zwangsverbandsfrage hinausgeschoben werden.

Stadtver. Dove (N. L.): Wir untererleits wollen auch die Sache weder verzögern noch verhindern. Aber die Debatte hat doch schon gezeigt, daß noch manches für und wider zu erwägen ist, was besser in einem Ausschusse geschieht.

Die Niederlegung eines Ausschusses wird beschlossen. Schluß der öffentlichen Sitzung 1/2 8 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnenschutz in Oesterreich.

Oesterreich hat noch immer den elfstündigen Normalarbeitstag, und überall dort, wo die Arbeiterchaft unorganisiert ist, hängt es nur von den Unternehmern ab, wie lange am Tage sie nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen ausbeuten. In, infolge des Umstandes, daß die Arbeiterinnen nur in geringem Maße gewerkschaftlich organisiert sind, werden sie gar oft selbst dort, wo die Männer nur 9 oder 9 1/2 Stunden arbeiten, zu längerer Arbeit gezwungen. Bekannt ist das Ueberstundenwesen in der Konfektions-, Putz- und Lederwarenindustrie. Gar oftmals ist es frühe Nacht, wenn die Arbeiterinnen ihren Arbeitstag, der nicht elf sondern zwölf und auch vierzehn Stunden betragen hat, beenden. Saisonweise pflegt man da abschließend zu sagen, als ob das eine Verechtigung wäre, mit der Gesundheit und Entwicklung oft noch ganz junger Geschöpfe Raubbau zu treiben. Oesterreich aber ist das Land, wo trotz allem sozialpolitischem Aufschwung auch die Arbeit der Frauen noch zu Recht besteht. Die österreichische Gewerbeordnung verbietet zwar die Frauennachtarbeit, aber sie macht Ausnahmen, z. B. für die Lederindustrie. In dieser dürfen die jungen Mädchen mit Zustimmung des Handelsministers und des Ministers des Innern noch bei Nacht arbeiten. Ueber die Greuel der Arbeit in den Zuderfabriken ist jaon viel geschrieben worden. Man weiß, daß bei den hohen Temperaturen, die dort herrschen, die Arbeiter und Arbeiterinnen alle nur halbwegs entbehrlichen Kleidungsstücke von sich werfen — schweißtriefenden Körper Männer und Frauen einträchtig arbeitend, damit der Profit der Zuderbarone sich mehre. Aber siehe da! Diefem schönen Streben droht Gefahr. Die Verner Vereinbarung hat bekanntlich alle Staaten die ihr beigetreten, verpflichtet, die Frauennachtarbeit gesehlich abzuschaffen. Oesterreich, das katholische Oesterreich, hat aber Zeit. Erst in letzter Stunde gelang es dem Abgeordnetenhaus, das Gesetz zu beschließen und damit dem Eintreten der sozialdemokratischen Abgeordneten wurde das von der Regierung vorgelegte Gesetz verbessert. Die Regierung wollte die Nachtarbeit nur zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens verbieten, die sozialdemokratischen Abgeordneten haben durchgesetzt, daß es heißt, von 8 Uhr abends an. Die Regierung wollte für Mädchen von über 16 Jahren an 60 Tagen im Jahre eine Ausnahme erlauben, den Sozialdemokraten gelang es durchzusetzen, daß nur an 40 Tagen Ausnahmen und nur für Mädchen die über 18 Jahre sind, gestattet werden. Am 1. Januar d. J. sollte das Gesetz in Kraft treten, mit Ausnahme der Zuderfabriken. Nach dem Wunsch der Regierung sollte diesen bis 1918 das Privilegium gewahrt bleiben, Frauen bei Nacht auszubenten, aber auch hier gelang den Sozialdemokraten eine Verbesserung, es wurde das Jahr 1915 als Endtermin festgelegt. Knapp vor Weihnachten sollte das Herrenhaus dem Gesetz seine gnädige Sanction geben, doch alle die „Edlen“, Hochgeborenen und Mächtigen sehen die Notwendigkeit nicht ein, jungen Mädchen bei Nacht das Recht auf Schlaf zu sichern. Auf Antrag des Sekretärs des Zuderfortells, eines Herrn Gomolla — der Name ist tollsch berühmt geworden — wurde das Gesetz an die Kommission zurückverwiesen.

Diese Handlung ist um so bemerkenswerter eben jetzt, wo die Streikfront des Professors Gruber in München gegen die Frauenbewegung noch immer von sich reden macht. Die Herren im österreichischen Herrenhause geben gewiß in ihrer überwiegenden Mehrheit Gruber recht, wenn er gegen die geistige und politische Betätigung der Frauen spricht, den Standpunkt würden sie aber wohl ihm, wie jedem anderen klar machen, der wagt, die Frauen nur ein wenig der Ausbeutung zu entziehen, um ihnen die Möglichkeit zu sichern, einstens gesunde Mütter lebensfähiger Kinder sein zu können. Der Profit, die billige Arbeitskraft, steht den Unternehmern höher als alle idealen Güter der Nation und alle Sorgen um die Fortpflanzung. — Die österreichische Arbeiterchaft wird diese arbeiterfeindliche Haltung des Herrenhauses nicht ruhig hinnehmen und auch die Arbeiterinnen werden nicht veräumen, an dem Kriege gegen die durch Geburt und Besitz Bevorrechteten lebhafte Anteil zu nehmen.

Verfassungen.

Im fünften Wahlkreis fand am Dienstag abend eine gut besuchte Volksversammlung statt, die nach den Königssätzen, Neue Königstrage, einberufen war. Frau Luise Biege hielt einen

Vortrag über den Wohl- und Gleichheitswert in Deutschland und tief besonders die zahlreich anwesenden Frauen zum Protest gegen die herrschende Sozialpolitik auf. Mit Beifall wurde ihre scharfe Kritik an der sogenannten Finanzreform, die sie eine unerschämte Ausraubung des arbeitenden Volkes nannte, aufgenommen. Sehr aufmerksam folgten die Versammelten den weiteren Darlegungen der Rednerin, als sie zeigte, wie die Lebenshaltung des Volkes durch die Politik der herrschenden Klassen herabgedrückt wird, und wie zugleich jedes Bestreben der Arbeiter und Arbeiterinnen, einen Ausgleich durch eine Erhöhung der Löhne zu schaffen, brutal bekämpft wird, wobei sie an die Nothdürftigen Vorgänge erinnerte. Die Rednerin schloß mit einem leidenschaftlichen Appell, den sie in erster Linie an die Frauen richtete, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen und deren Bestrebungen zu unterstützen, damit eine Forderung der Verdienstfrage zum Wohl des Volkes herbeigeführt werden könne. (Schlußwort Beifall.)

Zur Diskussion meldete sich nur ein Redner, der den Versammelten die Konsumgenossenschaften und Produktionsbetriebe der Arbeiter zur Unterstützung empfahl.

Die Vorsitzende, Frau Holzappel, sprach in ihrem Schlußwort den Wunsch aus, daß sich auch durch diese Versammlung wieder neue Streiter und Streiterinnen für die Sache des Sozialismus gewinnen lassen möchten, um die Reihen der Partei stetig zu festigen und zu stärken.

**Der Zentralverband der Handelsgeschiften und die Kaufmannsgerichtswahlen.**

Am Dienstag hatte der Zentralverband der Handelsgeschiften nach den Germaniafällen eine öffentliche Versammlung einberufen, die zur Einleitung der Wahlbewegung diente. Sie war recht zahlreich besucht. Als Referent sprach der Reichstagsabgeordnete Eichhorn, der in einem scharfen Vortrag darlegte, wie wichtig die am 12. Februar stattfindenden Wahlen für die Handelsgeschiften und auch für die Handelsgeschiften seien, die ja leider das Wahlrecht nicht besitzen. Es wird jetzt der Versuch gemacht, zu den vielen bestehenden wiederum eine besondere Handelsgeschiftenorganisation zu schaffen, und zwar im Anschluß an den Verband der technischen Beamten. Vertreter dieser neuen Gründung hatten am Eingange des Saales ihr Wort: „Der kaufmännische Angestellte“ verteilt. Der Redner erklärte, ein solches Unternehmen, die Spaltung in der Handelsgeschiftenorganisation noch mehr zu erweitern, könne nicht schief genug beurteilt werden. Einmütigkeit, Geschlossenheit und Opfermut für die Ziele der Bewegung seien vor allem notwendig. — An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in der zu eifriger Beteiligung an dem nun eröffneten Wahlkampf aufge-

fordert würde. Im übrigen erklärte sich die Versammlung einstimmig für eine Eingabe an den Reichstag, worin darum ersucht wird, daß man es hinsichtlich der Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht bei den Beschäftigten der ersten Leistung belassen möge, so daß die Gehaltsgrenze auf 2500 M. und nicht, wie jetzt vorgeschlagen wird, auf 2000 M. festgesetzt werde.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die lustliche Ezechunde Andes Lindenstraße Nr. 60, born hier Treppen — A n d e s —, wochentags von 11 bis 7 Uhr abends, Sonnabend von 11 bis 6 Uhr nachmittags hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstab und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Billig können Trauer man in der Ezechunde vor.

**Ratur 99.** 1. Ja, Wanderpost, nicht Kaffakultur. 2. Bis 4. Wir sind darüber nicht informiert. Fragen Sie direkt bei der genannten Zeitschrift an. — **Unmodern 1800.** 1. Ja, wenn von seinem geistlichen Vertreter die schriftliche Erklärung abgegeben wird, daß ein anderer Beruf gewählt ist, nach vorheriger vierwöchentlicher Kündigung. 2. Bis 5. Die Fragen lassen sich nur bei Kenntnis der Art des Betriebes und der Anzahl der Beschäftigten beantworten. — **M. R. 23.** Fragen Sie bei dem Rudersfuß „Vorwärts“ Straalen, Linnestraße, an. — **Berlin 101a.** 1. Sie müssen den Hauswart zur Beilegung des Unfalls unter Setzung einer angemessenen Frist auffordern unter der Androhung, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist räumen werden. Dementsprechend können Sie dann auch handeln, wenn Sie Ihre Behauptungen beweisen können. Die Setzung eines Arztes ist zweckmäßig. 2. Capriot und Hohenlohe. 3. Romanfiguren. 4. Ja. — **B. S. 36.** 1. Nein, wenn Sie an dem Zustand des Apparats kein Verhängen trifft. 2. Ja, unter derselben Voraussetzung. 3. Das hängt vom Vertrag ab. Ist nichts bestimmt: Nein. — **J. S. 7.** 1. 10 bis 15 M. 2. Ja, bis zur Deckung seiner Ansprüche. — **B. S. 29.** Nicht verjährungslos. — **J. 100.** Nein. — **G. S. 27.** Ja, für die Zeit bis Ende Dezember 1910. — **A. R. 27.** 1. Ja. 2. Ja. Nachfrage bei der Gefängnisverwaltung. — **S. S. 32.** Ja, sofern Sie mit mehr als 1000 M. Jahreserwerb eingeschätzt sind. — **C. S. 13.** In beiden Fällen: ja. — **Geizhals.** Wir raten, bei der Zentral-Kommission der Ostpreussischen Angelegenheiten, 500. Kein. Reklamieren Sie sofort. — **B. S. 100.** Unmonatlich spätestens bis zum 15. zum 1. künftigen Monats, falls der Mietzins nach Monaten bemessen ist. — **G. 4.** und **A. S. 50.** Ja, in der Zeit von 10 und 6 Uhr wenn im Niedersatz nichts anderes vereinbart ist. — **Clit. 20.** Auf Anordnung des Kassensachverwalters mit Genehmigung des Kassenvorstandes. — **C. S. Rixdorf.** An den Magistrat. — **S. Peters.** Durch eigene Erklärung beim Amtsgericht. — **M. S. 25.** Nein. Nur eine der beiden Renten, und zwar die höhere. — **S. R. 20.** Wir halten Sie nicht für verpflichtet, Ihren Aufenthaltsort anzugeben. Sollten Sie eine Verfügung der Ortsbehörde bekommen, so wenden Sie sich nochmals an uns. — **S. Seyler.** Kato-Dammstraße etwa 135, Werde-Dammstraße etwa 725, Kato-Droschken etwa 610 für Berlin, etwa 1800 für Groß-Berlin. —

**Paul 10.** 1. Ja. 2. So lange, wie es Ihnen beliebt. 3. Nur dann, wenn Sie unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen. — **A. S. 33.** 1. Ja. 2. Wegen Artums, Drohung und Täuschung, jedoch nur innerhalb 6 Wochen. Die Frist beginnt im Falle der Anfechtbarkeit wegen Drohung mit dem Zeitpunkt, in welchem die Zwangsmaßnahme, in den übrigen Fällen mit dem Zeitpunkt, in welchem die Anfechtungsberechtigte von dem Anfechtungsgrund Kenntnis erhält. — **A. S. 100.** Zusammen 17 R. — **H. G. Weigand-Her 9.** Ihre Ansicht ist die richtige. — **W. S. 26.** 1. Das läßt sich nur durch einen Legator feststellen. 2. Nein. 3. Ja, nach dem Ableben der Mutter, sofern der gesetzliche Vorkaufsrecht verlehrt ist. — **Joseph Harringer.** Wenden Sie sich an das Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihre Mutter den letzten Wohnsitz gehabt hat, mit dem Antrag auf Vermittelung der Auseinandersetzung. — **B. S. 1000.** Nein. — **M. S. 211.** Die Frau kann ihren Familiennamen wieder annehmen. Sie begibt sich am zweckmäßigsten, unter Mitnahme des Scheidungsurteils, zu einem Notar. — **W. 1911.** 1. Auskunft ja. Im übrigen steht ihm nur der Ringen zu. 2. Nach ihrer Darstellung nicht. — **M. 1000.** Das Geschäftsinventar und die Wirtschaftsgüter können zur Sicherheit für die Forderung der Gläubiger übereignet werden. — **A. S. 37.** 1. Sie können, wenn der Mietzins nach Monaten bemessen ist — nicht gleichbedeutend mit den Zahlungsterminen — abmonatlich bis 15. zum 1. kommenden Monats kündigen. 2. Nein. — **B. S. 3.** 1. Vollzugsbehörde in Stuttgart. 2. Nein. — **G. 500.** Wenden Sie sich an Bild. Dins. Berlin, Pringelstr. 68 IV, den Vorständen der Ostpreussischen Krankenkasse für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. — **Vudwig 166.** Fordern Sie den Eigentümer unter Setzung einer Frist zur Klärung des Abfalls auf unter der Androhung, daß Sie nach Ablauf der Frist das Rad durch einen Gerichtsvollzieher beschlagnahmen lassen werden. Nach Ablauf der Frist können Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Verwertung beauftragen. Der Versteigerungstermin darf aber nicht früher als 1 Monat nach Empfang der Auforderung stattfinden, auch muß der Eigentümer vom Versteigerungstermin Kenntnis erhalten. — **M. S. 22.** 1. Die Unterhaltspflicht. 2. Ja, soweit sein Verdienst ausreicht, und die Mutter ohne Erwerb ist, bauend. 3. Ja. 4. Der Abzug ist unbegründet. — **S. S. 100.** 1. Ja, wenn nicht in der Amtszeit das Dienstjahr beendet ist. 2. Nein. — **S. S. 4.** 1. Verjährungsfrist besteht nicht. Sie soll sich an die Ostpreussische Krankenkasse für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, Pringelstr. 68 IV, wenden. 2. Das Vormundschaftsgericht anrufen. 3. Ein Jahr. — **W. W. 1001.** Wenden Sie sich an den Direktor der Berliner Tischlerlehre Gustav, Bernauerstr. 2. — **W. 100.** 1. Dem Gut gegenüber derjenige, der mit diesem einen Vertrag geschlossen hat. Ob der Verein ersatzpflichtig ist, kann aus Ihren Angaben nicht beurteilt werden. 2. Ja. — **Kochhausstraße 30.** Die Ehrenbeize besteht. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Konfessionen lassen sich im Rahmen des Brelitentums nicht behandeln. — **G. S. 1000.** Sie sind nicht mehr neuerechtlich. Reklamieren Sie sofort. — **G. Weizner.** Ausweis der Heimatsbehörde über Ihre Staatszugehörigkeit. Kosten 150 M., bei Bedürftigkeit Ermäßigung. — **W. S. 6.** So wie es Ihnen beliebt. — **A. S. 97.** Teilstellen weisen wir nicht nach. — **B. S. 71.** Vom 1. Juli 1909 ab. — **M. S. 100.** 1. Selbständiger Gewerbetreibender, der mehr als 1500 M. Reinerwerb hat, oder bei dem das Anlagekapital mehr als 3000 M. beträgt. 2. Rapskat. — **B. R. 100.** Unentgeltlich. — **M. W., Rixdorf.** Am 1. Januar 1912.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Frankfurter Viertel, Bezirk 305.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der stähler Hermann Feigentreu

gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

216/7 **Der Vorstand.**

Am 4. d. Mts., nachmittags 1 1/2 Uhr, verschied nach kurzem Leiden mein lieber Mann

**Max Zabel**

im 52. Lebensjahre.

Dies zeigt um stille Beileid bittend an

Berlin, den 12. Januar 1911, Schulendorfer Str. 4,

**Anna Zabel geb. Agaciak.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße 44-45, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

224/5 **Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

**Karl Beyer**

am 2. Januar an Lungenerleidn gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 13. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Köpenicker Gemeinde-Kirchhofes in Köpenick aus statt.

Den Kollegen und Kolleginnen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, Fräulein

**Minna Krüger**

am 9. Januar verstorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Januar, nachmittags 1 Uhr, vom Schanzen, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstraße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

119/10 **Die Ortsverwaltung.**

**Annahmestelle von Frau Hofsch. Schulendorfer, Buchstraße 8 III.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Schwester

**Minna Krüger**

am Montag, den 9. Januar, freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 1 Uhr, vom Schanzen in Charlottenburg, Sophie-Charlottenstraße 6, aus statt.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliebrn zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rahmenmacher

**Paul Polenz**

am 10. Januar gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Rixdorf Gemeinde-Kirchhofes am Markender Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

77/11 **Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverband der Böttcher, Weinküter und Hilfsarbeiter Deutschlands** (Halle Berlin).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Gottfried Burisch**

am 10. d. Mts. im Alter von 44 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

**Der Vorstand.**

**Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.**

Der gemeinschaftliche Besuch der Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung findet erst am 19. Februar statt. Erörterung: Wandern durch den Grunewald. Treffpunkt: 11 Uhr Bahnhof Grunewald. 1/1

**Kaufe**

**Schuhcreme-Rezept.**

Der Rezept guter Schuhcreme-Rezept (Qualität wie Samm Wat) 75 Pfennig unter Aufsicht

**D. 550 an Haasenstein & Vogler A. G., Frankfurt a. M. 189/20\***

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer

**Hermann Feigentreu**

am 10. d. Mts. im Alter von 34 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

**Die Bezirksverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 8. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

**Todes-Anzeige.**

Am 11. Januar 1911 verstarb unser Genosse, der Holzer

**Max Zabel**

Schulendorfer Str. 4.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße 44/45, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

119/10 **Die Ortsverwaltung.**

Um rege Beteiligung ersucht

224/5 **Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

**Karl Beyer**

am 2. Januar an Lungenerleidn gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 13. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Köpenicker Gemeinde-Kirchhofes in Köpenick aus statt.

Den Kollegen und Kolleginnen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, Fräulein

**Minna Krüger**

am 9. Januar verstorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Januar, nachmittags 1 Uhr, vom Schanzen, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstraße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

119/10 **Die Ortsverwaltung.**

**Annahmestelle von Frau Hofsch. Schulendorfer, Buchstraße 8 III.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Schwester

**Minna Krüger**

am Montag, den 9. Januar, freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 1 Uhr, vom Schanzen in Charlottenburg, Sophie-Charlottenstraße 6, aus statt.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliebrn zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rahmenmacher

**Paul Polenz**

am 10. Januar gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Rixdorf Gemeinde-Kirchhofes am Markender Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

77/11 **Die Ortsverwaltung.**

**Schallplatten Verleih-Institut.**

Versand auch nach auswärt. Prospekt gratis und franko.

**Karl Borbs, Berlin 50, Neue Königstraße 38.**

**Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, n n r Mariannen-Straße 2.**

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**

**Filiale Groß-Berlin.**

Durch den Tod ist uns einer unserer Kämpfer, der Kollege

**Julius Penkuhn**

von der städtischen Kanalisation entziffen worden.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andrens-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

55/3 **Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer**

Bezirk V (Berlin).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenist

**Max Zabel**

Schulendorfer Str. 4, am 11. d. Mts. verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße 44/45, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

257/1 **Die Ortsverwaltung.**

**Ohne jede Anzahlung**

erklassiges Fabrikat

**Pianos**

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisanschlag.

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

**Berlin, Ansbacher Str. 1, Conrad Krause Necht,** Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

**Auch Sonntags geöffnet.**

**J. Neumann**

Berlin. Begründet 1850. Hamburg.

**Cigarrenfabriken.**

Ueber 200 Niederlagen in Deutschland.

Fehlfarben sind in Qualität den sortierten Cigarren ebenbürtig

**Tischlerverein. E. H. 89.**

Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Weichenstr. 15:

**General-Versammlung.**

Bericht vom 4. Quartal 1910, Jahresbericht, Wahl des Ausschusses, Festlegung des Tagesordnngs, Beschlußfassung über die Dampfpartie. Verschiedenes.

198/1 **Der Vorstand.**

Dressiere in nur 10 Tagen, schöner Ware:

**Nur ein Preis!**

**5 Gänse 0,70**

8-14 Pfund schwer.

**Nur allererste Qualität**

**Gänserümpfe, 1/2 Gänse.**

Stille Suppenbühner, Jag. Gänsefüßner.

**P. Wogner, 80., Mariannenstr. 34.**

**Wegen Abbruch unserer Geschäftsräume Alexanderstr. 12: Billiger reeller**

**Räumungsverkauf**

von

**Arbeiter-Berufskleidung!**

Große Vorteile für jeden Käufer.

Auf unsere bekannten billigen Preise geben wir jetzt noch einen

**Extra-Rabatt bis zu 25 Proz.**

**Kohnen & Jöring, Alexanderstr. 12.**

**Größtes Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.**

**Warnung!**

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.

Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:

**Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak**

(ges. geschützt 75 658).

Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.

**Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VII. 3861.)**



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Sonntag, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-  
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung!

## Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosensaal  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und  
jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der  
Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Die Werkstattvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge  
auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Montag, den 16. Januar 1911:

## Mitglieder-Versammlungen

Tages-Ordnung:

77/10

1. Vortrag.
2. Wahl der Delegierten für die General-  
Versammlungen.
3. Verbandsangelegenheiten.

Alle Mitglieder

müssen in diesen Versammlungen erscheinen.

## Ginseker.

Sonntag, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr:

## Bezirks-Versammlung für Südwesten und die südwestlichen Vororte

Schöneberg, Steglitz, Groß-Lichterfelde und Friedenau  
im Lokal von Wiemer, Bülowstr. 58.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro:  
Col. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1987

Sonntag, den 15. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:

## Branchen-Versammlung

der

110/6

## Fahrradmonteure und Helfer

Berlin und Umgegend

in den Prachtzügen der Buchdruckerei, Chausseestraße 64.

Tages-Ordnung:

110/6

1. Vortrag des Kollegen Busch über: „Gewerbegerichte“.
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher in Berlin anwesenden Kollegen ist  
unbedingt erforderlich, da äußerst wichtige Sachen vorliegen.

Die Ortsverwaltung.

# Sechster Wahlkreis!

Sonntag, den 15. Januar 1911, abends 6 1/2 Uhr, im  
„Moabiter Gesellschaftshaus“, Wicteffstr. 24:

## Öffentliche politische Versammlung

für Männer und Frauen.

Vortrag des Landtagsabgeordneten **Adolf Hoffmann:**

## Der Jugend gehört die Zukunft.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Tanz 30 Pf.

224/6\*

Der Einberufer: **H. Umlauf**, Wicteffstr. 16.

## Öffentl. Jugend-Versammlung

Freitag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr,

im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

1. Vortrag des Schriftstellers **Emanuel Wurm:**

„Reise ins Weltall“. — 2. Wahlen.

Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Erscheint zahlreich!

Der Einberufer.

288/13\*

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie  
direkt zu Engrospreisen  
in der Möbelfabrik

**H. Walter Inh.: Willi Maaß**, Brunnenstr. 35  
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur  
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

## Parteilokal.

Gr. Saal-Etablissement mit Garten  
bei Stettin, sehr stillem Betrieb,  
umständlicher zu verkaufen. An-  
zahlung 14-12 000 M. Anfragen  
unter: Restaurant Stettin, Postamt 6.

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr, in den Armuthallen,  
Kommandantenstr. 58/59:

## Versammlung

der Maschinisten, Heizer u. Bedienter der Warenhäuser  
Cich, Wertheim, Jandorf, Kaufhaus des Westens,  
Stein, Joseph usw.

Tages-Ordnung:

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Waren-  
häusern.

Erscheinen jedes einzelnen Kollegen ist notwendig.

145/1

Die Verwaltung.

## Orts-Frankenkasse

für das 26235

## Goldschmiedegewerbe

zu Berlin.

Sonabend, den 21. Januar 1911

abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Saal 3,

Engel-Ufer 15:

## Öffentliche

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 4 Arbeitnehmern in

den Vorstand für die Jahre 1911

und 1912.

2. Wahl von 2 Arbeitgebern in

den Vorstand für die Jahre 1911

und 1912.

3. Wahl von 3 Revisoren zur

Prüfung der Jahresrechnung für 1910.

4. Verschiedenes.

Die Einladungskarte legitimiert

zum Eintritt.

Der Vorstand.

J. A.: **Otto Alendinger**,

Vorsitzender.

## Gummiwaren

aller Art. Anfr. orb. Gummi-  
Grosso-Haus C. A. Grawald,

Charlottenbg.-Bln. 37, P.-A. 2

Versand nur an Private.

**Aufsehen erregend durch  
Eleganz, Form, Haltbarkeit**

**Jedes Paar  
Damen- oder  
Herren-Stiefel  
ohne Ausnahme  
ohne Ausnahmepreis.**

**„Schuh-Sport“**  
Gesetzl. Geschützt.  
Alleinverkauf  
für  
ganz Deutschland

**6 75 Mk.**

Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

Versand nach auswärts  
unter Nachnahme!

## Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche  
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort  
(setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben  
zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahme-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,  
bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

Vorwärtsleier erhalten fünf  
Tropfen Extrakt, selbst bei Ge-  
legenheitskäufen.

Teppich-Thomas, Dramen-  
Kasse 199, Dramenplatz; Rollen-  
Kasse 54, 19498\*

Gastrone, elegante, 10-, Fried-  
richstraße 192/193, III. Sommerbrd.

Bilder laufen die drei Abrit  
bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.

Teppiche! (jedierbote) in allen  
Größen, fast für die Hälfte des Wertes  
Teppichlager Brünn, Gabelsberger  
Markt 4, Bahnhof Börje. (Weser des  
Vorwärts\* erhalten 5 Prozent  
Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Viraners Nähmaschinen ohne An-  
zahlung, gebrauchte (pottdillig) Sta-  
ckerstraße 99, Waidmannstraße 67.

Die Grundbesitzer der Wirt-  
schaftslehre. Eine populäre Einfüh-  
rung von Julius Borchardt. Preis  
40 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-  
straße 69.

Kadfabrikanten. Wir empfehlen  
den Freunden des Radspors: Mittel-  
bachs Karte für Rad- und Motor-  
fahrer von Berlin und weiterer Um-  
gebung, auf Leinen gezogen Preis  
1,75 M. (zusammenlegbar). — Karte  
für Rad- und Motorfahrer von  
Brandenburg, auf Leinen gezogen und  
zusammenlegbar 2,50 M. Expedition  
des „Vorwärts“, Lindenstraße 69,  
Laden.

Teppiche, Portieren, Tüllkores,  
Gardinen, Steppdecken, Winterstoffe,  
Tischdecken, Bettdecken, Disandeden,  
pottdilliger Räumungsverkauf, Pots-  
damerstraße 109, Teppichhaus Konrad  
Pöcher, Vorwärtsleier Extrakt.

Waffen zu Hoed Duponts und  
Egismund Lacroix. Die wahre Ge-  
schichte des Christentums, von August  
Bellet. Preis 75 Pf., billige Ausgabe  
30 Pf. Expedition Lindenstraße 69,  
Laden.

Bücher des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Damenhemden mit handgestrich-  
ter Vase 1,15, Decandembden 1,15, Korn-  
malwische, Arbeiterhemden sowie  
elegante Reilmuster bis zur Hälfte  
des Wertes. Wäscheabrit Salomonstr.,  
Dirksenstraße 21, Alexanderplatz.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Monatsanzüge und Winter-  
paletots von 5 Mark sowie Hosen  
von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00,  
Fracks von 2,50, sowie für torpente  
Figuren. Neue Garderobe zu staunend  
billigen Preisen, aus Wandelreien ver-  
fallene Sachen kauft man am billigsten  
bei Rag, Puladstraße 14.

Sozialreform oder Revolution  
von Nola Luxemburg. Zweite durch-  
gesehene und ergänzte Auflage. Preis  
50 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-  
straße 69.

Teppiche (Korbenteller), Stepp-  
decken, Gardinen, Tischdecken, Tüll-  
bedecken, Liebergardinen, Sofa-  
kofferte (pottdillig) Fabriklager  
Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9,  
Flureingang. Vorwärtsleier zehn  
Prozent Sonntags geöffnet. 24888\*

Unferne aus dem Lämpel der  
Kultur. Satirebuch von Fritz  
Schwemmer. Verlag der „Leibniz“,  
Berlin. Preis elegant gebunden  
1,- Mark. Zu haben Buchhandlung  
Vorwärts. 10998\*

Gastrone, dreifachmig 4,50,  
Bronzestronen 7,50, Gaszuglampen  
7,00, Gaslampen 1,40, Gaswandarme  
0,55. Teilzahlungen gestattet. Kronen-  
lager Große Frankfurterstraße 92;  
Fikale Kavenstraße 6. 13018\*

Gerrenhäre, früher ein unbeden-  
kender Nebenartikel bei mir, geben  
jetzt enorm. Ich verkaufe (sowie  
Tugend als ich früher Stücke verkaufte.  
Ich bin aber auch sehr billig und  
schiere stets das Beste darin. Herr-  
mann Schäferinger, Turmstraße 35,  
Reinoldsdorferstraße 48. 18288\*

Damenhemden mit handgestrich-  
ter Vase 1,15, Decandembden 1,15, Korn-  
malwische, Arbeiterhemden sowie  
elegante Reilmuster bis zur Hälfte  
des Wertes. Wäscheabrit Salomonstr.,  
Dirksenstraße 21, Alexanderplatz.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Vorjährige elegante Gehrock-  
anzüge, Frackanzüge und Smoking  
aus feinsten Rohstoffen enorm billig.  
Verkaufhaus Germania, Unter den  
Linden 21. 17648\*

Gastrone, Gaszuglampen, Ju-  
welenverkauf, Sportpreise, Ruster-  
saal Reichensbergerstraße 1 (gegen-  
über Ritterstraße). 26326

Hermannplatz 6. Allerbilligste  
Händlerverkäufe. Winterpaletots,  
Jacketanzüge, Gehrockanzüge, Herren-  
böden, Belgisches Extrabilliger Bett-  
decken, Vermietungsgegenstände, Braut-  
arbeiten, Aussteuerarbeiten, Wäscheaus-  
wahl, Gardinenauswahl, Teppich-  
auswahl, Steppdecken, Wäscheaus-  
wahl, Tischdecken, Wandbühnen,  
Kleiderauswahl, Ringenauswahl,  
Schmuckfächer, Großherren aller-  
billigster Warenverkauf im Handlich-  
haus Hermannplatz 6. Auch Son-  
tags geöffnet.

Gastrone, dreifachmig 4,50,  
Bronzestronen 7,50, Gaszuglampen  
7,00, Gaslampen 1,40, Gaswandarme  
0,55. Teilzahlungen gestattet. Kronen-  
lager Große Frankfurterstraße 92;  
Fikale Kavenstraße 6. 13018\*

Gerrenhäre, früher ein unbeden-  
kender Nebenartikel bei mir, geben  
jetzt enorm. Ich verkaufe (sowie  
Tugend als ich früher Stücke verkaufte.  
Ich bin aber auch sehr billig und  
schiere stets das Beste darin. Herr-  
mann Schäferinger, Turmstraße 35,  
Reinoldsdorferstraße 48. 18288\*

Damenhemden mit handgestrich-  
ter Vase 1,15, Decandembden 1,15, Korn-  
malwische, Arbeiterhemden sowie  
elegante Reilmuster bis zur Hälfte  
des Wertes. Wäscheabrit Salomonstr.,  
Dirksenstraße 21, Alexanderplatz.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gestattet, circa 300 Seiten umfassen,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
30 Pfennige pro Band. Expedition,  
Lindenstraße 69, Laden.

Möbelangebot! Sofas, Garni-  
turen, Kleiderständer, Vertikals, Büffets,  
Schreibtische, Spiegel, Bettstellen,  
Küchenmöbel, Pianinos, ganze Ein-  
richtungen, pottdillig, große Ge-  
legenheit, Kleinauswahl, 5 Etagen,  
Möbelspeicher, Neue Rüstige, h.6.  
Koblenzstraße. Sonntags geöffnet.  
Teilzahlung gestattet. 240/7\*

Wirtschafts-Sachen sofort billig.  
Röhres Viehmannstraße 13, beim  
Bewalter. 26226

Elegantes Wäcker, ganze Ein-  
baumwirtschaft verläßlich Norddörfer-  
straße 4, Vielle. 173

38 Schlafzimmer! in allen Holz-  
und Eichen; 26 Speisezimmer,  
modern, römisch, romanisch, barock;  
17 Herrenzimmer; 8 Salons; 46  
komplette farbige Küchen verlaufe ich  
während meines Inventurverkaufs  
bis 30 Prozent billiger. Transport  
und Lagerung frei. Sämtliche für  
Verlobte. Wäckerabrit R. Dirichowig,  
Stallherstraße 25, an der Hochbahn.

Verkaufe (sowie): Elegantes  
Wäcker, Umbau, Ankleiderbrant,  
2 englische Bettstellen, Spiegelwä-  
schetische, Kleiderständer, Vertikal,  
Küchlein, Chaiselongue, Trümenau,  
Gastrone. Königbergerstraße 11,  
vorn 1 rechts bei Hüder. 8/5

Wäckerabrit! Sofas, Garni-  
turen, Kleiderständer, Vertikals, Büffets,  
Schreibtische, Spiegel, Bettstellen,  
Küchenmöbel, Pianinos, ganze Ein-  
richtungen, pottdillig, große Ge-  
legenheit, Kleinauswahl, 5 Etagen,  
Möbelspeicher, Neue Rüstige, h.6.  
Koblenzstraße. Sonntags geöffnet.  
Teilzahlung gestattet. 240/7\*

Wirtschafts-Sachen sofort billig.  
Röhres Viehmannstraße 13, beim  
Bewalter. 26226

Elegantes Wäcker, ganze Ein-  
baumwirtschaft verläßlich Norddörfer-  
straße 4, Vielle. 173

38 Schlafzimmer! in allen Holz-  
und Eichen; 26 Speisezimmer,  
modern, römisch, romanisch, barock;  
17 Herrenzimmer; 8 Salons; 46  
komplette farbige Küchen verlaufe ich  
während meines Inventurverkaufs  
bis 30 Prozent billiger. Transport  
und Lagerung frei. Sämtliche für  
Verlobte. Wäckerabrit R. Dirichowig,  
Stallherstraße 25, an der Hochbahn.

Verkaufe (sowie): Elegantes  
Wäcker, Umbau, Ankleiderbrant,  
2 englische Bettstellen, Spiegelwä-  
schetische, Kleiderständer, Vertikal,  
Küchlein, Chaiselongue, Trümenau,  
Gastrone. Königbergerstraße 11,  
vorn 1 rechts bei Hüder. 8/5

Wäckerabrit! Sofas, Garni-  
turen, Kleiderständer, Vertikals, Büffets,  
Schreibtische, Spiegel, Bettstellen,  
Küchenmöbel, Pianinos, ganze Ein-  
richtungen, pottdillig, große Ge-  
legenheit, Kleinauswahl, 5 Etagen,  
Möbelspeicher, Neue Rüstige, h.6.  
Koblenzstraße. Sonntags geöffnet.  
Teilzahlung gestattet. 240/7\*

Wirtschafts-Sachen sofort billig.  
Röhres Viehmannstraße 13, beim  
Bewalter. 26226

Elegantes Wäcker, ganze Ein-  
baumwirtschaft verläßlich Norddörfer-  
straße 4, Vielle. 173

38 Schlafzimmer! in allen Holz-  
und Eichen; 26 Speisezimmer,  
modern, römisch, romanisch, barock;  
17 Herrenzimmer; 8 Salons; 46  
komplette farbige Küchen verlaufe ich  
während meines Inventurverkaufs  
bis 30 Prozent billiger. Transport  
und Lagerung frei. S

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 22. Januar, mittags, werden in ganz Preußen Massenversammlungen stattfinden, welche sich mit der Wahlrechtsfrage beschäftigen sollen.

Flugblattverbreitung

borausgehen, die in Groß-Berlin entweder am Freitag, den 20. Januar, oder am Sonntag, den 22. Januar, vor Beginn der Versammlungen vorgenommen wird.

Wir eruchen, von anderen Veranstaltungen, welche mit diesen Protestversammlungen kollidieren könnten, abzusehen und für Massenbesuch zu wirken.

Der Aktions-Ausschuss.

Zur Lokalliste!

Zehlendorf-Wannseebahn. T. B. Der Rauchverein „Bruderkund“ feiert am Sonnabend, den 14. d. M., im Kaiserhof, Potsdamer Straße, einen Maskenball.

Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten!

Die Lokalkommission.

Steglitz. Sonntag, den 15. Januar, vormittags 8 Uhr in allen Bezirken Handzettelsverbreitung.

Lichtenrade. Sonnabend, den 14. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Wirtshaus Lichtenrade.

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Volksversammlung im Wirtshaus Lichtenrade (A. Deter). Tagesordnung: Die kommunalen Verhältnisse in unserer Gemeinde.

Weißensee. Am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, findet in Heinersdorf bei Stud eine Volksversammlung statt, in der Genosse Artur Stadthagen über: „Wieder mit der Realpolitik“ sprechen wird.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Frage der Eigenbetriebe der Gemeinden wurde in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten dreimal berührt. Die sozialdemokratische Fraktion war es, die immer wieder diesen ihren Grundgedanken vertrat.

Gegen den Plan eines Verkaufes des Scheunenviertelgeländes setzten unsere Genossen die Forderung, daß die Stadt dieses wertvolle Bauland in eigenem Besitz festhalten und es mit gesundheitsgemäßen Wohnhäusern bebauen sollte. Im Ausschuss, der die Magistratsvorlage zu beraten hatte, ist dieser Antrag unserer Genossen abgelehnt worden, er wurde aber gestern im Plenum von neuem eingebracht.

Zu der Vorlage über die Neubeurteilung des Anschlagwesens, die gestern in zweiter Lesung beraten wurde, hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, das Anschlagwesen in eigene Verwaltung der Stadt zu übernehmen. Für den Fall der Ablehnung hatte sie weiter beantragt, den Vertrag dann nur auf 5 Jahre statt auf 10 Jahre zu bemessen und der Firma Roud u. Hartmann die Ausübung der Plakatzensur möglichst zu erschweren.

Aus Anlaß der Nachbeurteilung von Mehrkosten der unentgeltlichen Lieferung von Vermitteln für bedürftige Schulkinder gab Gen. Manasse die Anregung, auch hier es mit der eigenen Regie zu versuchen. Ein Antrag wurde nicht gestellt, aber die Mehrheit ließ durch die Unruhe, mit der sie den Vorschlag aufnahm, deutlich genug erkennen, daß sie den Profit privater Unternehmer nicht antasten will.

Die Sorge um den Privatprofit wurde von der Mehrheit auch bei der Vorlage über die Beiträge zu den Kosten der Niederlegung des Scheunenviertels nachdrücklich betont. Gegen die Absicht, die Anlieger nicht in vollem Um-

fange zu den Kosten heranzuziehen, erklärte sich Gen. Ewald. Stadtv. Gronowaldt behauptete demgegenüber, manche dieser Anlieger seien so herunter, daß sie nächstens wahrscheinlich die Armenpflege in Anspruch nehmen müßten.

Einem Ausschuss wurde auch die Vorlage über den Ankauf der Buhlheide überwiesen. Die Bedeutung dieses Projektes wurde von unserem Genossen Weyl gewürdigt. Weniger begeistert äußerte sich Stadtv. Goldschmidt. Seine Bedenken wurden durch Stadtrat Marggraf widerlegt.

Spielratten.

In allen Spielkreisen an der Spree ist augenblicklich das Schlagwort „Monte Carlo in Berlin“ Trumf. Ein ebenso ingenioser wie spekulativer Kopf hat auf dem Brett einer hiesigen Spezialitätenbühne ein Stückchen Spielhölle etabliert und zeigt von weitem den für so etwas sehr empfänglichen Berlinern, wie man aus dem Handgelenk reich werden kann.

Berlin hat keine wirklichen, nicht theatermäßigen Spielhöllen genau so wie das goldene Paradies des Fürsten Albert von Monaco und des seligen Spielbankgründers Monsieur Blanc. Nur hat sich bei uns ziemlich nüchternen Spreathenern fürstliches Gottesgnadentum noch nicht dazu durchgerungen, aus der Spielleidenschaft für sich Kapital zu schlagen.

Uns können im allgemeinen die im Verborgenen blühenden Berliner Spielhöllen und der Windmühlentanz der Polizei gegen sie ziemlich kalt lassen. Das Geld, das hier verjast wird, hat gewöhnlich nicht hoch gelegen. Wie gewonnen, so zerronnen. Die Manager der hiesigen Spielhöllen, die Direktoren der verbliebenen mehr oder weniger feudalen Spielclubs sind meist recht gewissenlose dunkle Existenzen, die, genau wie der fürstliche Protektor von Monte Carlo, von der satanischen Spielleidenschaft Besitzender leben, und die Gruppisten, die den Lockvögeln immer wieder ins Garn gehen, sind allenfalls wegen ihrer Dummheit zu bemitleiden.

Klare Köpfe gehören heute zu anderen Dingen. Die arbeitenden Klassen haben nichts zu verpielen, nur zu gewinnen. Ihr Spiel-einsatz ist die Proletariatslehre, die Forderung nach menschenwürdigem Dasein, ihr Gewinn — die Freiheit.

Erfahrungssprache wegen der Moabitser Vorgänge.

Aus dem Rathaus wird berichtet: Aus Anlaß der Moabitser Vorgänge sind beim Berliner Magistrat insgesamt 201 Entschädigungsansprüche auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1880 betr. die Verpflichtung der Gemeinden zum Erlaß des bei öffentlichen Aufkäufen verursachten Schadens angemeldet worden.

Die Anlegung grüner Rosenstreifen in Straßenzügen. Der Berliner Magistrat berichtet: Die Anwohner einiger neuer Straßen im Norden Berlins sind in letzter Zeit wiederholt um Anlegung grüner Rosenstreifen auf den Mittelpromenaden der Schivelbeiner, Wichter-, Bornholmer und Wilsdörfer Straße bei den städtischen Behörden vorstellig geworden.

Bei den ersten Versuchen mit Anlagen dieser Art war übrigens nicht in erster Linie der Gedanke leitend, das Straßenbild zu verschönern, sondern man ver sprach sich von dieser Einrichtung ein lebhafteres Wachstum der Bäume in dem lockeren gewordenen Boden und einen Schutz auf der auf dem Mittelsteige sich tummelnden

Kinder. Da aber, wie schon oben erwähnt, die Anwohner in den Rosenstreifen nur ein Verkehrshindernis sehen, und da auch wegen der oft vier Reihen breiten schattenpendenden Bäume ein freundliches Gebeihen des Rasens von vornherein als ausgeschlossen gelten muß, man vielmehr trotz aller Bemühungen nur einen unbefriedigenden Eindruck erzielen würde, ist die städtische Parkdeputation davon abgesehen, in den genannten Straßenzügen Rosenstreifen anzulegen; dafür wird man aber besonderen Wert darauf legen, daß schöne große Baumalteen herangezogen werden.

Ein neuer Stellenwindel wird augenscheinlich von einer internationalen Schwindlergesellschaft in Szene gesetzt. Einer Anzahl Personen ist aus Amerika ein Brief zugetragen worden, in dem sich ein mit der Schreibmaschine hergestelltes Osterschreiben befindet. Das Schreiben trägt einen auffallenden Adressenklopp mit der Firma: „M. A. Winter u. Co., Washington.“

Auf der Ostseereise vom Tode überrascht wurde vorgestern eine 32 Jahre alte Russin, eine geschiedene Frau Kathilde Treu, geborene Strabin, aus Riga. Die Frau hatte sich mit einem Bäcker R. verlobt. Das Paar wollte sich in England traufen lassen und befand sich auf der Reise nach London, als die Frau im Eisenbahnwagen schwer erkrankte.

Ein schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich gestern früh gegen 1/7 Uhr an der Ecke der Vollenkranz- und Vergmannstraße. Dort fuhr ein Zug der Linie 99 auf einen eben die Haltestelle verlassenen Zug der Linie 41 mit solcher Gewalt auf, daß sowohl Motor- wie Anhängewagen der letzteren Linie mit beiden Achsen aus den Schienen sprangen.

Ein weiterer Strohdenkmalfall ereignete sich gegen 4 1/2 Uhr am Kaiserforst. Dort geriet der Kaufmännische Emil Wäter aus der Elsfasser Straße 52 zwischen einen Straßenbahnwagen der Linie 82 und einen Rollwagen der Firma Diekert. Der Verunglückte erlitt schwere Unterschenkelquetschungen und Knochenzerrungen und mußte nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft werden.

Keine Bebauung des Flugplatzes Johannisthal. Die Meldung, daß für den Flugplatz Johannisthal bereits ein Bebauungsplan aufgestellt ist, hat vielfach zu der irrigen Annahme geführt, daß das Feld seiner jetzigen Bestimmung entzogen werden soll.

Aufführung der Tragödie einer Mutter. Wie wir gestern unter „Letzte Nachrichten“ mitteilten, wurden gestern eine Frau und ihre beiden Kinder als Leiden bei Mitleben aus der Untersee gezogen und nach dem Friedhofe in Schildhorn gebracht.

Frau Pohlit enterte sich am 5. November mit ihren beiden Kindern aus ihrer Wohnung, fuhr nach Breslau und von dort nach Berlin. Einige Zeit vor ihrem Fortzuge zeigte die Frau Spuren von Schwermut. In diesem Zustande muß sie den Entschluß gefaßt haben, sich und ihre beiden Kinder ums Leben zu bringen.

Die Uhrenschwindlerin Margarete Bornemann, von der in den letzten Tagen öfter die Rede gewesen ist, wurde gestern festgenommen. Die Gaunerin hatte sich vorübergehend bei einem Schankwirt aufgehalten, diesem erzählt, daß ihr aus Leipzig erwartetes Geld ausgeblieben sei und ihm eine Steuerquittung abgeschwindelt, damit sie einige Verflachen besorgen und sich dem Pfandleiher ausweisen könne.

Einsbrecher haben in den letzten Tagen wieder an mehreren Stellen gehaucht. In der Chausseestraße kantelten sie vormittags die Wohnung eines Offiziers auf, der sich im Dienst befand. Sie durchsuchten alles gründlich, beschränkten sich aber darauf, für 600 M. Zivilkleider mitzunehmen.

Der Schatz im Walde. Als Schatzgräber betätigten sich vorgestern mit Erfolg hiesige Kriminalbeamte in Grünau. Einem Apotheker aus der Wilhelmstraße wurde kürzlich eine Geldkassette mit 4000 M. und allen Familienpapieren entwendet. Der Verdacht fiel bald auf einen Hausdiener Lenz, der schon mehrfach bestraft ist.

Der Schatz im Walde. Als Schatzgräber betätigten sich vorgestern mit Erfolg hiesige Kriminalbeamte in Grünau. Einem Apotheker aus der Wilhelmstraße wurde kürzlich eine Geldkassette mit 4000 M. und allen Familienpapieren entwendet. Der Verdacht fiel bald auf einen Hausdiener Lenz, der schon mehrfach bestraft ist.

wohl man von dem gestohlenen Gelde nichts bei ihm fand. Als es schließlich kein Ausweichen mehr gab, legte er ein Geständnis ab. Jetzt ergab sich auch, weshalb man nichts bei ihm gefunden hatte. Lenz gestand, daß er mit der Kassetten gleich nach Grünau gefahren war und sie dort im Walde verscharrt hatte. Kriminalbeamte führen mit dem Verhafteten alsbald nach Grünau und fanden seine Angaben bestätigt. Obwohl die Schneedecke das Suchen etwas erschwerte, so entdeckte man mit Hilfe des Lenz den Schatz nach kurzer Zeit unter einem Haufen von Kiefernadeln etwa hundert Schritte abseits von der Chaussee. Die Kassetten konnte unverfehrt mit ihrem ganzen Inhalt dem Bestohlenen zurückgegeben werden.

**Am Schreihpult erschossen.** Im „Rheinischen Wingerhaus“ in der Friedrichstraße hat sich gestern nachmittag der Buchhalter Fritz Kraft, Westwallstraße 4 wohnhaft, erschossen. Er war erst kurze Zeit in dem neubegründeten Wingerhaus als Buchhalter angestellt, aber trotzdem hat er es verstanden, in dieser kurzen Zeit Gelder zu unterschlagen und für sich zu verwenden. Vor seinem Schreihpult stehend, jagte er sich eine Revolverkugel in die linke Brustseite. Das Geschloß drang ins Herz, so daß der sofortige Tod des Lebendigen herbeigeführt wurde. Die Leiche wurde von der benachrichtigten Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Das 20. Stiftungsfest der Arbeiter-Bildungsschule findet am Sonntag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, in Freyers Festsaal in der Koppensstraße 20 statt. Der Abend ist der Künsterischen Kunst in Wort und Lied gewidmet. Gute Kräfte hiesiger Bühnen sind zur Mitwirkung gewonnen. Regie: Max Jungl vom Berliner Theater. Festvortrag: Franz Diederich-Dresden. Gesang zur Laute (mit Erläuterungen): Käthe Hohn.

Es ist alles aufgegeben, um das Fest zu einem der gewöhnlichsten im künstlerischen Sinne zu gestalten. Zeitliche Willkür-entnahmen in den Zahlstellen ist geboten, um Störungen beim Beginn zu vermeiden. Rauchen ist nicht gestattet. Die Damen wollen nicht nur die Garderobe vorher ablegen, sondern auch die Hüte. Eintritt mit denselben ist nicht gestattet.

**Verloren.** Eine Brieftasche mit 840 M. Papiergeld und circa 50 Verbandsmarken ist verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung abzugeben bei der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, da der Verlierer ersatzpflichtig ist.

Bei der Verurteilung der Frau Ihrer ist, vermutlich von einem Kranzträger, ein guter Herrenschirm stehlen gelassen! Derselbe kann bei Frau Kahr, Prinzenstr. 81, vorn 4 Treppen, abgeholt werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Die Gemeindegewählertlisten

liegen in den Gemeinden der Kreise Niederbarnim und Teltow-Deetow vom 15. bis 30. Januar in den Gemeindebüros öffentlich zu jedermanns Einsicht aus. Finden aus dieses Jahr allgemein keine Wahlen statt, so kann im Laufe desselben doch eine Nach- oder Ersatzwahl notwendig werden. Daher sollte sich jeder wahlberechtigte Einwohner überzeugen, ob er in der Liste verzeichnet ist.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staats Einkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 600 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Chambregarnisten sind wahlberechtigt, Schlafjuristen ist das Wahlrecht abgesprochen worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindegewählertrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preuss zu sein braucht, es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

In Rawasow, wo eine Gemeindegewählertversammlung bevorsteht, liegt die Liste während des oben angegebenen Terms im Rathhause, Preislerstraße, und außerdem beim Genossen Gruhl aus.

### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten hielten am Mittwoch ihre erste Sitzung im neuen Jahre ab. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl der Mitglieder des Vorstandes. Das Resultat war die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, darunter unseres Genossen Dr. Vorchardt als Vorsitzender. Bei der Wahl der Mitglieder für die ständigen und nichtständigen Ausschüsse wurde unsere Fraktion, ihrer Stärke entsprechend, wie bisher berücksichtigt. Zur Annahme gelangte eine Vorlage betreffend die Bewilligung eines Jahresbeitrages von 1200 Mark für das laufende Jahr an den Verein der westlichen Berliner Vororte zum Schutze der Kinder, sowie eine Vorlage, betreffend Nachbewilligungen im Wasserwerksetat, und zwar handelt es sich um eine Nachbewilligung von 3000 M. für Löhne der Hilfsarbeiter der Pumpstation und um eine solche von 14 250 M. für Kohlen. Diefen voraussetzlichen Mehrausgaben von 17 250 M. werden wahrscheinlich Mehreinnahmen an Wasserzinsen in Höhe von 78 000 M. gegenüberstehen.

Schließlich beriet die Versammlung noch einen von allen Fraktionen eingebrachten Antrag, der die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Wahrung der Interessen von Groß-Berlin und speziell von Charlottenburg bei dem zu erwartenden Zwecksverbandesgesetzentwurf beabsichtigt. Der Antrag wurde von dem Stadtv. Otto (lib.) begründet und von den Stadtv. Dr. Hubatsch und Dr. Vorchardt (Soz.) befrwortet, doch betonte letzterer ausdrücklich, daß er sich der Begründung durch den Stadtv. Otto nicht in allen Punkten anschließen könne. Der Antrag, mit dem sich auch Oberbürgermeister Schuffeihn namens des Magistrats einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen.

### Rixdorf.

Ein Grabhändler wurde in der gestrigen Nacht festgenommen. In der letzten Zeit wurden auf den in Rixdorf belegenen Friedhöfen

Berliner Gemeinden viele Gräber der Bronzezeiten, die die Grabstätten einfachten, herabst und auch in anderer Weise beschädigt. In der gestrigen Nacht gelang es endlich, einen der Diebe dingfest zu machen. Um 1 1/2 Uhr sah ein Beamter zwei Männer vom alten Jakobifriedhof mit einem schweren Sod über die Mauer nach der Straße herüber steigen. Während er den einen ergriff, entfloß der andere und entkam in der Dunkelheit, mußte aber den Sod zurücklassen. In diesem befand sich eine größere Anzahl von Bronzezeitlichen, die die beiden Männer auf dem Friedhof gestohlen hatten. Der Verhaftete wurde festgestellt als ein 46 Jahre alter Maurer Daberski aus der Steinwegstraße. Er gab zu, bereits viele Gräberdarabungen auf dem alten Jakobifriedhof, dem Luisen- und dem St. Michael-Friedhof verübt zu haben. Seinen entkommenen Spießhaken will er nicht kennen. Die Ketten zerlegte er in seiner Wohnung, verkaufte dann das Metall an Alt-händler.

Die Kaufmannsgerichtswahlen, die bereits am Sonntag, den 5. Februar, mittags von 12—3 Uhr stattfinden, haben bisher nicht vermocht, die bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände aus ihrem Schlaf zu rücken. Außer dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, der außerordentlich rege war und zu allen die Interessens der Angestellten berührenden Fragen öffentlich Stellung genommen hat, entschlössen die Handlungsgehilfenverbände in den letzten Jahren überhaupt keine irgendwie bemerkbare Tätigkeit und selbst der so großmündige Deutschnationale Verband läßt nichts von sich hören.

Um so mehr werden diese Verbände dann kurz vor der Wahl die Reklametrumpfen rühren und den erstau aufstehenden Handlungsgehilfen Rixdorf's mitteilen, was alles für sie getan wurde.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen veranstaltet am heutigen Freitag seine erste öffentliche Versammlung, die sich mit der Kaufmannsgerichtswahl befaßt. Dieselbe findet abends 8 Uhr in den neubauten Passage-Festsaal, Vergstr. 151/52, statt. Der Genosse Landtagsabgeordneter Strödel wird einen Vortrag über: „Der Kampf um das Kaufmannsgericht“ halten.

Wir bitten alle Parteigenossen, die Interessenten auf die Wichtigkeit der Versammlung aufmerksam zu machen und dieselben zum Besuch derselben zu veranlassen.

### Schöneberg-Friedenau.

Die Neuwahlen für das gemeinsame Kaufmannsgericht Schöneberg-Friedenau finden nach einer Bekanntmachung des Magistrats am Sonntag, den 28. Februar, und zwar im Rathhause zu Schöneberg, Kaiser-Wilhelm-Platz 3, in der Zeit von nachmittags 2 1/2 bis 4 Uhr statt. Wahlberechtigt ist jeder in Schöneberg oder Friedenau beschäftigte Handlungsgehilfe, der das 25. Lebensjahr vollendet hat und in eine Wählerliste eingetragen ist. Die Eintragung in diese Liste kann nur in der Zeit vom 9. bis 22. Januar erfolgen; es muß sich daher jeder Handlungsgehilfe umgehend bei seinem Arbeitgeber erkundigen, ob er von diesem für die Wählerliste angemeldet ist. Ist dies nicht geschehen oder kann er genügende Auskunft nicht erlangen, so muß er umgehend selbst seine Eintragung beantragen entweder schriftlich bei dem Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts, Kaiser-Wilhelm-Platz 3, oder mündlich in der Gerichtsschreiberei, Feuerstr. 58, Portal I, III, Zimmer 17, wochentags von 10—2 Uhr, unter Vorlage eines Altersnachweises und einer Bescheinigung seines Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, daß er in einem der beiden Orte als Handlungsgehilfe beschäftigt ist.

Die Wählerliste liegt vom 29. Januar bis 6. Februar in der Gerichtsschreiberei Feuerstr. 58 wochentags von 10—2 Uhr und Sonntags von 10—12 Uhr zur Einsicht aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit derselben sind bis spätestens 6. Februar anzubringen. — Die Parteigenossen werden ersucht, bekannte Handlungsgehilfen auf obige Bestimmungen hinzuweisen.

### Schöneberg.

Ein Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern nachmittag in der Altonienallee zugetragen. Als dort der vierjährige Sohn Erwin des Arbeiters Henrichel aus der Veltiger Str. 60 auf dem Fahrweg lief, wurde er von einem Straßenbahnwagen der Linie D erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Knabe geriet unter den Vorderreifen und konnte erst nach längerem Vermähungen befreit werden. Als man das Kind hervorholte, war der Tod schon eingetreten. Die Leiche wurde nach dem Friedhof in der Magstraße geschafft.

### Friedenau.

Die Stadt ohne Licht. In der siebenten Abendstunde ereignete sich in Friedenau plötzlich das elektrische Licht. Nicht nur die Straßenbeleuchtung leuchtete aus, sondern auch in den Häusern trat Finsternis ein. Die Ursache der Störung lag in einem Kabeldefekt, der am Ragnbachplatz erfolgt war. Durch Kurzschluss war dort ein großer Zuleitungsableiter durchschlagend worden, jedoch auch die übrigen Kabel in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Ausbesserungsarbeiten dauerten über zwei Stunden, so daß Friedenau bis in die neunte Abendstunde hinein im Dunkel lag.

### Tempelhof-Mariendorf.

Mit den Vorbereitungen für das zu errichtende Gewerbegericht beschäftigten sich die Holzarbeiter von Tempelhof und Mariendorf in einer gutbesuchten Versammlung im Lokal von Löwenhagen. Großen Unwillen unter den Anwesenden erregte es, daß ein von der Berliner Ortsverwaltung zugesagter Referent in der Versammlung nicht erschienen war.

### Alt-Glienick.

Zahlreiche Beiträgerklärungen zum Wahlverein waren das Resultat einer am Dienstag im Lokale von Frölich stattgehabten öffentlichen, auch von vielen Frauen besuchten Volksversammlung, in welcher die Genossin Frau Juchacz-Nixdorf über das Thema: „Was wollen die Frauen in der Politik?“ referierte. Die trefflichen Ausführungen der Referentin fanden bei den Anwesenden großen Beifall.

Sonabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr, feiert der hiesige Wahlverein im Lokale von Aug. Troppens, Rudower Str. 53, sein diesjähriges Wintervergnügen, bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Billets a 30 Pf. sind bei den Mitgliedern zu haben. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

### Grünau, Bohnsdorf, Eichwalde.

Der vereinigte Bildungsausschuß veranstaltet am kommenden Sonntag, den 14. Januar, einen Kunstabend, bestehend aus Konzert und Rezitation. Da zum Gelingen des Arrangements

weber Kosten noch Mühen gespart worden sind, wird die Arbeitsschafft der genannten drei Orte ersucht, den Kunstabend zu besuchen. Der Bildungsausschuß.

### Halbe (Kreis Teltow).

Die Zustände im hiesigen Orte werden immer merkwürdiger. Neben einer ganzen Reihe Uebelstände gibt jetzt die Wohnung des neugewählten Gemeindevorsethers Veranlassung zu allerlei Betrachtungen. Der Herr wohnt nämlich auf dem Gelände der Vereinigten Ziegeleien, und der Weg, welcher zu dem Grundstück führt, ist durch eine Warnungstafel, die von der Ziegelei aufgestellt ist, gesperrt.

Wenn so schon alle Einwohner von Halbe, die den Ortsgewählten einmal aufsuchen müssen, Gefahr laufen, sich durch Benutzung des Weges strafbar zu machen, so wissen alle die Personen, denen das Betreten des Geländes der Ziegeleien bei Gelegenheit irgendwelcher Differenzen im Arbeitsverhältnis ganz speziell verboten worden ist, sich absolut keinen Rat, wie sie in dem Falle, wenn sie bei dem Ortsvorsteher einmal etwas zu erledigen haben, anfangen sollen, um, ohne sich strafbar zu machen, zu seiner Befragung zu kommen. Es ist für eine Erwerbsgesellschaft allerdings ein recht idyllischer Zustand, wenn sie, nachdem sie ohnehin schon das Gemeindeparlament beherrscht, daneben noch den Gemeindevorsteher in einem Abhängigkeitsverhältnis von sich weiß, und ihm freie Wohnung, Heizung usw. geben darf. — Es gewinnt den Anschein, als ob die Aufsichtsbehörde gegen dieses Verhältnis nichts einzuwenden hätte.

### Oranienburg.

Eine fast besuchte Versammlung nahm am Sonntag im Friedrichsthal einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Stadthagen über das Thema: „Nieder mit der Reaktion“ entgegen. Die Ausführungen des Redners fanden bei den Versammelten großen Beifall. Einige Anwesende ließen sich in den Wahlverein aufnehmen.

Wie auch den hiesigen Genossen von der Behörde mitgespielt wird, zeigt folgender Fall: Am ersten Weihnachtstages beabsichtigten unsere Genossen im Lokale von Bleise eine Weihnachtsfeier, verbunden mit einer Kinderausführung zu veranstalten. Sie meldeten, obwohl nur geladene Personen in Frage kamen, dem Amtsvorsteher diese Veranstaltung an. Der letztere hatte nun nichts Gütigeres zu tun, als die geplante Veranstaltung kurzerhand zu verbieten. Unsere Genossen reagierten darauf aber nicht. Nun ließ Prediger Glaier Fettel an die Einwohner verteilen, worin die Eltern bei Strafdrohung aufgefordert werden, ihre Kinder dieser Veranstaltung fernzuhalten. Diese Fettelverbreitung wurde nicht nur einmal, sondern mehrmals vorgenommen. An den Genossen Wilhelm Rogel hatte der Gemeindevorsteher, weil einige seiner Kinder an leichter Schindlaas erkrankt waren, ein Schreiben gerichtet, worin ihm und seiner Familie bei Strafe verboten wird, das Lokal von Bleise zu betreten und an der Weihnachtsfeier teilzunehmen. Diefelbe Aufforderung erhielt auch der Gastwirt Wiese. Zu bemerken ist, daß die Krankheit seit längerer Zeit vorüber war. Daß der Amtsvorsteher durch solche Versammlungsverbote unsere Genossen in ihrer erfolgreichen Verberbeit hindern kann, wird er doch selbst nicht annehmen. Während der Tagung der oben erwähnten Versammlung hatte auch Prediger Glaier eine Versammlung in Friedrichsthal einberufen, in welcher er einen Frauenverein ins Leben rufen wollte. Viel Erfolg dürfte der Herr damit jedoch nicht haben.

### Potsdam.

Ein Vortragskursus über das Erfurter Programm (zweiter Teil) ist vom Bildungsausschuß auf Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr, bei Wilhelm, Kaiser-Wilhelmstraße, festgesetzt. Der Kursus umfaßt sechs Vorträge und wird an den fünf nächstfolgenden Mittwochen fortgesetzt. Eintrittskarten für alle sechs Vorträge zu 50 Pf. bei Etzab. Waldt und den Gewerkschaftsvorständen. (Einzeltvortrag 10 Pf.) Vortragender ist Genosse P. e. d. Berlin.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Raubtier-Prozess. — Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission des Reichstages. Von Gustav Hoch (Jannas a. M.). — Die Belastung der deutschen Volkswirtschaft auch den Militarismus. Von W. Kuchmion. — Rassen und Räder. Von A. v. Ein. — Was kann der deutsche Bergbau von England lernen? Von A. Breitenbeck. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Kolportage zum Preise von 3 25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

### Witterungsbericht vom 12. Januar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Zwettende	748	SB	5	bedeckt	0	Caparanda	741	WB	2	halb bed.	-16
Landberg	747	SB	4	Regen	0	Veterburg	749	S	2	bedeckt	-6
Berlin	750	S	3	halb bed.	0	Schle	755	S	9	wolfig	4
Frankfurt a. M.	751	S	3	bedeckt	-2	Berzen	760	WB	5	halb bed.	1
München	756	SO	2	bedeckt	-9	Barr	747	S	3	Regen	1
Wien	758	SO	3	halb bed.	-4						

### Wetterprognose für Freitag, den 13. Januar 1911.

Ein wenig kälter, teilweise heiter, aber veränderlich mit leichten Schneefällen und frischen nördlichen Winden.

### Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 1. 1911	am 10. 1. 1911	Wasserstand	am 11. 1. 1911	am 10. 1. 1911
Remel, Mühl	307 <sup>1)</sup>	+2	Saale, Großh.	108	+8
Regel, Jüterburg	-12 <sup>1)</sup>	-10	Havel, Brandau <sup>2)</sup>	104	0
Seidel, Tborn	152 <sup>1)</sup>	-4	Havel, Rathenow <sup>3)</sup>	139	-3
Ober, Rathor	215	-21	Spre, Sternberg <sup>4)</sup>	120	-2
Strohen	172	-4	Seeow	178	+3
Brandhor	183 <sup>1)</sup>	+3	Säler, Müden	-34	+14
Saale, Schrumm	72	+6	Müden	78	+20
Landberg	56 <sup>1)</sup>	-1	Rein, Ratzmühlbau	382	+10
Rege, Borsdamm	24	-2	Rath	228	+2
Eibe, Letmery	59	+3	Röll	268	+2
Dresden	-82	-6	Redar, Heilbronn	127	+82
Barr	219	0	Rain, Berthelm	-	-
Ragdeburg	178	0	Rosel, Trier	171	+36

<sup>1)</sup> + bedeutet Sturz, - Anst. — <sup>2)</sup> Unterpegel. — <sup>3)</sup> Eisstand. — <sup>4)</sup> Eisfreiheit. — <sup>5)</sup> Eis in Bewegung.

# Höchst bemerkenswert ist das Urteil,

abgab: . . . Die Untersuchung der bekannten Bruno-Blüßkörper hat ergeben, daß die Abnahme der Lichtstärke selbst nach 2250 Brennstunden eine außerordentlich geringe ist! Dazu zeichnen sich die Bruno-Blüßkörper durch große Zähigkeit und Elastizität aus, denn man kann ihnen — abgeflammt vom Brenner genommen — 20, 25, sogar 35 Gramm anhängen, ehe diese Körper zerreißen! Die Elastizität der stoß- und schlagfesten Bruno-Blüßstrümpfe besteht also nach der langen Brennzeit von 2250 Brennstunden in derselben Weise wie im Anfang! — Bruno-Blüßkörper sind in allen einschlägigen Verkaufsgeschäften erhältlich; die Bruno-Gesellschaft m. b. H., Berlin, weist solche auch bereitwilligst nach!

das am 18. November 1910 der beim Kammergericht Berlin zu verurteilte Sachverständige Dr. Paul Wolff